

Preußische Allgemeine

Nr. 37 · 13. September 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Absturz einer Volkspartei

Die jüngsten Wahlergebnisse in Mitteldeutschland und aktuelle Umfragen im Bund markieren einen historischen Tiefstand der deutschen Sozialdemokratie **Seiten 3 und 24**



Erinnerung Vor 30 Jahren starb Louis Ferdinand Prinz von Preußen **Seite 10**



Glauben Wie Johannes Briesmann Preußen lutherisierte **Seite 23**

FOTOS: PICTURE ALLIANCE / DANIEL KUBIRSKI | DANIEL KUBIRSKI, PRO IMAGO LIFE, ACTIONPRESS

VON RENÉ NEHRING

POLITIK

Steuert Deutschland in eine Krise des politischen Systems?

Trotz des Debakels von Sachsen und Thüringen beharren die etablierten Parteien auf einer Ausgrenzung der AfD – und lassen damit Millionen Wähler außen vor

In der Politik ist es wie im richtigen Leben: Je länger man dem Irrweg in eine Sackgasse folgt, um so mühevoller ist der Weg zurück auf den rechten Pfad. Diese Erfahrung machen gerade die etablierten deutschen Parteien in Bezug auf die in den vergangenen Jahren entstandene Konkurrenz von BSW und insbesondere AfD sowie auf jene Themen, die beide Parteien großgemacht haben.

Während die neuen Wettbewerber scheinbar unaufhaltsam nach oben klettern, steigen insbesondere die regierenden Ampelparteien SPD, Grüne und FDP kontinuierlich ab. Bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen erhielten sie zusammen nicht einmal mehr halb so viele Stimmen wie jeweils die AfD und auch die CDU. Die Sozialdemokraten, die beide mitteldeutschen Länder einst zu ihren Stammländern zählten, freuen sich dort inzwischen allen Ernstes über den Wiedereinzug in die Landtage. Wobei man ihnen angesichts der Ergebnisse ihrer Koalitionspartner im Bund vielleicht sogar rechtgeben muss. Bei der Landtagswahl am 22. September in Brandenburg dürfte das Ergebnis ähnlich ausfallen. Zwar können dort nach aktuellen Befragungen die Sozialdemokraten mit einem deutlich besseren Ergebnis rechnen, doch werden die Zahlen für Grüne und FDP ähnlich ausfallen wie in Sachsen und Thüringen.

Die eigentliche Zäsur besteht jedoch nicht in der Schwäche der Regierungsparteien, sondern in der Stärke der eingangs genannten Neulinge. Während das erst zu Jahresanfang gegründete BSW zweistellige Ergebnisse einfahren konnte – und diese auch in Brandenburg erwarten kann –, wurde die schon etwas länger bestehende AfD in Thüringen sogar stärkste Kraft. In Sachsen verpasste sie diesen Triumph nur knapp, in Brandenburg wird sie ihn wahrscheinlich wiederholen.

Spätestens nun ist nicht nur offensichtlich, sondern amtlich belegt, dass alle

Versuche der Ausgrenzung der AfD – die von der Verweigerung zustehender Posten in den Parlamenten und staatlicher Stiftungsgelder über Verbotsdiskussionen und längst sprichwörtliche „Brandmauern“ bis hin zur Selbstverleugnung reichten (man denke an Thüringen, wo die CDU 2020 entschied, lieber dem Linken Bodo Ramelow das Feld zu überlassen, als selbst zu regieren und unter Umständen auf eine Kooperation mit der AfD angewiesen zu sein) – gescheitert sind.

Das sture „Weiter so“

Doch anstatt dieses Scheitern einzugestehen und nach Auswegen aus der verfahrenen Lage zu suchen, setzen die etablierten Parteien ihren bisherigen Weg fort – und richten alle Überlegungen stur darauf aus, wie für weitere fünf Jahre alles beim Alten bleiben kann. Die einzige Neuerung ist, dass – da für ein „Weiter so“ schlicht die Mehrheiten fehlen – die linke Wundertüte BSW umgehend in den Kreis der „demokratischen Parteien“ aufgenommen wird, um mit ihr schon bald Koalitionen eingehen zu können. Mit der AfD jedoch soll es nach wie vor noch nicht einmal Gespräche geben. Im Ergebnis erhalten die Bürger trotz klarer nicht-linker Mehrheiten bei den Wahlen auch weiterhin linksgeprägte Regierungspolitik.

Es ist davon auszugehen, dass die Verfechter dieses Vorgehens dabei mit sich im Reinen sind und sich womöglich sogar ein-

reden, damit der Demokratie einen Dienst zu leisten. Deshalb sei daran erinnert, dass in einer Demokratie das Volk der Souverän ist und nicht die Parteien. Letztere dürfen sich allenfalls in Wahlen um die Gunst des Souveräns bewerben. Sollte dessen Votum zu ihren Gunsten ausfallen, erhalten sie das Recht, im Namen des Volkes zu regieren. Sollte dieses Votum jedoch zu ihren Ungunsten ausfallen, haben sie Volkes Willen zu akzeptieren und allenfalls zu überlegen, wie sie beim nächsten Mal die Gunst des Souveräns gewinnen können.

Womit wir bei den Ursachen für den Niedergang der etablierten Parteien vor allem auf der linken Seite des politischen Spektrums sind. Die aktuellen Spitzenwerte der AfD sind nicht vom Himmel gefallen und auch nicht das Resultat eines brillanten Wahlkampfes, geschweige denn eines überzeugenden personellen Angebots, sondern Folge sturer Ignoranz ihrer alteingesessenen Wettbewerber gegenüber den Mehrheitspositionen der Bürger auf zahlreichen Politikfeldern wie Migration, Energiewende oder Verkehr. Dass die Wähler den Etablierten dafür den Rücken kehren, ist zweifellos ein Problem für Letztere – jedoch nicht zwingend eines für das demokratische System unseres Staates.

Bleibt die nicht unerhebliche Frage, ob die Welt – oder auch nur unser Land – untergehen würde, wenn die AfD in Sachsen, Thüringen oder demnächst Brandenburg an die Macht käme? Um die Antwort dar-

aus von persönlichen Empfindungen zu lösen, sei darauf verwiesen, dass Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland kaum mehr entscheiden können als die Lehrpläne ihrer Schüler und die Zahl der Polizisten, die ihr Landeswappen tragen. Zudem hätte bei groben Verstößen einer AfD-Landesregierung gegen die staatliche Ordnung der Bund direkt sowie über die Verwaltungsgerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht das Recht einzugreifen. Und da alle drei Länder im Bundesrat zusammen nur zwölf von 69 Stimmen haben (die im Streitfall, da die Länder von Koalitionen geführt würden, ohnehin zu Enthaltungen führen würden), ist auch von dieser Seite her ausgeschlossen, dass eine Regierungsbeteiligung der AfD das Land in Ungemach stürzen würde.

Insofern sollten sich die etablierten Parteien überlegen, ob sie weiterhin den Wählerwillen ignorieren – oder ob sie diesen nicht doch lieber akzeptieren und ihre künftige Politik daran ausrichten wollen. Dabei sei daran erinnert, dass unser Parteiensystem in den vergangenen 175 Jahren weitaus größeren Häutungen unterzogen war, als es gemeinhin den Anschein hat. Weshalb denn auch die etablierten Parteien bei allen Maßnahmen gegen die ungeliebten Wettbewerber im Hinterkopf haben sollten, dass diese eines Tages mitregieren könnten – und diese dann durchaus das Recht hätten, mit gleicher Münze heimzuzahlen, was ihnen heute widerfährt.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Bei der Landtagswahl in Brandenburg droht der SPD das Ende einer Ära **Seite 5**

Kultur

Gleich mehrere Städte ehren den vor 500 Jahren verstorbenen Hans Holbein **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Ein Eklat beim Verein Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V. **Seite 13**

Reise

Ein Ausflug in das grüne Herz Japans mit Baden in 40 Grad heißem Quellwasser **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Mit Überflügen soll Deutschland eingeschüchtert werden – Zweck ist das Sammeln von Informationen für gezieltere Anschläge – 2023 gab es tatsächlich schon 446 Vorfälle – Der Staatsschutz ermittelt mit Hochdruck

Im Visier russischer Spionage-Drohnen

Aktuell ist die Bundesrepublik gegen Putins „Agententätigkeit zu Sabotagezwecken“ komplett wehrlos

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit der Nacht zum 8. August überflogen wiederholt Drohnen unbekannter Herkunft Objekte im schleswig-holsteinischen Brunsbüttel, die zu den kritischen Infrastrukturen der Bundesrepublik zählen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um das Industriegebiet ChemCoast Park, in dem etliche Unternehmen der Mineralölgewirtschaft ansässig sind, ein Anfang 2023 eingeweihtes Flüssigerdgasterminal, das noch im Stilllegungsbetrieb befindliche Kernkraftwerk Brunsbüttel und die Schleusen des Nord-Ostsee-Kanals. Die Drohnen waren mit einer Geschwindigkeit von bis zu 100 Stundenkilometern unterwegs und ließen sich auch von entgegengeschickten Polizeidrohnen nicht vom Kurs abbringen.

Parallel dazu gab es auf der NATO Luftwaffenbasis in Geilenkirchen-Tevelen an der deutsch-niederländischen Grenze Alarm. Dieser resultierte nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur aus ernstzunehmenden Hinweisen eines ausländischen Geheimdienstes, denenzufolge „Vorbereitungshandlungen für einen wahrscheinlich russischen Sabotageakt gegen den NATO-Stützpunkt durch Einsatz einer Drohne“ stattfinden könnten. Allerdings wurden laut Auskunft des zuständigen Presseoffiziers Christian Brett angeblich keine Drohnenüberflüge registriert. Dennoch nährte die geheimdienstliche Warnung den Verdacht, dass die in Brunsbüttel gesichteten Drohnen russischer Herkunft seien – möglicherweise vom reichweitenstarken Typ Orlan-10. In diesem Fall wären dann sogar Starts sowohl von Spionageschiffen in der Nord- und Ostsee als auch von der rund 800 Kilometer entfernten russischen Exklave Königsberg aus möglich.

AWACS-Flieger schützen

Auf jeden Fall gehen Sicherheitsexperten wie Henrik Schilling von der Universität Kiel von einer Bedrohung der kritischen Infrastrukturen Deutschlands durch Russland aus. So liege der Zweck des LNG-Terminals bei Brunsbüttel darin, von russischem Erdgas unabhängig zu werden. Insofern stelle es ein potentiellies Angriffsziel für Moskau dar. Unmittelbar bevor stünden zerstörerische Attacken

aber wohl nicht. Vielmehr solle von den Drohnenüberflügen zunächst nur eine einschüchternde Wirkung ausgehen. Andererseits wolle die russische Seite sicher Informationen sammeln, um in der Zukunft effektiv zuschlagen zu können.

Bevorzugte Zielobjekte

Deutlich ernsthafter wird die Gefahrenlage im Falle der NATO-Luftwaffenbasis in Geilenkirchen eingeschätzt. Hier sind 14 Maschinen vom Typ Boeing E-3 Sentry zur großflächigen Luftraumüberwachung stationiert. Diese tragen jeweils ein luftgestütztes Frühwarn- und Überwachungssystem vom Typ AWACS und gehören einem multinationalen Verband des Atlantischen Bündnisses an. Wenn sie entlang der NATO-Ostgrenze fliegen, können sie auch Flugzeuge, Raketen, Marschflugkörper und Drohnen über der Ukraine und Westrussland orten und die entsprechenden Radardaten an die Streitkräfte Kiews weiterleiten (siehe unten). Damit gehört die Basis in Geilenkirchen zu den bevor-

zugten Zielobjekten, wenn Moskau den Entschluss fassen sollte, direkt gegen die NATO vorzugehen, um diese von ihrer militärischen Unterstützung der Ukraine auf dem Gefechtsfeld abzuhalten.

Keine Technik zur Bekämpfung

Zur Identifizierung der Verantwortlichen für die Drohneneinsätze in Brunsbüttel ermitteln nun die örtliche Staatsanwaltschaft, das schleswig-holsteinische Landeskriminalamt, das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei und der Staats- beziehungsweise Verfassungsschutz auf Bundes- und Landesebene wegen des Verdachtes der „Agententätigkeit zu Sabotagezwecken im Zusammenhang mit Drohnenflügen über kritischer Infrastruktur“. Dabei stellt die Bundeswehr Radardaten zur Verfügung, um das Lagebild der Sicherheitsbehörden zu vervollständigen.

Außerdem will sich der Innen- und Rechtsausschuss des Kieler Landtages am 4. September mit der Problematik befassen. Dann dürfte es nicht zuletzt um die

Beendigung des Zuständigkeitswirrwarrs bei Drohnenanflügen und die Beschaffung von Drohnen-Abwehrwaffen gehen. Auch bei der Letzteren liegt in Schleswig-Holstein noch einiges im Argen, wie eine Kleine Anfrage der FDP-Landtagsfraktion im Februar ergab. Zu diesem Zeitpunkt verfügte die Landespolizei noch über keinerlei Technik zur Bekämpfung von Drohnen. Das soll sich nach Auskunft der Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) zwar nun teilweise geändert haben, allerdings zeigen die Ereignisse von Brunsbüttel, dass die Abwehr nach wie vor wenig effektiv ist.

Mit diesem Problem steht Schleswig-Holstein nicht allein. Wie der bereits erwähnte Experte des Instituts für Sicherheitspolitik der Universität Kiel, Henrik Schilling, im Interview mit dem NDR mitteilte, gab es im vergangenen Jahr 446 Sichtungen von unbekannten Drohnen über Standorten der Bundeswehr. Dabei konnte lediglich eine einzige zum Absturz gebracht werden.



Der German Heron TP ist das erste zugelassene unbemannte Aufklärungssystem in der Bundeswehr: Die reine Militärdrohne soll künftig für mehr Schutz und Sicherheit sorgen
Foto: picture alliance/dpa | Axel Heimken

VERDÄCHTIG

Drohneneinsatz bleibt ominöses Staatsgeheimnis

Am späten Abend des 11. März 2022 ereignete sich im Bezirk Jarun im Südwesten der kroatischen Hauptstadt Zagreb eine schwere Explosion, bei der es keine Verletzten, aber 96 demolierte Autos gab. Der Vorfall war die Folge des Absturzes einer Fernaufklärungsdrohne vom sowjetischen Typ Tupolew M-141 Strisch mit einer OFAB-100-120-Bombe an Bord. Flugkörper dieser Art gibt es seit 1975. Wer die Drohne losgeschickt hatte und welchem Zweck sie diente, ist bis heute unklar. Aufgrund der Flugroute dürfte sie aber mit großer Wahrscheinlichkeit in der Westukraine gestartet sein. Außerdem kommt die M-141 heute nur noch bei den ukrainischen Streitkräften zum Einsatz, weil Russland sie ab 1991 ausmusterte.

Auf jeden Fall verletzte die Drohne den Luftraum dreier NATO-Staaten: Zuerst flog sie in rund 1300 Metern Höhe drei Minuten lang über rumänisches Territorium, dann fast eine Dreiviertelstunde über Ungarn und schließlich sieben Minuten über Kroatien, wobei ihre Geschwindigkeit konstant bei 700 Stundenkilometern lag. Dass sie nicht von der Flugabwehr abgeschossen wurde, löste allgemeine Empörung in den betroffenen Ländern aus. Später sagte der kroatische Ministerpräsident Andrej Plenković hierzu, es habe in den Tagen vor dem Vorfall etliche Fehlalarme bei der Luftraumüberwachung gegeben und deswegen habe niemand reagieren wollen. Außerdem kritisierte er die Ukraine für die Entsendung der Drohne: „Das hätte auch ein Atomkraftwerk in Ungarn treffen können!“ Hieraufhin bestritt Markijany Lubkivsky von Kiewer Verteidigungsministerium jegliche Verwicklung der Ukraine in den Vorfall.

Später fanden zwar noch weiterführende Untersuchungen statt, allerdings kamen die Regierungen Ungarns, Rumäniens und Kroatiens überein, die ermittelten Hintergründe des Drohneneinsatzes als „Staatsgeheimnis“ zu behandeln – so die knappe Auskunft des kroatischen Verteidigungsministers Mario Banožić. W.K.

UKRAINE

Krieg der Drohnen mit mehr als 1000 Kilometern Reichweite

Ferngesteuert bleiben die mächtigen High-Tech-Flugkörper auf dem Radar unsichtbar und richten immense Schäden an

Bei ihren wechselseitigen Luftangriffen auf Militärobjekte oder kritische Infrastrukturen des Gegners setzen die ukrainischen und die russischen Streitkräfte immer wieder auch auf unbemannte Flugkörper. Dabei erweisen sich die schwerfälligen und langsamen ukrainischen Drohnen als überraschend schlagkräftig, obwohl sie technisch weit unter dem Niveau der russischen Marschflugkörper 3M14 Kalibr und Ch-101 Kodiak rangieren, welche über Tarnkappeneigenschaften verfügen und mit fast tausend Stundenkilometern auf das Ziel zurasen.

Die am häufigsten eingesetzten ukrainischen Kamikaze-Drohnen Ukrjet UJ-22 Airborne und Aeroprakt A-22 Foxbat mit

ihrem charakteristischen eckigen Leichtflugzeug-Design haben dahingegen überdimensional große Radarsignaturen und schaffen maximal 170 Stundenkilometer. Dennoch gelangen damit in letzter Zeit etliche beeindruckende Einsätze über Distanzen von teilweise mehr als eintausend Kilometern. So griffen einige UJ-22 und A-22 im Monat August die russischen Luftwaffenstützpunkte Baltimor, Borisoglebsk, Sawaslejka und Marinowo an. Dazu kamen Attacken auf ein Öllager in der Stadt Proletarsk und eine Ölfabrik in der Region Wolgograd, bei denen beide Objekte in Flammen aufgingen.

Dabei gibt es vor allem zwei Gründe für die Erfolge der UJ-22 und A-22: Zum

einen können die Drohnen sowohl im ferngesteuerten als auch im autonomen Modus operieren. Durch die Fernsteuerung sind extrem niedrige Flughöhen zur Vermeidung der Radarortung und Optimierung der Zielerfassung möglich. Die russischen Marschflugkörper folgen hingegen stets nur ihrem programmierten Flugprofil, was einen größeren Sicherheitsabstand zum Boden erfordert und das Abtauchen unter den Radarhorizont erschwert.

Permanente Echtzeit-Infos

Zum anderen erhält die Ukraine Unterstützung von Seiten der NATO. Mit einem Radarsystem (AWACS) oder spezieller

Die Ukrainer flogen Attacken gegen russische Objekte – gegen eine Ölfabrik und ein Öllager – beide Objekte gingen in Flammen auf

Spionage-Elektronik ausgestattete bemannte Luftaufklärer vom Typ Boeing E-3 Sentry und Boeing RC-135 sowie unbemannte Drohnen der Typen Northrop Grumman RQ-4 Global Hawk beziehungsweise General Atomics MQ-9 Reaper überwachen den westrussischen Luftraum rund um die Uhr.

Dadurch kann das NATO-Bündnis der Ukraine auch permanent Echtzeit-Informationen über Flugbewegungen der russischen Abfangjäger und aktive Radaranlagen der Streitkräfte Moskaus liefern. Diese erlauben es, die Route der Drohnen spontan zu ändern und Lücken in der Luftverteidigung des militärischen Gegners effektiv zu nutzen. W.K.

Eine Volkspartei siecht dahin

Die Sozialdemokraten haben das Vertrauen ihrer Wähler verspielt. Hauptgrund für ihren Niedergang ist das beharrliche Festhalten an ideologischen Wunschbildern, die mit den Realitäten in deutschen Landen nichts mehr zu tun haben

VON HOLGER FUSS

Es geschieht nicht oft, dass wir Zeugen werden, wie sich die Deutungshoheit eines bestimmten Milieus ins Nichts auflöst. Seit den Messermorden von Solingen sind die migrationsbeschwichtigenden Narrative von Multikulti-Verteidigern gleichsam über Nacht als Irrtum entlarvt. Die Wahlerfolge der AfD in Thüringen und Sachsen waren Tage später nur eine Art notarielle Beglaubigung dieses gesellschaftlichen Willensumschwungs. Eine verfehlt Flüchtlingspolitik, initiiert von Kanzlerin Merkel im Spätsommer 2015, erscheint neun Jahre später auf offener Bühne entzaubert und ernüchtert. Unkontrollierte Grenzen und ungesteuerte Masseneinwanderung gefährden in jedem Land der Welt den sozialen Frieden. Nun haben es wohl auch die Deutschen verstanden. Sogar ein eher linksliberaler Soziologe wie Heinz Bude stellte am Wochenende fest: „Wir haben überhaupt nicht darüber nachgedacht, was Zuwanderung bedeutet.“

Wenn wir uns fragen, warum es nahezu ein Jahrzehnt gedauert hat, ehe die Regierung in Berlin begriffen hat, dass Einwanderung intelligent organisiert gehört, dann kommen wir nicht umhin, auch die Erstarung der deutschen Sozialdemokratie zu betrachten. Als Merkel mit ihrem Desaster 2015 begann, regierte die Union mit der SPD. Doch während sich die CDU von Merkel befreite und sich spätestens mit ihrem jetzigen Vorsitzenden Friedrich Merz auf einen langen Marsch zu ihrem konservativen Glutkern begab, brachte es der Sozialdemokrat Olaf Scholz fertig, seine Merkel-Nachfolge im Kanzleramt mit derart vielen Wiedererkennungsmarkmalen zu inszenieren, dass viele glaubten, er sei die Frau mit der Raute, nur mit XY-Chromosomen. Wirkt seine oft eigenartig an den Bauch gepresste linke Hand nicht wie eine diskrete Hommage an die Rauten-Geste Merkels?

Kanzler in einer Parallelwelt

In Olaf Scholz, so scheint es, ist der seit 161 Jahren stolz zur Sonne, zur Freiheit und gen Zukunft dahinfließende Strom der Sozialdemokratie wie an einem Stauwehr zum Erliegen gekommen. Dass die SPD in der Krise ist, klingt wie eine Floskel – der Begriff Krise gehört zum Wortschatz der Genossen wie Fortschritt, Gerechtigkeit und Solidarität. Aber die einstige Volkspartei SPD liegt in aktuellen Umfragen bundesweit bei nur noch 14 Prozent. In die Landtage Thüringens und Sachsens schaffte sie es gerade mal mit 6,1 und 7,3 Prozent. Für Scholz waren dies nach dem Warningschuss der Europawahl (13,9 Prozent) zwei weitere krachende Niederlagen, die er zwar als „bitter“ bezeichnete, aber zugleich feststellte: „Kämpfen lohnt. Jetzt geht es darum, stetig um mehr und neue Zustimmung zu werben.“ Manch ein Parteigenosse fragte sich, in welcher Parallelwelt der Kanzler wohl lebe.

Mahmut Özdemir, Duisburger Bundestagsabgeordneter und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, jedenfalls räumt ein: „Die Menschen vertrauen uns nicht mehr.“ Auf Facebook schrieb er: „Seit 2005 rechtfertigten wir als SPD mit ganz wenigen Ausnahmen von Wahl zu Wahl historisch schlechteste Ergebnisse und kündigen dann Analysen und Veränderungen an, machen aber kurz danach weiter wie bisher.“

Solche Freimütigkeit ist selten geworden unter den Genossen. In Partei und Bundestagsfraktion führen die Vorsitzenden ein straffes Regiment, offene Kritik ist unerwünscht, nach außen gilt eiserne Geschlossenheit. Zu tief sitzt noch das Trauma aus Zeiten, da parteiinterne Intriganten und Heckenschützen Parteichefs wie Martin Schulz



Symbolfiguren des Niedergangs einer einst stolzen Volkspartei: Die SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil und Saskia Esken, Kanzler Olaf Scholz und der Generalsekretär der Genossen, Kevin Kühnert (v.l.)

und Andrea Nahles im Jahresrhythmus zu Fall brachten.

Wie sehr es jedoch hinter den Kulissen brodelte, zeigt der Vorstoß der Brandenburger SPD-Finanzministerin Katrin Lange, die im Angesicht der bevorstehenden Landtagswahl der „Bild“-Zeitung sagte, es wäre schon „einiges gewonnen, wenn bestimmte Leute nicht mehr an Talkshows teilnehmen würden“. Die Auftritte seien „unerträglich“. Lange nannte keine Namen, bestätigte aber in den sozialen Medien, dass sie SPD-Chefin Saskia Esken und ihren Generalsekretär Kevin Kühnert gemeint habe. Der Eindruck, den beide öffentlich vermittelten, sei „verheerend – und nicht nur hier im Osten“.

Der Realitätsverlust von Leuten wie Esken und Kühnert

Zweifellos machen Esken wie Kühnert das spottreife Personalproblem der SPD augenfällig, unter dem die Partei seit geraumer Zeit leidet. Kühnert, der sich allein durch rhetorische Begabung, fehlende Konkurrenz und fluffige Passformigkeit in die intellektuelle Wüstenei der zeitgenössischen Medienwelt in Siebenmeilenschritten an die Parteispitze schlawinern konnte, verkörpert prototypisch den linksliberalen Mann ohne Eigenschaften. Er kann mal gegen und mal für Olaf Scholz sein, ohne je in Erklärungsnot zu geraten. Kühnert selbst bleibt hinter seinem Gerede ein charakterliches Rätsel. Politische Haltung, persönliche Passionen, Bildungshintergrund – was liest dieser Mann eigentlich für Bücher?

Bei Saskia Esken stellt sich die Bildungsfrage erst gar nicht. Die einstige Software-Entwicklerin tritt auf, als sei ihre letzte Lektüre ein Algorithmen-Fachbuch gewesen und sie würde nach nächtelanger Programmierarbeit unversehens im Tageslicht blinzeln. Wohlmeinende mögen ihr den Charme der Weltfremdheit bescheinigen. Aber auch sie dürften mit Bestürzung reagiert haben, als die Co-Vorsitzende der SPD nach dem Solingen-Gemetzel tönste: „Gerade aus diesem An-

schlag lässt sich, glaube ich, nicht allzu viel lernen, weil der Täter ja offenkundig nicht polizeibekannt war.“ Anderntags musste sie sich korrigieren: „Das ist sicher keine kluge und richtige Aussage gewesen.“

Wo Mittelmaß dominiert

Gewiss, wir könnten uns darüber wundern, wie es möglich ist, dass eine so offenkundig ungeeignete und überforderte Person es zur Vorsitzenden der ältesten Partei Deutschlands bringt und in diesem Amt bereits zwei Mal wiedergewählt wurde. Vermutlich ist diese Überlegung jedoch falsch herum angelegt. Die Führungsgremien der SPD sind längst schon so aufgestellt, dass ein brillanter Kopf schnellstmöglich weggebissen würde. Der Durchschnitt wittert die Exzellenz und zittert vor ihr. Und die SPD-Kader sind zu verschworenen Zirkeln von Talentlosen und Mittelmäßigen verkommen.

Nur in diesem Biotop der Unbegabten konnte ein Olaf Scholz Kanzlerkandidat werden. 2019 wollte ihn die Parteibasis nicht einmal als Vorsitzenden. Als im Jahr darauf der Kanzlerkandidat gesucht wurde, war zeitweilig sogar Fraktionschef Rolf Mützenich mit seiner Ärmelschoner-Aura im Gespräch. Wenn eine Partei schon so verzweifelt ist, dann kann sie sich auch auf Olaf Scholz verständigen, der in seinem Leben noch nie eine mitreißende Rede gehalten hat und menschliches Gefühlsleben mutmaßlich für einen lästigen Verwaltungsvorgang hält.

Inzwischen erleben wir seit drei Jahren einen emotionalen Legastheniker im Kanzleramt, der es nicht zuwege bringt, mit der Bevölkerung zu kommunizieren. Bei den sogenannten Bürgerdialogen ist ihm immer Verlegenheit und Unbehagen anzumerken – und die Sehnsucht, sich wieder hinter Aktenbergen verkriechen zu können. Es glich einem unterdrückten Hilfeschrei, als Scholz bei einem Bürgerdialog in Berlin gefragt wurde, warum die Ampel so zerstritten sei, und er zurückfragte: „Welches Patentrezept haben Sie? Ich meine, ich frage für einen Freund.“

Die Führungsgremien der SPD sind längst schon so aufgestellt, dass ein brillanter Kopf schnellstmöglich weggebissen würde. Der Durchschnitt wittert die Exzellenz und zittert vor ihr. Und die SPD-Kader sind zu verschworenen Zirkeln von Talentlosen und Mittelmäßigen verkommen

Zu solch bekundeter Ratlosigkeit gesellt sich ungenierter Größenwahn, wenn der Kanzler im Interview verkündet: „Ich rechne fest damit, dass die SPD und ich auch die nächste Regierung anführen werden.“ Im aktuellen ZDF-Politbarometer wünschen sich null (!) Prozent der Befragten auch künftig eine Ampel-Koalition. Und Scholz selbst ist unbeliebter denn je, nicht mal die eigenen Anhänger wollen ihn mehr. Was sagt der Kanzler darauf? „Auch Boris Pistorius will, wie viele andere, dass ich wieder als Kanzler antrete. Ich sehe das genauso.“ Natürlich bleibt der Verteidigungsminister, der beliebteste Politiker in den Umfragen, umsichtig in Deckung – er weiß, dass seine Zeit womöglich schon bald kommen wird.

Eine Lachnummer nach der anderen

Aber einstweilen regieren die Narren und liefern der Öffentlichkeit eine Lachnummer nach der anderen. Karl Lauterbach etwa hat die Stirn, in einem Interview zu schwadronieren: „Olaf Scholz ist der beste Bundeskanzler, den wir je gehabt haben.“ Scholz ist nämlich „ein ausgesprochen intelligenter Mensch. Wir sind mit ihm sehr gut aufgestellt.“ Und weil Saskia Esken bereits zwei Tage lang nichts gesagt hatte, was ihrer Partei schadet, machte sie am Wochenende klar, dass ein Kurswechsel für die SPD nicht in Frage kommt: Migrationssteuerung, Wirtschaft, Digitalisierung, Klimaneutralität – „die Ampel liefert“. Mehr noch: „Olaf Scholz ist Bundeskanzler einer Koalition“ mit dem „klaren Ziel, das Land zukunftstauglich zu machen. Wir haben uns im Koalitionsvertrag nicht umsonst Zukunftscoalition genannt.“

Während die Parteichefin von einer Einfallspinselei zur nächsten taumelt, versucht Bundesinnenministerin Nancy Faeser hektisch den Eindruck zu vermitteln, als habe die Bundesregierung verstanden und wolle auf einmal sämtliche Grenzen kontrollieren lassen. Sogar Zurückweisungen soll es geben. Was jahrelang als nicht machbar abgelehnt wurde, soll nun auf einmal möglich sein. Und das nur, weil vor den Landtagswahlen in Brandenburg die AfD vor der SPD liegt und die nächste Ohrfeige des Wählers droht.

Selbstverständlich wissen die Genossen, dass sie beim Wähler gründlich verspielt haben. Kaum jemand im Lande weiß noch, warum er SPD wählen sollte. Der „Kampf gegen Rechts“, den Faeser vollmundig ausgerufen hatte, ist nach hinten losgegangen. Viele SPD-Wähler von einst geben heute der AfD ihre Stimme. Der Nazi-Vorwurf ficht keinen mehr an. Die Inflationierung dieses Begriffs hat ihn längst entwertet.

Es ginge auch anders

Die gegenwärtigen Wahlerfolge der Rechtspopulisten gehen auch aufs Konto der SPD. Denn die Sozialdemokraten haben es versäumt, die Themen der AfD sich anzueignen und auf links zu drehen. Die dänischen Sozialdemokraten machen es vor: Sie scheuen sich nicht, die Interessen ihrer Bevölkerung an die erste Stelle zu setzen und die kulturelle Identität ihres Landes zu verteidigen. Mit dieser Strategie wurden die dänischen Rechtspopulisten marginalisiert.

Als die SPD noch ein Gespür dafür hatte, wie strukturell und habituell konservativ es in Arbeiter- und Kleinbürgermilieus zugeht, war sie eine echte Volkspartei. Inzwischen haben sich die Genossen aber lieber an Kritikern wie einem Thilo Sarrazin abgearbeitet und sie aus der Partei geworfen.

● **Holger Fuß** ist freier Autor und schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“ (FinanzBuch Verlag). www.m-vg.de

● MELDUNGEN

Preise unter Beobachtung

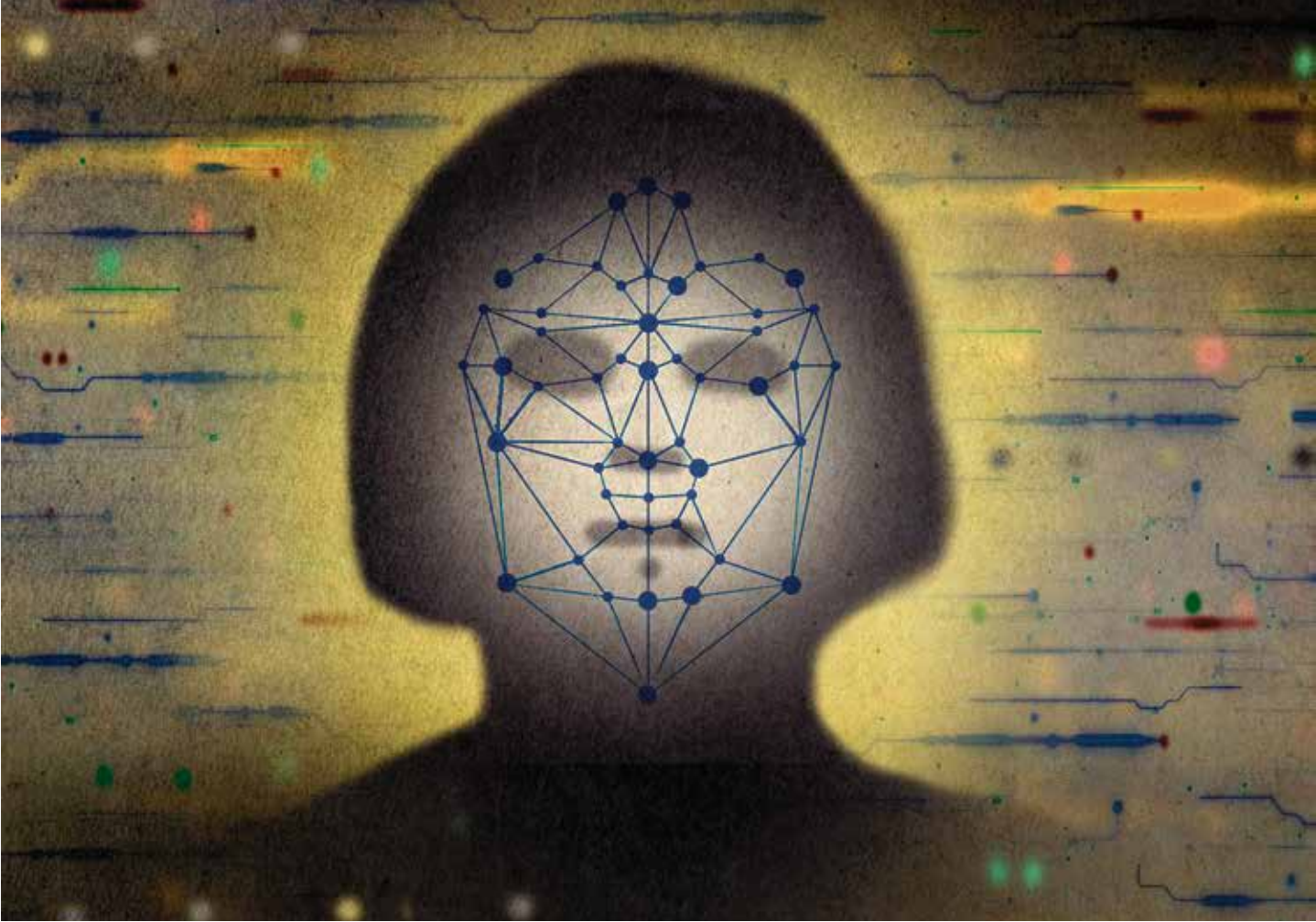
Berlin – Die Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) hat ein von ihr beauftragtes Gutachten zu Lebensmittelpreisen veröffentlicht. Demnach lässt sich die Teuerung nicht nur durch höhere Produktionskosten erklären. Seit 2021 sind die Lebensmittelpreise um fast 33 Prozent gestiegen. Hohe Preise für Zucker, Butter, Brot, Milchprodukte und Gemüse belasten das Budget der Verbraucher. Viele Bauern verdienen nicht einmal genug, um die Produktionskosten zu decken. In einigen EU-Ländern registrieren Preisbeobachtungsstellen Preise und Kosten vom Acker bis ins Discounterregal. In Deutschland dagegen kann niemand erklären, wie die hohen Preise zustande kommen. Die vzbv verlangt nun, dass die Bundesregierung endlich Licht ins Dunkel bringt und eine Preisbeobachtungsstelle bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung einrichtet. *D.J.*

Kunstfleisch macht krank

São Paulo – Fleischersatzprodukte auf pflanzlicher Basis sind ungesund, weil sie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Diabetes und entzündliche Darmerkrankungen begünstigen. Das ist das Ergebnis einer Studie, die im Fachblatt „The Lancet Regional Health“ erschien und auf der Forschungsarbeit eines internationalen Teams um die brasilianischen Ernährungsexpertinnen Fernanda Rauber und Maria Laura da Costa Louzada von der Universität von São Paulo basiert. Die Wissenschaftler stellten fest, dass sämtliche Ausgangsprodukte für das Kunstfleisch wie Soja, Weizen und Hülsenfrüchte während des Produktionsprozesses intensiv wärmebehandelt und mit erheblichen Mengen an Salz, Zucker und Geschmacksverstärkern vermischt werden. Damit gleicht der Fleischersatz den konventionellen hochverarbeiteten Lebensmitteln, deren grundsätzliche Schädlichkeit bereits seit Längerem erwiesen ist. *W.K.*

Fake News vom Wetterdienst

Offenbach – Der Deutsche Wetterdienst (DWD), welcher zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) gehört, betreibt Desinformation. Er meldete am 30. August: „Der Sommer 2024 war in Deutschland deutlich zu warm ... Das Temperaturmittel lag ... mit 18,5 Grad Celsius um 2,2 Grad über dem Wert der international gültigen Referenzperiode 1961 bis 1990 (16,3°C).“ Dabei wurde diese Referenzperiode von der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) 2021 geändert und umfasst seither den Zeitraum von 1991 bis 2020. Deshalb war der Sommer 2024 letztlich nur 0,9 Grad zu warm. Weil die Empfehlungen der WMO international nicht verbindlich sind, kündigte der DWD bereits 2021 an, sie zu ignorieren. Das resultierte wohl daraus, dass einige der 15 kältesten Sommer der letzten 140 Jahre in die Spanne von 1961 bis 1990 fielen, womit diese am besten dazu taugt, eine fortschreitende Erderwärmung vorzugaukeln, um die Klimahysterie weiter voranzutreiben. *W.K.*



Anhand weniger digitaler Triggerpunkte lässt sich schnell über KI ein Gesicht erkennen

Foto: imago/Westend61

SICHERHEIT

Totale Überwachungsoffensive

Will die Ampel neben IS-Terroristen auch gleich andere Bürger ausspionieren?

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Messeranschlag von Solingen am Abend des 23. August, bei dem der illegal in Deutschland lebende Syrer Issa al Hasan drei Menschen ermordete und acht weitere verletzte, soll nun angeblich zu einer „Zäsur“ in der Asylpolitik führen. Dabei gibt es aber Anzeichen dafür, dass die Bundesregierung den blutigen IS-Terrorakt ebenso als Vorwand für eine totale Überwachungsoffensive nutzen will, welche sich im Endeffekt keineswegs nur gegen islamische Terroristen richtet.

Hiervon zeugt insbesondere das sicherheitspolitische Maßnahmenpaket, das Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) am 29. August der Presse vorstellten. Denn dieses läuft nicht zuletzt darauf hinaus, den Sicherheitsbehörden weitreichende neue Befugnisse zu erteilen, was den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) zum automatisierten „biometrischen Abgleich von allgemein

zugänglichen Internetdaten“ betrifft. Im Klartext ist damit die KI-gesteuerte Gesichtserkennung im öffentlichen Raum gemeint, wobei künftig auch noch Bewegungs-, Handlungs- und Sprachmuster erfasst und analysiert werden sollen. Darüber hinaus ist geplant, polizeiliche Datenbanken zusammenzuführen und ebenfalls mittels KI durchforsten zu lassen.

Gegen den Koalitionsvertrag

Damit verstößt die Bundesregierung gegen ihren eigenen Koalitionsvertrag, in dem es unmissverständlich heißt: „Den Einsatz von biometrischer Erfassung zu Überwachungszwecken lehnen wir ab. Das Recht auf Anonymität sowohl im öffentlichen Raum als auch im Internet ist zu gewährleisten.“ Gleichzeitig läuft das Ganze dem am 21. Mai 2024 verabschiedeten „AI Act“ der EU zur gesetzlichen Regelung der Verwendung von Künstlicher Intelligenz innerhalb der Europäischen Union zuwider. Dieser gestattet zwar den automatisierten Abgleich von biometrischen Daten, jedoch nur zur „biometri-

schen Verifizierung“. Das heißt, die angestrebte computergesteuerte Rasterfahndung mit einer massenhaften und anlasslosen Auswertung von Fotos oder Videos zum vermeintlichen Zweck der Terrorbekämpfung würde zweifelsfrei mit geltendem EU-Recht kollidieren.

Daher üben Datenschützer und Menschenrechtler Kritik an dem Vorhaben, wobei der Chaos Computer Club (CCC), welcher sich über die Jahre hinweg zu einer führenden Nichtregierungsorganisation auf dem Gebiet der IT-Sicherheit und Informationsfreiheit entwickelt hat, die klarsten Worte über das neue Sicherheitspaket der Ampel fand: „Die geplante biometrische Erfassung von Gesichtsbildern aus dem Internet ist ein Angriff auf die Privatsphäre aller – ohne klare Notwendigkeit oder Nutzen.“ Danach wird der CCC noch deutlicher: „Die biometrischen Überwachungsmaßnahmen führen in eine dystopische Zukunft, in der niemand mehr anonym im öffentlichen Raum oder im Internet unterwegs sein kann. Das Recht, sich frei und unbeobachtet bewe-

gen zu können, ist essentiell für eine funktionierende Demokratie. Eine Gesellschaft, in der jede Bewegung erfasst und analysiert werden kann, führt zu Selbstzensur, Misstrauen und einem Klima der Angst. Dieser Überwachungsexzess ist ein direkter Angriff auf die Freiheit und die Privatsphäre jedes Einzelnen.“

Und tatsächlich scheinen Innenministerin Faeser und Justizminister Buschmann mit ihrem Maßnahmenpaket noch andere Zielgruppen als Terroristen im Fokus zu haben, wie auch aus folgender Formulierung hervorgeht: Die Bundesregierung werde des Weiteren eine „Verschärfung des Digital Services Act (DSA) auf EU-Ebene einfordern, um durch Benennen konkreter Straftatbestände wie das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger und terroristischer Organisationen und Volksverhetzung eine konsequente Bekämpfung strafrechtlicher Inhalte auf Online-Plattformen zu ermöglichen“. Mit anderen Worten: In Reaktion auf den islamistischen Anschlag will die Ampelregierung die EU drängen, die Regeln für das Entfernen „illegaler Inhalte“ im Internet zu verschärfen, wobei das höchst umstrittene, weil willkürlich dehnbare Konstrukt der „Volksverhetzung“ eine zentrale Rolle spielen soll.

Doch damit nicht genug. Kurz nach Faeser und Buschmann legten der stellvertretende grüne Fraktionsvorsitzende Konstantin von Notz, welcher auch dem Parlamentarischen Gremium zur Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes vorsteht, und die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Irene Mihalic, ebenfalls ein Strategiepapier vor, das unter anderem fordert, den Sicherheitsbehörden sehr viel mehr Möglichkeiten einzuräumen, zum Zwecke der „Rechtsdurchsetzung ... verdeckt in sozialen Netzwerken zu arbeiten“.

Andersdenkende überwachen

Äußerten doch vor allem Grüne bisher stets schwerste Bedenken in Bezug auf den angeblichen Datenschutz, wenn es darum ging die Digitalisierung überhaupt auf irgendeinem Gebiet endlich voranzubringen, so sind die eben erwähnten Aktivitäten fast schon ein auffälliger Paradigmenwechsel. Die Frage nach dem Warum stellt sich. Wurde die Strafverfolgung von ausländischen Straftätern und IS-Terroristen seitens der Grünen auf diese Weise bisher fast unmöglich gemacht, scheint man nun in der Ampel und allen voran bei den Grünen eine Möglichkeit zu wittern, auch andere Bürger unter die staatliche Lupe zu nehmen. So stellen die geplanten Überwachungsmaßnahmen nämlich auch ein ideales Einfallstor für die Verfolgung von Andersdenkenden dar.

MEDIZIN

Hysterie durch Mückenstiche

Nach Corona: Medien warnen vor zwei neuen Killerviren

Nachdem die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Mainstream-Medien bereits das Schreckgespenst einer weiteren, durch die Vogelgrippe oder die Affenpocken verursachten Pandemie beschworen und darüber hinaus vor der Ausbreitung der Ebola-, Dengue- und Nipah-Erreger gewarnt haben, brachten es nun noch zwei weitere „Killerviren“ zu öffentlicher Aufmerksamkeit.

So berichteten der britische Nachrichtensender GB News und die Zeitung „The Telegraph“ über ein neues, „nicht zu stoppendes tödliches“ Virus namens Oropouche (OROV), das mit den ebenso gefährlichen Iquitos- (IQTV), Madre-de-Dios- (MDDV), Perdões- (PDEV) und Pintupo-Viren (PINTV) verwandt sei und sich von Brasilien aus weltweit verbreite. Wobei es keinerlei Therapiemög-

lichkeiten oder Impfungen gegen das Oropouche-Fieber (OF) gebe.

In Wahrheit ist der Erreger, der in Südamerika vor allem durch die Mückenart Culicoides paraensis aus der Gruppe der Gnitzen übertragen wird, schon seit 1955 bekannt und auch alles andere als mörderisch. Zwar verzeichnete man in Brasilien im laufenden Jahr rund 7500 laborbestätigte OROV-Infektionen, jedoch starben mit zwei Menschen vergleichsweise wenige an dem Virus. In aller Regel verläuft eine Oropouche-Erkrankung eher leicht, weil sich die Symptome auf Fieber, Kopf- und Muskelschmerzen, Erbrechen sowie Nasen- und Zahnfleischbluten beschränken. Das gilt auch für Reiserückkehrer aus Lateinamerika, die in Europa behandelt wurden. Dennoch mahnte GB News: „Wir sollten uns auf jeden Fall Sorgen machen“, wäh-

rend die „Zeit“ schrieb: „Jetzt schauen Mediziner besonders auf das Risiko für schwangere Frauen und Ungeborene.“

Noch dramatischer fiel ein Bericht der Tageszeitung „Die Welt“ vom 29. August aus mit der Überschrift: „Todesfall nach Infektion. Virus-Alarm in den USA – Stadt riegelt Parks ab, Bürger sollen zu Hause bleiben“. Darin hieß es: „Im US-Staat New Hampshire ist ein Mensch nach einer Infektion mit der von Mücken übertragenen Östlichen Pferdeenzephalomyelitis (EEE) gestorben.“ Dem folgte die Zeile „Massachusetts greift hart durch“, wonach die Maßnahmen inklusive eines Teil-Lockdowns geschildert wurden. Als Begründung dafür gab die „Welt“ an: „Nach Angaben der US-Gesundheitsbehörde CDC verlaufen 30 Prozent der Erkrankungen tödlich. Bei vielen Menschen blei-

ben nach überstandener Krankheit neurologische Probleme zurück. Gegen das EEE-Virus gibt es bislang weder einen Impfstoff noch Medikamente.“

Reine Panikmache. Zunächst müssen die Mücken der Art Culiseta melanura sich den Erreger bei infizierten Vögeln abholen. Wenn sie danach einen Menschen stechen, verläuft die manchmal daraus resultierende EEE-Infektion zu 95 Prozent aller Fälle ohne Symptome ab. Nur bei den verbleibenden fünf Prozent treten unter Umständen Hirnhautentzündungen auf, die dann tatsächlich zu einem Drittel tödlich enden. Deshalb lag die Inzidenz in Plymouth bislang auch nur bei 0,13 pro 100.000 Einwohner und die Sterblichkeit bei 0,00004 Prozent. Diese Zahlen der CDC fehlen in dem Artikel der „Welt“. *W.K.*

LANDTAGSWAHL IN BRANDENBURG

Das Ende einer Ära scheint möglich

Dietmar Woidke will nicht mehr, wenn die AfD stärker wird als seine SPD – Genau das zeichnet sich ab

VON HERMANN MÜLLER

Hält sich Dietmar Woidke an gemachte Aussagen, dann erleben die Brandenburger derzeit womöglich die letzten Tage der Dienstzeit ihres Ministerpräsidenten. Als SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl hat der amtierende Ministerpräsident angekündigt: Sollte die AfD bei der Landtagswahl am 22. September besser abschneiden als seine SPD, „bin ich weg“. „Ich werde nicht mit irgendjemandem rumverhandeln, wenn ich auf dem zweiten oder dritten Platz gelandet bin“, so Woidke.

Kurz vor dem Wahltag deutet nun allerdings einiges darauf hin, dass die AfD die meisten Stimmen erzielt und damit die SPD auf Platz zwei verdrängt. Seit 1990 ist die märkische SPD aus allen Landtagswahlen als stärkste Partei hervorgegangen. Dementsprechend haben die Sozialdemokraten in sieben Wahlperioden den Ministerpräsidenten gestellt: vom gebürtigen Stettiner Manfred Stolpe über den Potsdamer Matthias Platzeck bis hin zum Lausitzer Woidke.

Harte Distanz zur Bundespartei

Bei einer Umfrage, die Infratest Anfang September durchgeführt hat, konnte Brandenburgs SPD gegenüber der vorigen Umfrage um vier Prozentpunkte zulegen. Die Sozialdemokraten landeten bei 23 Prozent. Gemessen an den Zustimmungswerten, welche die Partei in Sachsen und Thüringen und auch bundesweit erringt, ist der Wert der Brandenburger Genossen damit immer noch sehr ansehnlich. Für den jahrzehntelang üblichen Wahlsieg muss sich die Partei allerdings nun in kurzer Zeit noch um mehrere Prozentpunkte verbessern. Denn wie die Infratest-Umfrage zutage förderte, konnte nämlich auch die AfD bei der Sonntagsfrage um vier Punkte zulegen. Die Partei käme damit aber auf 27 Prozent.

Die SPD hat in ihrer Wahlkampagne bislang stark auf die Beliebtheit von Woidke als Landesvater gesetzt. „Wer Woidke will, muss SPD wählen“, so das Motto auf vielen Wahlplakaten. Mit zum Wahlkampfstil der märkischen Genossen gehörte Distanz zur Ampelkoalition im Bund. Die Brandenburg-SPD verzichte erklärtermaßen auf Wahlkampfhilfe von Bundeskanzler Olaf Scholz. Ungeachtet



Alles auf Anti-AfD: Brandenburgs SPD-Ministerpräsident Dietmar Woidke (l.)

Foto: Montage/imagio/imagio

der Tatsache, dass Scholz Wahl-Potsdamer ist, der somit auch seinen Bundestagswahlkreis in Brandenburg hat, hieß es von der märkischen SPD, man habe genug eigene Führungspersönlichkeiten. Potential zum Eklat hatte auch die Forderung der Vizechefin des SPD-Landesverbandes, Katrin Lange, dass „bestimmte Leute grundsätzlich nicht mehr an Talkshows teilnehmen“ sollten. Wie Lange gegenüber der „Bild“-Zeitung bestätigte, war die Forderung auf SPD-Politiker wie Saskia Esken und Kevin Kühnert gemünzt.

Unter dem Eindruck der Sachsen- und der Thüringen-Wahl haben die Sozialdemokraten in der Schlussphase des Wahlkampfes ihre Strategie noch einmal ergänzt. Zu den Bürgern, die Woidke als bewährten Landesvater sehen, will die SPD gezielt Wähler ansprechen, denen es um die Verhinderung eines AfD-Wahlerfolgs geht. Das ungeschriebene Motto lautet nun: Wer die AfD stoppen will, muss

Woidke wählen. Knapp zweieinhalb Wochen vor dem Wahlsonntag erklärte der Spitzenkandidat: „Ich brauche die Unterstützung der Brandenburger, damit unsere stolze Brandenburger Fahne keine großen braunen Flecken kriegt.“

Appell an „taktische Wähler“

Abgeschaut ist diese Herangehensweise möglicherweise bei der sächsischen CDU. Schon 2019 hatten Anhänger von Linkspartei, Grünen und SPD bei der Landtagswahl für die CDU gestimmt, um die AfD zu verhindern. Auch in diesem Jahr hatte Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) die Sachsen auf die Möglichkeit eines „taktischen Wählens“ hingewiesen.

Die Hoffnung der Brandenburg-SPD, mit dieser Taktik noch auf den letzten Metern in Führung gehen zu können, ist nicht ganz unrealistisch. Bereits bei der vergangenen Landtagswahl 2019 gelang der SPD das Kunststück, die lange Zeit in

Umfragen führende AfD am Wahltag dann doch noch zu überholen. Gefasst machen müssen sich die Brandenburger allerdings auf eine Regierungsbildung, die ähnlich schwierig wird wie in Erfurt und Dresden. Der Spitzenkandidat des Bündnisses Sahara Wagenknecht in Brandenburg, Robert Crumbach, hat bereits eine Koalition mit der AfD ausgeschlossen. Woidke hat wiederum Koalitionsverhandlungen mit direkter Beteiligung von BSW-Parteichefin Sahara Wagenknecht zurückgewiesen.

Zu zähen Verhandlungen können nach der Wahl auch verfassungsrechtliche Probleme kommen. Eine Umfrage sagt der AfD den Gewinn von 36 der 44 möglichen Direktmandate voraus. Dies würde Ausgleichsmandate für die anderen Parteien notwendig machen. Endergebnis könnte dann ein Landtag sein, in dem mehr als die maximal zulässigen 110 Abgeordneten sitzen – oder aber eine das Wahlergebnis verzerrende Kappung der Abgeordnetenzahl.

ANTISEMITISMUS

Humboldt-Uni als Freigehege für Extremisten

Universitätspräsidentin stellt sich vor Israelhasser – Aktionswoche von linksradikalen Aktivisten

Julia von Blumenthal, Präsidentin der Berliner Humboldt-Universität (HU), geht wohl unbeschadet aus dem Skandal der von ihr geduldeten Besetzung des Instituts für Sozialwissenschaften ihrer Universität durch linksextreme antisemitische Aktivisten hervor. Noam Petri, Vizepräsident der Jüdischen Studierendenunion Deutschland, klagt: „Spätestens jetzt muss die Mär von den friedlichen Protesten aufhören. Die Demonstranten feiern die Ereignisse vom 7. Oktober und die Hamas!“

Da die Präsidentin wenig Eifer zeigte, an der Universität „Recht und Ordnung“ wiederherzustellen, hatte Dustin Müller, Vorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingebracht. Begründet hat er dies damit, von Blumenthal habe eine Uni-Besetzung und Sach-

beschädigungen geduldet und zudem zunächst angekündigt, auf Strafanzeigen zu verzichten zu wollen. Zuständig für die Dienstaufsichtsbeschwerde war die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege, Ina Czyborra (SPD).

Czyborra hat die Beschwerde mit einer kurzen Mitteilung abgewiesen: „Im Ergebnis halte ich Ihre Dienstaufsichtsbeschwerde für unbegründet.“ Müller zeigt sich empört: „Die fehlende Begründung ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die noch immer traumatisiert von der Besetzung sind.“ Auch Petri ist fassungslos: „Die Universität ist so zu einem rechtsfreien Raum geworden ... Die Anweisung zur Räumung musste erst von oben kommen. Ich frage mich: Hätte die Uni-Präsidentin auch so gehandelt, wenn es sich um rechtsextreme Besetzer gehandelt

hätte? ... Das ist nicht nur Verharmlosung, sondern Verherrlichung. Extremistische Studenten sympathisieren mit islamistischem Gedankengut.“

„Gegen alles, was nicht links ist“

Auf Nachfragen hieß es aus dem Hause Czyborra: „Da es sich hierbei um eine Personaleinzelangelegenheit handelt, kann sich die Senatswissenschaftsverwaltung dazu leider nicht äußern.“ Der Sachscha den durch die Besetzung – insbesondere die beschmierten Wände – beträgt etwa 150.000 Euro. Schmierereien wie „From the river to the sea“ und andere Hamas-Parolen schätzt von Blumenthal jedoch als normale „Graffiti“ ein.

Im Juni fand dann an der Humboldt-Universität eine „Aktionswoche gegen Rechts“ statt. Unterstützung gab es von

der mit öffentlichen Geldern und Steuermitteln finanzierten Studentenvertretung (ASTa). Mit von der Partie war der Linkspartei-Politiker Ferat Kocak, der auf sozialen Medien mit anti-israelischen bis antisemitischen Beiträgen auffällt. Kocak relativiert die NS-Verbrechen durch einen Vergleich mit dem derzeitigen rechtskonservativen Trend.

RCDS-Chef Müller: „Mit der Aktionswoche gegen Rechts gibt es nun im Herzen der Hauptstadt ein Agitations- und Indoktrinations-Programm gegen alles, was nicht links ist – finanziert von öffentlichen Mitteln in öffentlicher Infrastruktur. Wie weit dieser linksradikale Elfenbeinturm von der tatsächlichen Jugend entfernt ist, zeigen nicht zuletzt die Ergebnisse der Europawahl unter Jungwählern.“

Frank Bückner

KOLUMNE

„Femizid“?

VON THEO MAASS

Ein 50-jähriger Mann mit libanesischem Hintergrund hat in Berlin-Zehlendorf – einem eher ruhigen und bevorzugten Wohnquartier – seine 36-jährige Ex-Ehefrau mit einem Messer ermordet. Mainstream-Medien und Justizverwaltung sprechen von einem „Femizid“. Dieses Fremdwort umschreibt als Tatmotiv einen von Männern ausgehenden Frauenhass. Tatsächlich handelt es sich bei dem Zehlendorfer Fall aber um Ausländerkriminalität, genauer gesagt um importierte Kriminalität aus kulturfremden, moslemischen Kreisen.

Dieser Mord war nicht der erste seiner Art. Besondere Aufmerksamkeit erlangte der Mord an der Kurdin Harun Sürücü vor 19 Jahren durch ihren minderjährigen Bruder. 2021 ermordeten zwei afghanische Brüder ihre Schwester, ihre Leiche wurde in einem Koffer mit dem Zug nach Süddeutschland gebracht und dort in einem Wald versteckt. Mit der Umschreibung als „Femizid“ soll von der typischen Täterschaft abgelenkt und die Gesellschaft gespalten werden, indem man die Gruppe der autochthonen „biodeutschen“ Männer in eine moralische Mithaftung nimmt.

Das Problem sind aber integrationsunfähige Immigranten, die ihre religiösen und gesellschaftlichen Wertvorstellungen nicht ablegen wollen. Will man gegen die Immigranten-„Femizide“ in Deutschland tatsächlich etwas unternehmen, kann es dafür nur eine Lösung geben: Rücksiedeln in Länder, in denen diese religiösen und gesellschaftlichen Vorstellungen verwirklicht sind. „Fachkräfte“ oder nicht, diesen Personenkreis brauchen wir in Deutschland nicht zu dulden.

In Nachbarländern ist man da weiter. Laut dänischem „Ghettogesetz“ dürfen nicht zu viele „nicht-westliche Ausländer“ in einem Stadtteil leben, um zu verhindern, dass Parallelgesellschaften entstehen. Bei unserem östlichen Nachbarn Polen siedeln sich derartige Leute gar nicht erst an, weil sie wissen, dass sie dort nicht willkommen sind. Die richtige Medizin für Berlin: halb Dänemark – halb Polen.

MELDUNG

Abschiebehaft unmöglich

Berlin – Die deutsche Hauptstadt hat derzeit keine Haftplätze für Ausländer, die in Abschiebehaft genommen werden sollen. Bislang hatte das Land Berlin zehn Plätze für Abschiebehaft in einer Einrichtung am Kirchhainer Damm in Berlin-Lichtenrade. Wie Polizeisprecherin Valeska Jakubowski mitteilte, können diese zehn Haftplätze wegen Bauarbeiten derzeit nicht genutzt werden. Nach ihren Angaben wird die Einrichtung voraussichtlich erst im November 2025 wieder zur Verfügung stehen. Eine Erhöhung der Zahl der Haftplätze ist im Zuge des Umbaus nicht vorgesehen. Den 2018 eingerichteten Abschiebebegewahrsam hat Berlin bislang für verurteilte ausreisepflichtige Straftäter und sogenannte Gefährder genutzt. Der innenpolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Burkard Dregger, hat nach dem Terroranschlag von Solingen gefordert, die Abschiebehaft auch für sonstige Ausreisepflichtige zu nutzen. H.M.

● MELDUNGEN

Flugsteuer-Aus in Schweden

Stockholm – Wenige Jahre nach Einführung einer Luftverkehrssteuer schafft Schweden die Steuer zum 1. Juli 2025 wieder ab. Eingeführt hatte das skandinavische Land die Flugticketsteuer erst im Jahr 2018. Gleichzeitig zur Einführung war seinerzeit unter dem Begriff „Flygskam“ (zu Deutsch: Flugscham) Kritik am CO₂-Ausstoß des Luftverkehrs aufgenommen. Derzeit leidet die schwedische Luftverkehrsbranche darunter, dass die Passagierzahlen bei nur 80 Prozent des Vor-Corona-Jahrs 2019 liegen. Auch deutsche Branchenvertreter haben die Ampel-Regierung inzwischen aufgefordert, hierzulande die Luftverkehrssteuer zu überdenken, um den Verlust von Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland aufzuhalten. Laut Flughafenverband ADV meiden aufgrund staatlicher Belastungen mittlerweile Fluglinien deutsche Flughäfen. Die Bundesregierung hatte die Luftverkehrssteuer erst zum 1. Mai um 25 Prozent erhöht. *H.M.*

Kanaren klagen gegen Madrid

Madrid – Angesichts einer steigenden Zahl irregulärer Migranten wirft die kanarische Regionalregierung dem spanischem Staat Vernachlässigung vor. Nach Angaben des Präsidenten der Kanarischen Regierung, Fernando Clavijo (Coalición Canaria), plant die Regionalregierung rechtliche Schritte gegen die Zentralregierung in Madrid. Diese besteht aus der Sozialistischen Partei (PSOE) und der linken Plattform Sumar. Wie Clavijo erklärte, wird es bis Ende 2024 wegen der Migrationskrise auf den Kanarischen Inseln einen „Notfall nach dem anderen“ geben. Der Präsident der kanarischen Regionalregierung sagte, alle Aufnahmezentren für Minderjährige seien bereits „übersättigt“, mehrere dieser Aufnahmezentren sogar zu mehr als 200 Prozent ausgelastet. Clavijo warnte, der Komplexität der Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Migranten werde nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. *H.M.*

Thatchers Bild abgehängt

London – Der sozialistische britische Premierminister Keir Starmer hat das Porträt seiner Amtsvorgängerin Margaret Thatcher im Amtssitz „No 10 Downing Street“ abhängen lassen. Zur Begründung ließ er erklären, das Gemälde sei „beunruhigend“. Das Porträt von Thatcher hatte 2009 der Labour-Regierungschef Gordon Brown in Auftrag gegeben. Seither hing es im Arbeitszimmer Thatchers – daher den Beinamen „Thatcher Room“. Die Ex-Innenministerin Priti Patel sagt zu Starmer: „Ich denke, das sagt uns wirklich alles über seine Prioritäten“. Die Einrichtung seines Amtssitzes liegt im Ermessen des jeweiligen Premierministers. Starmers Aktion führte zu einer großen medialen Reaktion in Großbritannien. Der offizielle X-Account der Konservativen warf Starmer Frauenfeindlichkeit vor. Die Bildungsstaatssekretärin Jacqui Smith versucht eine Erklärung: „Der Premier ist wahrscheinlich mehr daran interessiert, seine Arbeit zu machen.“ *F.B.*



Idealvorstellung für Tradewives: Als Hausfrau und Mutter die Familie verwöhnen

Foto: akg-images / INTERFOTO / TV-Yesterday

VEREINIGTE STAATEN

„Tradwives“ – junge Frauen wieder an Heim und Herd

Von Gleichberechtigung enttäuscht und vom rauen Arbeitsleben entnervt entdecken immer mehr Frauen ein altes Familienmodell wieder neu

VON JENS EICHLER

Das Deutsche Institut für Sozialwirtschaft warnt eindringlich vor einem „besorgniserregenden Symptom der Gegenwart“. Bei Feministinnen herrscht regelrecht Alarmstimmung wegen einem Trends, der primär in den USA und Großbritannien auf Social Media Plattformen wie TikTok, Instagram und YouTube angepriesen wird. Und auch die LGBTQ-Gemeinde trommelt. Es geht um „Tradwives“. Ein Begriff, der nichts anderes als das alte, klassische Frauenbild beschreibt und sich aus „Tradition“ und „Wife“ (Englisch für Ehefrau) zusammensetzt. Gemeint sind Frauen, die ein explizit konservatives Rollenbild propagieren. Putzen, Kochen, Kinder, Heim und Herd sind also plötzlich wieder en vogue. Frau schmeißt

zu Hause den Laden, während Mann das Geld verdient.

Für viele emanzipierte Frauen scheint allein bei diesem Gedanken eine Welt zusammenzuberechnen. „Wofür haben wir Jahrzehnte gekämpft, wenn Frauen wieder in ein altes Rollenbild zurückfallen?“, fragt Alice Schwarzer, Deutschlands Feministin Nr. 1, schier fassungslos.

Werbung für rechte Ideologie

In der Tat wittern die einen schon weißen Rassismus, da sie hinter der Bewegung eine rechtsextreme Ideologie mit rechter Verschwörungsgesinnung vermuten, in der Frauen für die „weiße Rasse“ viele weiße Kinder gebären sollen. Die Kommunikationswissenschaftlerin Julia Stüve erklärte gegenüber dem Deutschlandfunk: „Die Weiße Rechte nutzt das hübsch verpackte Rollenbild, um gezielt junge

Frauen von einer eigentlich frauenfeindlichen Ideologie zu überzeugen!“ Selbst wenn diese Frauen sich von so einer Gesinnung distanzieren, oder sich dessen nicht bewusst seien, würden sie mit ihrem Verhalten „Werbung“ für diese Rollen mit all ihren Assoziationen machen. Im Klartext: Freiheit für Frauen ist das, was andere bestimmen – nur die Betroffenen selbst nicht.

Doch was ist, wenn eine Frau selbstbestimmend für sich entscheidet, lieber die klassische Mutterrolle einnehmen zu wollen? Ist es heutzutage für eine Frau verpflichtend, einen Beruf im klassischen Arbeitsmarkt auszuüben? Wer hat das Recht, Frauen vorzuschreiben, welche Rolle sie einnehmen dürfen und welche nicht? Richtig, nur die jeweilige Frau selbst darf über sich bestimmen. Alles andere ist keine Freiheit und keine Emanzi-

pation. Der viel diskutierte Gender-Pay-Gap macht die nicht vorhandene Gleichberechtigung deutlich. Laut Statistischem Bundesamt verdient eine Frau aktuell 18 Prozent pro Stunde weniger als ein Mann bei gleicher Arbeit und Qualifikation.

Kein Wunder, dass andere Kritiker des „Tradwife“-Trends darin nur ein komplettes Versagen der Gesellschaft und des Systems sehen. Immerhin waren noch nie so viele Mütter berufstätig wie heutzutage. Gut 69 Prozent der Frauen mit Kindern sind in der Bundesrepublik in einer doppelten Funktion eingespannt: Familie und Job. Beides meistern diese Frauen mit Bravour. Und dennoch bleibt dabei ein wesentlicher Teil auf der Strecke: sie selbst. Denn die permanente Dauerbelastung entspricht eher nicht der heutzutage propagierten Work-Life-Balance.

Wirtschaftlich privilegiert

Daher hat so manche Frau genug vom Stress, vom ständigen Kampf zwischen Kita, Job und Finanzamt. Die TikTokerin @nemacizkov bringt es in einem Beitrag auf den Punkt: „Ich habe es satt, jeden Tag zu arbeiten und den Haushalt zu schmeißen. Und am Ende des Tages habe ich trotzdem nicht viel Geld. Ich will zwar von keinem Mann abhängig sein, aber manchmal, wenn mir alles zu viel wird, will ich einfach nur Hausfrau sein.“

Viele „Tradwives“ wählen die klassische Mutter-Familienrolle gerade wegen des vermeintlichen Komforts: Während der Mann das Geld verdient und Alleinverdiener ist, fungiert die Frau als Familienmanagerin mit freier Zeit- und Hobbeyeinteilung. Das klingt wirtschaftlich privilegiert und ist es auch. Sie zu Hause im trauten Heim, er in der rauen Berufs- und Arbeitswelt. Wer dieses Lebens- und Familienmodell lebt, der muss eine gewissen Einkommenshöhe vorweisen können, um heutzutage mit nur einem Gehalt gut und sorglos über die Runden zu kommen.

Denn dass immer mehr Frauen arbeiten, ist nicht nur ihrer Emanzipation und dem Streben nach Gleichberechtigung geschuldet, sondern hat oft wirtschaftliche Gründe. Denn ein Gehalt reicht im Vergleich von vor 40 Jahren nicht mehr zum Überleben aus. Außerdem birgt es eine große Gefahr für Frauen: Neben der wirtschaftlichen Abhängigkeit von einem Partner wird parallel die Altersvorsorge vergessen. Denn Hausfrauen zahlen nicht in die Rentenkasse ein. Für den Gesetzgeber wäre hier noch viel zu tun. Um Hausfrauen und Mütter vor Altersarmut abzusichern, wären Steuergelder sicher besser eingesetzt als für Fahrradwege in Peru. Das würde auch bei echter Gleichberechtigung in umgekehrter Weise gelten, wenn nämlich Männer entschieden, „Tradhusbands“ werden zu wollen.

RUSSLAND

Putin will Aserbaidshan als Verbündeten haben

Der Kreml-Diktator demonstrierte Freundschaft trotz großer Presse-Häme über ukrainischen Durchbruch

Der russische Präsident Wladimir Putin stattete Baku einen Staatsbesuch ab. Nach zweitägigen Gesprächen haben beide Seiten eine Reihe von Regierungsabkommen unterzeichnet und bezeichneten ihre Beziehungen als sehr eng. Inmitten des Ukrainekrieges und des ungelösten Konflikts im Südkaukasus setzen Moskau und Baku ihre Annäherung fort. Erleichtert wird dies durch die persönliche „Chemie“ zwischen Putin und Ilham Alijew, die beide Krieg zur Durchsetzung ihrer Interessen als probates Mittel betrachten. Präsident Alijew ist ein Autokrat, der keine Opposition oder Widerspruch duldet, wie Putin.

Trotz der gemeinsamen sowjetischen Vergangenheit hatte sich das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach 1991 stark abgekühlt. Aserbaidshan betrachtet neben Armenien, das es bereits als West-

Aserbaidshan bezeichnet, auch die muslimischen russischen Kaukasusrepubliken als seine Einflussosphäre und wartet auf eine weitere Schwächung Russland im Ukrainekrieg, um sich stärker in dieser Region zu engagieren. Vielleicht deshalb ist Putin direkt von Baku erstmals nach 16 Jahren nach Tschetschenien geflogen, das noch zu Russland gehört.

Dem von Putin geschmiedeten Militärbündnis ehemaliger Sowjetstaaten ist Alijew nie beigetreten – aber Armenien. Dennoch hat Putin, trotz seiner allzu oft beschworenen Männerehre, was seine alten KGB-Freunde betrifft, Armenien im Karabachkrieg gegen Aserbaidshan fallenlassen. Einen neuen Verbündeten braucht Aserbaidshan im Gegensatz zu Russland nicht, es hat ja in Erdogan und den Türken eine neue Brudernation ge-

funden, die gern Schützenhilfe leistet. Auch für Putins einstigen Berater, den Oligarchen Ruben Vardanian, Ex-Regierungschef von Bergkarabach, der seit einem Jahr in einem aserbaidshanischen Gefängnis gefoltert wird, hat sich Putin nicht eingesetzt. Mit seinen Möchtegern-Verbündeten kann Putin nicht so herumspringen wie mit den West-Demokratien, die sich mit Geiseln erpressen lassen.

Einst waren Georgier und Armenier historische Verbündete Moskaus

Beide Länder, Russland und Aserbaidshan, verbindet eine Vorliebe für Angriffskriege. Beide Länder brauchen dazu eine starke Kriegswirtschaft. Aserbaidshan betrachtet das Lithium des erobernden und ethnisch gesäuberten Bergkarabach als Basis seiner Kriegswirtschaft und

richtet deswegen im Dezember auch den nächsten Weltklimagipfel aus. Daneben braucht es den Zangezur-Korridor, mit dem Aserbaidshan eine Landverbindung zu seiner Exklave Nachitschewan und zur Brudernation Türkei herstellen könnte. Eine solche Landverbindung durch Armenien war zwar im Waffenstillstandsvertrag von 2021 vorgesehen, den hat aber Aserbaidshan mit seinem Angriffskrieg von 2023 gegen Artzachegebrochen. Interessant wird jetzt, wie Putin seine neue Freundschaft mit dem muslimischen Autokraten Alijew seinen Mitbürgern in Russland und Patriarch Kyrill vermitteln will, die dachten, das christliche Russland sei der natürliche Verbündete der beiden christlichen Kaukasusvölker Armenien und Georgien, mit denen Putin zunehmend auf Kriegsfuß steht. *Bodo Bost*

VON HERMANN MÜLLER

In den USA haben die Biermarke Bud Light und der Discounter Target eine wirtschaftliche Talfahrt erlebt, nachdem sie versucht haben, mit der zweifelhaften Transgender-Ideologie zu punkten. Kunden blieben weg, stattdessen machte das Schlagwort „Go woke, go broke“ die Runde, demzufolge für Firmen zu eifriges Folgen des linken Zeitgeistes zum Geschäftsrisiko werden kann.

Auch Europas größter Autobauer, der Volkswagen-Konzern, hat sich seit einigen Jahren in hohem Maße dem offiziell propagierten „Klimaschutz“ verschrieben. Ganz im Sinne der Regierungspolitik hat VW sein Geschäft zunehmend auf die Herstellung von Elektroautos ausgerichtet. Schon 2019 kündigte VW an, bei seinem Elektromodell ID „über die gesamte Lebensdauer bilanziell CO₂-neutral“ sein zu wollen. Selbst bei der Produktion des Elektromodells ID Neo im VW-Werk in Zwickau wollte der Konzern Kohlendioxid vermeiden, indem das Werk in Sachsen mit Ökostrom betrieben wird. Sogar seine weltweit 40.000 Zulieferer forderten die VW-Manager auf, wo es technisch möglich sei, Energie aus nachhaltiger Erzeugung zu beziehen.

Inzwischen scheint sich die von der Politik bejubelte Vorreiterrolle von VW in Sachen Nachhaltigkeit und Elektromobilität als ein entscheidender Wettbewerbsnachteil gegenüber Konkurrenten wie Mercedes-Benz und BMW zu entpuppen. Diese beiden Autobauer haben beim Thema Elektromobilität etwas vorsichtiger agiert als der Wolfsburger Konzern.

Aufs falsche Pferd gesetzt

Solange der Kauf von Elektroautos mit dem Geld der Steuerzahler kräftig subventioniert wurde, war die Welt bei VW in Ordnung. Im Jahr 2023 war kein Modell von Tesla, sondern der Kleinwagen E-Up von Volkswagen das meistverkaufte E-Auto in Deutschland. Doch als Konsequenz der verfassungswidrigen Haushaltsplanung der Ampel-Koalition musste Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) die „Umweltprämie“ für privat genutzte Elektroautos zu Anfang des Jahres streichen. Ende August 2023 war bereits die staatliche Subventionierung von dienstlich genutzten E-Autos ausgelaufen. Der Wegfall der Kaufanreize hat die Neuzulassungen für E-Autos in Deutschland regelrecht abstürzen lassen. Im August registrierte das Kraftfahrtbundesamt im Vergleich zum Vorjahresmonat 68,8 Prozent weniger Zulassungen.

Der Autobauer VW steckt mit seiner Kernmarke nun in einer massiven Krise. Das VW-Werk in Zwickau ist in den vergangenen Jahren mit großen Investitio-



Viel zu teuer: Die VW-Elektroautos stehen als Ladenhüter auf dem Parkplatz des Volkswagenwerks Zwickau und warten auf Kunden

AUTOMOBILINDUSTRIE

Ist VW dem linken Zeitgeist auf den Leim gegangen?

Die Wolfsburger Autobauer haben voll auf Elektromobilität gesetzt – nur will leider kaum ein Kunde ein zu teures E-Auto von VW kaufen

nen komplett auf den Bau von Elektroautos umgestellt worden. Weil der Absatz von E-Autos hinter den Erwartungen zurückblieb, hatte VW angekündigt, die Verträge von 500 befristet Beschäftigten in Zwickau nicht zu verlängern. Inzwischen macht sich da auch bei den Festangestellten Wut und Zukunftsangst breit.

Am 2. September, einen Tag nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen, teilte die Konzernführung mit, das Unternehmen müsse fünf Milliarden Euro sparen, um in neue Produkte investieren zu können. Weiter hieß es von der Konzernspitze, VW könne eine Werkschließung in Deutschland und auch betriebsbedingte Kündigungen nicht länger auszuschließen. Aufgeklärt wird damit die Job-Garantie für die über 100.000 Mitarbeiter, die allein für die VW-Kern-

marke in Deutschland arbeiten. Vom Arbeitgeber Volkswagen hängen in ganz Deutschland Regionen und auch Tausende Zulieferbetriebe ab. Allein in Niedersachsen unterhält VW mit Wolfsburg, Hannover, Braunschweig, Emden, Salzgitter und Osnabrück sechs Standorte.

Ohne Subventionen geht's nicht

Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) bezeichnete das Fehlen bezahlbarer E-Autos offen als einen Teil der Krise bei VW. Pikant ist, dass Niedersachsen Miteigentümer von Volkswagen ist. Als Wirtschaftsminister sitzt der SPD-Politiker im VW-Aufsichtsrat. Wirtschaftsminister Habeck sprach sich angesichts der drastischen Sparpläne bei VW unterdessen dafür aus, „neue Impulse für den Kauf von E-Autos zu setzen“. Kurzfristig

beschloss das Ampel-Kabinett eine befristete Sonderabschreibungsregel für dienstlich genutzte E-Autos. Angehoben wird mit der Regelung die Bemessungsgrundlage von 70.000 auf 95.000 Euro.

Dahinter steht offenbar die Hoffnung, zumindest den Absatz von hochpreisigen Elektroautos wieder ankurbeln zu können. Ähnlich wie schon bei der staatlichen Förderung der Solarindustrie ist allerdings auch bei diesem Versuch des Staates damit zu rechnen, dass erneut ausländische Hersteller und insbesondere chinesische Autobauer massiv profitieren werden. Trotz des neuerlichen Unterstützungsversuchs des Staates bleibt zudem ein Kernproblem von VW: Es fehlen preiswerte E-Autos für die breite Masse, die auch ohne Subventionierung mit Steuergeldern marktfähig sind.

RAUMFAHRT

Riesige Boeing-Blamage beim Weltraum-Programm

Zwei Astronauten müssen jetzt im All zur Space-X-Konkurrenz von Elon Musk umsteigen

Der US-Luft- und Raumfahrtkonzern Boeing verzeichnet neuerdings einen Misserfolg nach dem anderen. Neben den ständigen Zwischenfällen mit Passagierflugzeugen der Baureihen B 737 MAX und B 777 kam es nun auch beim ersten bekannten Testflug des Boeing-Raumschiffes CST-100 Starliner zu mehreren Pannen, welche den einst guten Ruf des Unternehmens weiter beschädigen.

Zwar verlief der im Vorfeld mehrmals verschobene Start des Starliners mit den Astronauten Barry Wilmore und Sunita Williams an Bord am 5. Juni zunächst ohne Probleme, doch dann traten mehrere Lecks an den Heliumtanks der Steuerdüsen auf, weswegen fünf von diesen ausfielen. Deshalb geriet die Ankopplung an die Internationale Raumstation ISS zu einer Zitterpartie. Daraufhin versuchten die In-

genieure von Boeing, die Ursache der Probleme zu finden. Hierzu veranstalteten sie auf einem Testgelände in New Mexico umfangreiche Versuche mit baugleichen Triebwerken. Dabei wurden schadhafte Teflondichtungen in den Treibstoffleitungen entdeckt. Somit verzögerte sich die Heimkehr von Wilmore und Williams, die eigentlich nach acht Tagen zur Erde zurückfliegen sollten.

Schließlich prüfte die US-Weltraumbehörde NASA, welche die Entwicklung des Starliners mit fast fünf Milliarden US-Dollar bezuschusst hatte, die Möglichkeit einer unbemannten Landung des Raumschiffes, weil Fehlfunktionen der Lageregelungstriebwerke beim Eintritt in die Erdatmosphäre zum Tode der Astronauten führen könnten. Nun stellte sich aber plötzlich heraus, dass die Boeing-Ingeni-

eure die Computersoftware für die autonome Rückkehr des Starliners im Glauben an den Erfolg der Mission gar nicht erst installiert hatten. Das Ausbügeln dieses Versäumnisses dauerte geschlagene sechs Wochen, während Wilmore und Williams auf der ISS Hilfsarbeiten verrichteten. Trotzdem blieb die Ungewissheit, ob die neue Software in Kombination mit den störanfälligen Triebwerken funktionieren werde. Damit war das Maß endgültig voll.

Am 24. August verkündete der NASA-Administrator und demokratische Ex-Senator William Nelson, der 1986 als zweiter US-Politiker mit dem Space Shuttle ins All flog, ohne weitere Konsultation mit Boeing-Programm-Manager Mark Nappi, dass die quasi im All gestrandete Starliner-Besatzung im Februar 2025 an Bord des SpaceX-Raumschiffes Freedom der

künftigen ISS-Expedition 72 zur Erde zurückkehren werde. Das sollte ursprünglich Nick Hague, Zena Cardmann, Stephany Wilson und den Russen Alexander Gorbunow ins All befördern. Allerdings müssen Cardman und Wilson nun am Boden bleiben, damit Wilmore und Williams bei der Landung Platz in der Kapsel von SpaceX finden. Die Konsequenz für die beiden letztgenannten Astronauten ist, dass aus ihrem Acht-Tage-Flug eine Langzeit-Mission von neun Monaten wird.

Damit ist genau das eingetreten, was Boeing neben einem Totalverlust des Starliners am meisten fürchtete: Weil es Zweifel an der Zuverlässigkeit des CST-100-Raumschiffes gibt, müssen Wilmore und Williams nun auf ein Gefährt der Konkurrenzfirma SpaceX von Elon Musk umsteigen.

Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

Rekord bei Arbeitsstunden

Nürnberg – Die Zahl bezahlter Arbeitsstunden in Deutschland hat mit 14,7 Milliarden Stunden im zweiten Quartal dieses Jahres einen Rekordstand erreicht. Laut Berechnungen des bundeseigenen Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stieg die Arbeitszeit pro Person um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal und lag bei 318,2 Stunden. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg nach Angaben des Instituts im zweiten Quartal gegenüber dem Vorjahresquartal ebenfalls um 0,4 Prozent auf 46,1 Millionen. Der Anteil der Menschen, die in Teilzeit arbeiten, stieg auf 39,8 Prozent an. Nach den Berechnungen des IAB leisteten Arbeitnehmer im zweiten Quartal im Durchschnitt 2,9 bezahlte und 4,1 unbezahlte Überstunden.

H.M.

Russland vor den USA

Brüssel – Die Staaten der EU haben im zweiten Quartal dieses Jahres erstmals seit zwei Jahren wieder mehr Erdgas aus Russland importiert als aus den USA. Laut Daten von Bruegel (Brussels European and Global Economic Laboratory), einer 2004 gegründete wirtschaftswissenschaftliche Denkfabrik mit Sitz in Brüssel, importierten die EU-Staaten im zweiten Quartal 12,8 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Russland. Die Einfuhren aus den USA beliefen sich auf 12,2 Milliarden Kubikmeter. Größter Gaslieferant der EU-Länder war im zweiten Quartal Norwegen mit 23,9 Milliarden Kubikmetern. Verglichen mit dem ersten Quartal dieses Jahres gingen Russlands Gaslieferungen zwar etwas zurück, doch sanken die Lieferungen aus den USA noch stärker. Bruegel führt die Entwicklung auf eine Kombination aus vollen europäischen Gasspeichern und einer geringen Nachfrage während der Sommermonate zurück. Beide Faktoren haben dazu geführt, dass die Nachfrage nach Gas aus den USA auf dem Spotmarkt geringer ausgefallen ist.

H.M.

China bremst bei Kohlekraft

Peking – Die Volksrepublik China bremst ihr Tempo beim Ausbau der Energiegewinnung aus Kohle. Nach einer Meldung des in Helsinki ansässigen Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA) haben die Behörden des Reiches der Mitte im ersten Halbjahr 2024 deutlich weniger Kohlekraftprojekte genehmigt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Rückgang betrug 82 Prozent, sodass die geplante Gesamtleistung auf neun Gigawatt sank. Zum Vergleich: 2022 und 2023 wurden noch Kohlekraftwerke mit zusammen mehr als 100 Gigawatt Leistung bewilligt. Die Zurückhaltung auf dem Gebiet der Kohlekraft erklären die Analysten des CREA mit dem schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Hier seien allein 2023 Kapazitäten in Höhe von fast 300 Gigawatt hinzugekommen. Bis 2030 will die Volksrepublik dann den Gipfel beim CO₂-Ausstoß erreicht haben. Und 2060 soll das Riesenreich mit seinen 1,4 Milliarden Einwohnern gänzlich klimaneutral sein.

W.K.

ANALYSE

CDU-Gender-Irrsinn holt Realität als Satire ein

BERNHARD KNAPSTEIN

Nicht nur in Thüringen und Sachsen droht sich die CDU immer weiter nach links zu wenden. Zumindest bei der Gendersprache hat nun sogar ein niedersächsischer CDU-Frontmann den linken Flügel des gesamten politischen Parteienspektrums links überholt. Rotenburgs Landrat Marco Prietz hat eine allgemeine Dienst- und Geschäftsanweisung unterzeichnet, mit der er alle Verwaltungsfunktionen verweiblicht sehen will. Auch er sei nun eine Landrätin, erklärt CDU-Mann Prietz zu seiner eigenen Funktion auf Instagram – und erreicht damit bundesweite Aufmerksamkeit.

Für die Landesführung seiner Partei ist die Veränderung von Sprache „von oben“ eigentlich ein Tabubruch. Marco Mohrmann, Generalsekretär der niedersächsischen CDU, sieht die angeordnete Veränderung von oben als fragwürdig elitäres und ausgrenzendes Vorgehen, das die CDU Niedersachsen ablehne. „Verpflichtende Gendersprache spaltet die Gesellschaft“, sagte er.

Sprache ist nicht Aufgabe der Politik

Die Rotenburger Kreis-CDU – ausgerechnet Parteigeneral Mohrmann ist dort auch Vorsitzender – sieht auf PAZ-Anfrage bezüglich „Landrätin“ Prietz „keine Auswirkungen auf die Kommunikation nach innen und außen“.

Sprachwissenschaftler wie Olav Hackstein von der Ludwig-Maximilians-Universität München verweisen angesichts ideologiegetriebener Stilblüten auf die historische Sprachentwicklung, die dazu geführt habe, dass das Genus an sich schon geschlechtsneutral sei. „Die Beurteilung und Strukturierung der Grammatik einer Sprache kann und darf nicht Aufgabe der Politik sein“, formulierte Hackstein schon vor Jahren in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. „Sekundär angetragene Pseudoprobleme, die sich auf Missverständnissen gründen und imaginäre Polarisierungen vorgaukeln, sind gefährliche Irrwege.“

Bei der niedersächsischen AfD könnte man das Geschehen in Rotenburg mit Humor oder sogar als Wahlkampfhilfe betrachten. AfD-Landtagsabgeordneter

Alfred Dannenberg zeigt sich allerdings eher perplex. Die Union trage hier zur Erosion der Sprache bei, „das kann man als Konservativer nicht wollen“. Was da passiere, sei ein Beleg „des geistig-moralischen Niedergangs der CDU“. Wie man respektvoll mit Mitmenschen umgehe, bemesse sich nicht an einer gendersensiblen Ansprache, sondern am Benehmen gegenüber der Person.

Gendern erschwert das Erlernen der deutschen Sprache

Prietz argumentiert, er wolle eine Debatte anstoßen. Mit der rein männlichen Form könne es nicht weitergehen, da mehr als die Hälfte der Verwaltungsmitarbeiter weiblich sei.

Prietz ignoriert demnach bewusst, dass die sexusindifferente Sprache das biologische Geschlecht nicht kennt und ein Verwaltungsmitarbeiter durchaus weiblich sein kann. Zudem hat der für die deutschen Sprachregelungen maßgebliche Rat für die deutsche Sprache eine Empfehlung zur gendersensiblen Formulierung herausgegeben: „Geschlechtergerechte Texte sollten sachlich korrekt sein, Rechtssicherheit und Eindeutigkeit in öffentlicher Verwaltung gewährleisten, die Möglichkeit zur Konzentration auf die wesentlichen Sachverhalte und Kerninformationen sicherstellen und das Erlernen der geschriebenen deutschen Sprache nicht erschweren.“

Wenn Frauen plötzlich Männer diskriminieren

Ob Prietz sachlich korrekt als Landrätin zu bezeichnen ist und die Leser nicht von den Kernaussagen der Bescheide abgelenkt werden, darf durchaus hinterfragt werden. Hinzu kommt: Ausgerechnet der niedersächsische Landesfrauenrat lehnt die Regelung ab. Man plädiere für eine geschlechtergerechte Sprache, wo Frauen *und* Männer sichtbar werden, deutet der Landesfrauenrat sogar eine neue Form der Diskriminierung des Landrats in dessen Dienstvorschrift – diesmal gegenüber Männern – an.

Und so hat Autorin Birgit Kelle mit ihrem Buch „Noch normal. Das lässt sich gendern!“ (2020) recht behalten: „Gendergaga war nur ein Vorspiel, die Realität hat die Satire längst überholt.“



Der Grüne Robert Habeck: Kann besser Clown als Wirtschaftsminister spielen

Foto: picture alliance/dts-Agentur

LEITARTIKEL

Die Schuld der anderen

JENS EICHLER

Austritt aus der EU, Rückkehr zur D-Mark, Steuersenkungen, Abschaffung des Soli. Innovativ und wegweisend klingt das AfD-Wirtschaftsprogramm nicht. Man kann über die Ideen streiten. Doch nichts davon wird gerade aktiv umgesetzt, nichts hat Auswirkungen auf die aktuelle Wirtschaftslage der Bundesrepublik. Umso mehr verwundern die Warnungen derer, die ein Horrorszenario kreieren, als ob die Rechtsaußenpartei irgendwo Regierungsverantwortung hätte. Investoren aus dem Ausland würden unsichert werden, Unternehmen würden abwandern, Arbeitsplätze gingen verloren. DIW-Präsident Marcel Fratzscher tut so, als sei die momentane Wirtschaftskrise Schuld der AfD. Auch Deutsche-Bank-Chef Christian Sewing mahnt, dass man für Werte stehe, die mit der AfD unvereinbar wären. Werte, wie sie die Deutsche Bahn, Volkswagen oder Miele lebten.

Das Kompletterversagen der Deutschen Bahn muss nicht weiter besprochen werden. Volkswagen? Der Megakonzern droht

mit der Schließung von Werken und dem Abbau von bis zu 30.000 Stellen. Und Miele tönt laut im Propaganda-Chor mit. Streicht aber parallel 2000 Jobs und will 700 ins polnische Ausland verlagern.

Mitten rein in die Planwirtschaft

Für alle, die es vergessen haben: Der Bundeswirtschaftsminister heißt vielmehr Robert Habeck, ist ein Grüner und hat von seinem Ressort so viel Ahnung wie ein Toaster vom Kugelstoßen. „Ist halt so, neh!“ lautet eine seiner fachkundigen Kommentare. Bürokratiewucher statt Bürokratieabbau gehen auf sein Konto. Seit Antritt der Ampel wurden satte 1700 Beamtenstellen mehr geschaffen. Aber die Wirtschaft schrumpft – Monat für Monat. Heizungsgesetzmurks, gescheiterte Energiepolitik, höchste EU-Strompreise, Abschalten intakter, moderner Kernkraftwerke, dafür mehr Kohleverstromung, Subventionswucher, sinkende Reallöhne, sinkende Konsumnachfrage, permanente Eingriffe in die Marktmechanismen, extreme Defizite beim Wohnungsbau. Hier fehlen allein bis 2027 mehr als 800.000. Aufgrund der unbezahlbaren Zusatzkos-

ten durch Bauauflagen, die das Resultat der Klimahysterie sind, wird der Immobilienmarkt weiter abgewürgt. E-Autos sind ein grünes Wunschdenken, doch die Käufer bleiben aus. Zu teuer, zu langweilig, keine Ladeinfrastruktur. Jedes sechste Unternehmen will Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, weitere 30 Prozent planen, ins Ausland abzuwandern, so das Umfrageergebnis des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Die Deindustrialisierung hat begonnen, weg von einer erfolgreichen sozialen Marktwirtschaft, hin zu einer noch niemals funktionierenden Planwirtschaft. Den Grünen sei Dank!

Aber Schuld daran sollen andere Parteien haben. Als sich jetzt die Zentrale des Lebensmittelriesen Edeka politisch engagierte und sich gegen die AfD positionierte, hatte man allerdings die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Ein Gros der Marktleiter, also derjenigen, die den Puls der Zeit unmittelbar fühlen und spüren, stieg den Konzernbossen empört aufs Dach. Das Wirtschaftsprogramm der AfD mag nicht gut sein, aber schlechter als das der Grünen ist es sicher auch nicht – eben nur nicht links.

PORTRÄT

Zünglein an der Waage

Wer wem am Ende die Hand zur Wahl des Thüringer Ministerpräsidenten reicht, ist nach den Landtagswahlen weiterhin vollkommen offen. Klar ist, dass **Katja Wolf** einem Björn Höcke den Handschlag verweigern wird, sollte er wider Erwarten einer Minderheitsregierung unter Führung der AfD vorstehen. Wenn die Politikerin, die im Januar von der Partei Die Linke zum Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) gewechselt war, mit Kollegen von weit rechtsaußen auf Tuchfühlung gehen soll, sieht sie rot. Als sie als Eisenacher Bürgermeisterin einigen Stadträten von der NPD den Handschlag verweigert hatte und damit gegen einen in der Kommunalordnung verpflichtenden Brauch verstieß, hat sich sogar das Bundesverwaltungsgericht mit dem Fall auseinandersetzen müssen.

Weil Wolfs BSW und alle anderen in den Landtag gewählten Parteien Höcke und der mit ihm zur stärksten politischen Kraft aufgestiegenen AfD den Weg an die

Macht blockieren wollen, ist bei der Koalitionssuche Erfindungsreichtum gefragt. Dabei könnte Wolf das Zünglein an der Waage sein. Sollte sie sich auf eine Koalition mit CDU und SPD einlassen, würde zwar noch eine Stimme zur absoluten Mehrheit im Landtag fehlen. Doch im dritten Wahlgang könnte eine einfache Mehrheit genügen, damit Wolf dem CDU-Kandidaten Mario Voigt zur Wahl zum Ministerpräsidenten und Nachfolger ih-

res ehemaligen Linke-Parteigenossen Bodo Ramelow gratulieren kann.

Die aus Erfurt stammende Wolf ist bereits 1992 als 16-Jährige in die SED-Nachfolgepartei PDS eingetreten, die später zur Linken wurde. Nach einem Studium der Sozialpädagogik zog die überzeugte Feministin in den Thüringer Landtag ein, ehe sie 2012 als erste Frau das Amt des Eisenacher Oberbürgermeisters antrat.

Bei den Kommunalwahlen in diesem Jahr kandidierte sie nicht wieder für dieses Amt, sondern schlug sich auf die Seite von Sahra Wagenknecht, für deren BSW sie beachtliche 15,8 Prozent der Stimmen holte, gleichwohl sie das Direktmandat in ihrem Wahlkreis gegen eine CDU-Kandidatin verpasste. Trotzdem brachte ihr früherer Förderer Ramelow eine interessante Idee ins Spiel: Wolf als mögliche Ministerpräsidentin einer Minderheitsregierung. Klar ist: Von Höcke wird sie keinen Handschlag annehmen. *Harald Tews*



FOTO: IMAGO/FUNKIE FOTO SERVICES

Im Stimmungshoch: Katja Wolf

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Die Passion des Älteren

Vor 500 Jahren starb Hans Holbein der Ältere – Augsburg, Stuttgart, Frankfurt am Main und München ehren den Renaissancemaler

VON VEIT-MARIO THIEDE

Hans Holbein der Ältere verstand es meisterhaft, auf seinen Gemälden die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen heraufzubeschwören. In einem der Passionsbilder seines Dominikaneraltars von 1501 zum Beispiel verrät Judas mit einem Kuss Christus, der im selben Moment von den Häschern gefesselt abgeführt wird, währenddessen Malchus das von Petrus abgeschlagene Ohr wieder ansetzt.

Wer sich für Holbeins Kunst begeistert, ist im Frankfurter Städel Museum, der Staatsgalerie Stuttgart und in Münchens Alter Pinakothek bestens aufgehoben. Holbein wurde um 1465 in Augsburg geboren. Seine Heimatstadt ehrt ihn anlässlich seines 500. Todesjahrs mit einer Sonderausstellung.

Über Holbeins Leben ist wenig bekannt. Sein Vater war Gerber im Augsburger Lechviertel. Als Maler ist Holbein 1493 in Ulm nachweisbar. In Zusammenarbeit mit einem Bildschnitzer schuf er in jenem Jahr für die Klosterkirche von Weingarten einen Flügelaltar. Vier seiner Weingartener Gemälde sind erhalten. Ihr Thema ist das Leben Marias und ihrer Eltern Joachim und Anna. Diese Bilder stehen im Augsburger Dom auf vier Pfeileraltären.

Von 1494 an lebte Holbein wieder in Augsburg. Zwei Jahre später erwarb er im Lechviertel ein Haus. Anstelle des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Hauses steht ein Neubau, in dem der Augsburger Kunstverein residiert. Holbein war vermutlich mehrmals verheiratet. Seine Söhne Ambrosius und Hans wurden ebenfalls Maler. Hans Holbein der Jüngere machte als begnadeter Porträtmaler Karriere und ist heute berühmter als sein Vater.

Vermutlich für einen Augsburger Auftraggeber schuf der ältere Holbein zwischen 1494 und 1500 die „Graue Passion“. Der Name geht auf die durchgängig grau gemalte Kleidung der Figuren der ersten sechs Szenen zurück. Von dem Flügelaltar sind lediglich die zwölf Gemälde erhalten. Sie gehören zu den Prachtwerken der



Holbein-Meisterwerk im Schaezlerpalais: Votivbild des Ulrich Schwarz d.J. mit Christus und Maria als Fürbitter vor Gottvater (1508)

Staatsgalerie Stuttgart. Vom ersten Bild, das Christus am Ölberg zeigt, über die Dornenkrönung und die Kreuztragung bis zur triumphalen Auferstehung spielen alle Szenen bei Nacht.

Schon bald war Holbeins Malerei auch außerhalb der Grenzen Augsburgs begehrt. In Frankfurt am Main fertigte er 1500 und 1501 mit seinem Bruder Sigmund und Leonhard Beck für die Dominikaner einen Flügelaltar mit zweifacher Wandlung an. Die meisten Tafeln des im 18. Jahrhundert zerlegten Dominikaneraltars werden heute im Städel Museum aufbewahrt. Seine Passionsszenen sind figurenreicher als die der „Grauen Passion“. Die für den geschlossenen Zustand des Altars gemalten Tafeln zeigen den „Wurzel Jesse“ genannten Stammbaum Christi und die von den Dominikanern

hervorgebrachten Heiligen. Die zentrale Szene des Altaraufsatzes gilt dem Letzten Abendmahl. Ungewöhnlich ist, dass es an einem runden Tisch stattfindet.

Malerei weit über die Gotik hinaus

Die Sonderschau in Augsburgs Schaezlerpalais umfasst rund 70 Exponate. Sie stammen nicht nur vom älteren Holbein, sondern auch von Künstlerkollegen, unter denen der Augsburger Hans Burgkmair der Ältere herausragt. Die damals von Kaiser Maximilian I. gern besuchte Reichstadt war eine aufstrebende Kunstmetropole, deren Malerzunft 50 Mitglieder hatte. Eine Attraktion der Schau sind Holbeins mit dem Silberstift ausgeführte Porträts. Eines zeigt Johannes VI. Schrott, Prior und später Abt des Benediktinerklosters St. Ulrich und Afra.

In deren Kirche stand auf einem der Altäre das Votivgemälde, das der Gastwirt und Weinhändler Ulrich Schwarz der Jüngere um 1508 bei Holbein in Auftrag gab. Unten ist der dreimal verheiratet gewesene Schwarz mit seiner Großfamilie dargestellt. Sie umfasst 31 Kinder. Hinter den Betenden ragen als ihre Fürbitter Christus und Maria auf. Sie wenden sich an den auf einer Wolkenbank thronenden Gottvater, den Holbein als grimmigen, geradezu furchteinflößenden alten Mann dargestellt hat. Stirnrunzelnd blickt der auf sein mächtiges Schwert. Zieht er es aus der Scheide – oder schiebt er es hinein?

Zwei Exponate der Sonderschau verdienen besondere Aufmerksamkeit. Das eine ist die mit Feder und Pinsel ausgeführte „Studie der heiligen Thekla als Rückenfigur“ (vor 1504). Das andere ist das

„Stifterinnenporträt der Veronika Welser“ (1504), das von der rechten Seite des großformatigen Gemäldes der „Basilika San Paolo Fuori le Mura“ abgetrennt wurde. Dieses und weitere Hauptwerke Holbeins gehören zum Bestand der in der ehemaligen Katharinenkirche untergebrachten Augsburger Filiale der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen. Die aber ist wegen Rissen im Gewölbe auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Im Schaezlerpalais vertritt eine großformatige Fotografie Holbeins spitzbögiges Gemälde der Paulsbasilika. Im Bildzentrum lauscht die als Rückenfigur auf einem Stuhl sitzende heilige Thekla einer Predigt des Apostels Paulus. In seinem anspruchsvollsten Simultanbild hat Holbein 13 weitere Ereignisse aus der Legende des Paulus untergebracht. Links ist die Taufe des Paulus zu sehen, die Holbein mit seinen kleinen Söhnen beobachtet. Gotisches Maßwerk sorgt für die dekorative Gliederung der Bildfläche.

Bei gotischen Formen blieb Holbein jedoch nicht stehen, sondern entwickelte sich weiter zu einem der frühesten Vertreter der deutschen Renaissancemalerei. Das veranschaulicht in Münchens Alter Pinakothek der auf den Flügeln mit architektonischen Schmuckformen der Renaissance ausgestattete, um 1516 geschaffene „Sebastiansaltar“. Nach 1516 scheint sich der ältere Holbein nur noch selten in Augsburg aufgehalten zu haben. Zu seinen auswärtigen Engagements gehörte ein Auftrag in Luzern, den er mit seinem Sohn Hans ausführte.

Auch in Isenheim war er vermutlich tätig. Aus dem dortigen Kloster forderte nämlich Holbein der Jüngere die Malutensilien seines Vaters zurück. Wann genau und wo Hans Holbein der Ältere starb, ist nicht überliefert. Das Zunftbuch der Augsburger Maler verzeichnet lediglich, dass sein Leben 1524 endete.

● Bis 20. Oktober im Schaezlerpalais Augsburg. Infos: www.kmaugsburg.de; www.staedelmuseum.de; www.staatsgalerie.de; www.pinakothek.de

MUSIK

Preußens Aufbruch in die Moderne

Vor 150 Jahren wurde der Klangrevolutionär Arnold Schönberg geboren – Der Wiener Komponist kam erst in Berlin groß heraus

Das Musikjahr 2024 steht im Zeichen des Komponisten Arnold Schönberg. Angeblich litt er an Triskaidekaphobie, der Angst vor der Zahl 13. Er wurde am 13. September 1874 in Wien geboren und starb am Freitag, dem 13. Juli 1951, im Alter von 76 Jahren in Los Angeles.

Als einer der einflussreichsten Komponisten des 20. Jahrhunderts formulierte er seinen Anspruch mit den Worten: „Kunst ist für mich: neue Kunst.“ Kompromisslos schlug er den Weg zur Auflösung der Tonalität ein: von der anfangs noch an Wagners „Tristan“ orientierten Spätromantik über die freie Atonalität bis zur Entwicklung der Zwölftontechnik, des Komponierens mit zwölf nur aufeinander bezogenen Tönen.

Seine mit allen Hörgewohnheiten brechende Musik polarisiert bis heute. Doch Skandale und Schlägereien im Konzertsaal wie zu seinen Lebzeiten sind nicht mehr garantiert. Im Gegenteil, der 150. Geburtstag des Klangrevolutionärs

und Universalkünstlers wird schon seit Jahresbeginn weltweit von Sidney bis Montreal, von Tel Aviv bis Oslo von den renommiertesten Institutionen in hochkarätigen Besetzungen gefeiert.

Familiäre musikalische Wurzeln hatte Schönberg nicht. Als Sohn eines Schuma-

chers jüdischer Abstammung begann er im Alter von neun Jahren zwar Violine zu spielen und erste autodidaktische Kompositionsversuche zu machen, wurde aber zunächst Bankangestellter. Parallel verfolgte er seine musikalische Laufbahn. Der österreichische Komponist und Diri-

gent Alexander von Zemlinsky wurde sein Lehrmeister und Türöffner zum Wiener Musikleben. Um die Jahrhundertwende entschied er sich dann ganz für eine Karriere als Komponist.

Fortan pendelte Schönberg zwischen Wien und Berlin, wo ihm oft die Anerkennung entgegengebracht wurde, die er in der Donaumetropole für seine progressive Musik nicht bekam. Insgesamt zwölf Jahre seines Lebens verbrachte er ab 1901 an der Spree. Zuerst war er musikalischer Leiter des literarischen Kabarets „Überbrett“, später Dozent am Sternschen Konservatorium, nachdem die von ihm angestrebte Professur an der Wiener Akademie 1910 abgelehnt worden war.

Die höchsten Weihen erhielt er später in Berlin: Am 28. August 1925 wurde Schönberg zum Professor für Komposition an der Preußischen Akademie der Künste ernannt. Die Leitung der Meisterklasse für Komposition war eine der renommiertesten und bestdotierten Positi-

onen, die ein Komponist in Deutschland überhaupt erreichen konnte. Nur sechs Monate im Jahr musste er unterrichten. Zeit, Form und Inhalt seiner Vorlesungen standen ihm frei.

Vor der Akademietür sah die Welt anders aus. Nicht nur die Konservativen hatte seine Ernennung brüskiert, vor allem den Antisemiten war sie ein Dorn im Auge. Um den Anfeindungen in Berlin zu entgehen, versuchte Schönberg seine unterrichtsfreie Zeit durch zusätzliche Urlaubsanträge zu verlängern. Bis zum Mai 1933 hielt er durch. Dann floh er in die USA, wo er zunächst an der University of Southern California und schließlich an der University of California in Los Angeles unterrichtete.

Wien würdigte Schönberg posthum zu seinem 100. Geburtstag mit einem von Fritz Wotruba gestalteten Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof. Helga Schnehagen

● www.schoenberg150.at



Als Dirigent des Rundfunk Sinfonie Orchesters Berlin: Komponist Arnold Schönberg

FAIREY GANNET

Den Basstöpel flog auch die Bundeswehr

„Alles, was fliegt, gehört mir!“ Diese Worte stammen von Hermann Göring. Und der Reichsluftfahrtminister ab 1933, Oberbefehlshaber der neugeschaffenen Luftwaffe ab 1935 und Reichsmarschall ab 1940 hatte die Macht, diesen Besitzanspruch 1939 durchzusetzen. Beim Aufbau der Bundeswehr unterstellte man die Marineflieger jedoch wieder den Seestreitkräften, wie es in der NATO Usus ist. Zur Erstausrüstung der Fliegerkräfte der Bundesmarine gehörte neben dem Hubschrauber Saunders-Roe Skeeter, dem Seenotrettungsflugzeug Grumman HU-16 „Albatross“, den Transport- und Verbindungsflugzeugen Dornier Do 27 und Percival P.66 „Pembroke“ der Seefernaufklärer und U-(Boot-)Jäger Fairey Gannet.

Wie das Gros der genannten Muster und grundsätzlich aller Waffen der jungen Bundeswehr stammte auch die Fairey Gannet nicht aus deutscher Produktion. Nach dem Krieg hatte vielmehr der britische Flugzeughersteller Fairey Aviation im Auftrag der Royal Navy dieses ursprünglich für die U-Boot-Jagd von Flugzeugträgern ausgedachte Kampfflugzeug entwickelt. Spätere Versionen dienten zur luftgestützten Luftraumaufklärung und -überwachung. Zum platzsparenden Einsatz auf Trägern konnten die Flügel gefaltet werden. Dann ähnelte die Maschine einem Basstöpel. Daher der Name „Gannet“. Abgesehen von dieser Ähnlichkeit sind an der Maschine die beiden gegenläufigen Koaxialpropeller markant, die von jeweils einem Turboprop-Triebwerk angetrieben wurden.

Vor 75 Jahren, am 19. September 1949, fand der Erstflug des Prototyps statt. 1950 erfolgte die erste Decklandung. 1951 begann die Serienfertigung. Und 1955 wurden die ersten Maschi-



Vier Fairey Gannet AS.Mk4

nen an die britische Marine ausgeliefert und in Dienst gestellt. Sie fanden Verwendung auf den Flugzeugträgern „Illustrious“, „Ark Royal“ und „Eagle“. 348 Maschinen wurden insgesamt gebaut. Hervorzuheben sind die Versionen AS.1 und AS.4 zur U-Boot-Jagd (Anti-Submarine Warfare) mit 183 beziehungsweise 75 Exemplaren, deren Trainingsversionen T.2 und T.5 mit 38 beziehungsweise elf Maschinen sowie die Ausführung AEW.3 zur luftgestützten Luftraumaufklärung und -überwachung (Airborne Early Warning) mit 44 Flugzeugen.

Obwohl die Bundesmarine keine Flugzeugträger besessen hat, übernahmen deren Marineflieger 15 AS.4, die bei der Bundeswehr AS.Mk4 hießen, und eine T.5. Sie fanden ab 1958 Verwendung bei der 2. Marinefliegergruppe, dem 2. Marinegeschwader beziehungsweise dem Marinegeschwader 3. 1966 kam dann die maßgeblich in Frankreich entwickelte französisch-deutsch-niederländisch-belgische Breguet Atlantic als Nachfolgemodell zu den deutschen Marinefliegern.

Manuel Ruoff



Der damalige und der aktuelle Chef des Hauses Hohenzollern: Louis Ferdinand und sein Enkel Georg Friedrich im Jahre 1988

HOHENZOLLERN

„Ich bin bereit, wenn man mich ruft“

Auf die mehrfach gestellte Frage, ob er bereit sei, Kaiser zu werden, wenn das Volk es wolle, antwortete er stets, dass er selbstverständlich zur Verfügung stünde. Vor 30 Jahren starb Louis Ferdinand Prinz von Preußen in Bremen

VON WOLFGANG REITH

Es war ihm nicht in die Wiege gelegt, einmal Chef des Hauses Hohenzollern oder gar Deutscher Kaiser zu werden, als er geboren wurde. Louis Ferdinand Victor Eduard Adalbert Michael Hubertus Prinz von Preußen – so sein vollständiger Name – erblickte am 9. November 1907 im Marmorpalais bei Potsdam das Licht der Welt als zweiter Sohn des deutschen Kronprinzen Wilhelm und seiner Gemahlin Cecilie. Sein Bruder Wilhelm war ein Jahr älter und rangierte in der Thronfolge deshalb vor ihm. Doch dann kam alles anders.

Seine frühe Jugend verbrachte Louis Ferdinand in Berlin, Potsdam und Danzig. Zu seinem zehnten Geburtstag 1917 wurde er traditionell im Rang eines Leutnants in das 1. Garderegiment zu Fuß der Königlich Preussischen Armee aufgenommen. Genau ein Jahr später dankte sein Großvater, Kaiser Wilhelm II., ab, und die deutsche Monarchie war Geschichte. Nachdem die Prinzen bisher von Hauslehrern unterrichtet worden waren, wechselten sie nun auf öffentliche Schulen. So besuchte Louis Ferdinand ab 1920 das Städtische Realgymnasium in Potsdam, an dem er 1925 sein Abitur ablegte. Anschließend studierte er an den Universitäten Bonn und Berlin Nationalökonomie, Philosophie und Geschichte und wurde 1931 zum Dr. phil. promoviert. Thema seiner Dissertation: „Theorie der Einwanderung, dargestellt am Beispiel Argentiniens“. Dazu angeregt worden war er durch eine vorherige Südamerikareise.

Nach dem Studium war der Prinz zwei Jahre lang für die Ford Motor Com-

pany in Detroit und Buenos Aires tätig, wo er wertvolle Erfahrungen in der praktischen Arbeitswelt sammeln konnte. In den USA lernte er zudem die von der europäischen teils unterschiedliche Denkweise der US-Amerikaner kennen. 1933 musste Louis Ferdinand auf Geheiß seines im niederländischen Exil lebenden Großvaters zurückkehren, weil sein älterer Bruder Wilhelm eine nicht hausgesetzmäßige Ehe eingegangen war und damit auf seine Rechte als Erstgeborener und Kronprätendent verzichtete. Folglich rückte Louis Ferdinand in der potentiellen Thronfolge nach seinem Vater auf Rang zwei. Fortan besuchte er regelmäßig seinen Großvater in Haus Doorn, dessen Lieblingsenkel er ohnehin war.

Von 1935 bis 1938 arbeitete der Prinz in der Auslandsabteilung der Deutschen Lufthansa, in dieser Zeit erwarb er auch den Flugschein. Außerdem meldete er sich freiwillig zum Wehrdienst, wobei er 1937 zum Leutnant der Reserve in der Luftwaffe avancierte. Zu Weihnachten jenes Jahres verlobte er sich mit Großfürstin Kira von Russland, Nichte des letzten Zaren und Schwester des Chefs des Hauses Romanow. Nach der standesamtlichen Eheschließung fand am 2. Mai 1938 im Schloss Cecilienhof in Potsdam zunächst die Trauung nach russisch-orthodoxem Ritus statt, ehe zwei Tage später in Doorn das evangelische Trauungszeremoniell folgte. Anschließend gingen die frisch vermählten Eheleute auf Weltreise, von der sie erst Ende November des Jahres zurückkehrten. Im Februar 1939 wurde mit Prinz Friedrich Wilhelm das erste Kind und zugleich der potentielle Thron-

erbe geboren, weitere sechs Kinder gingen bis 1949 aus der Ehe hervor.

Lieblingsenkel Wilhelms II.

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges diente Louis Ferdinand, inzwischen zum Oberleutnant befördert, als Transport- und Blindfluglehrer in der Luftwaffe, doch musste er schon 1940 infolge eines geheimen Führererlasses, dem sogenannten Prinzenerlass, aus der Wehrmacht ausscheiden. Auslöser dafür war, dass Louis Ferdinands älterer Bruder Wilhelm unter großer Anteilnahme der Bevölkerung in Potsdam beige setzt wurde, nachdem er im Mai des Jahres seinen schweren Verletzungen erlegen war, die er im Frankreichfeldzug davongetragen hatte.

Adolf Hitler empfand die Anteilnahme des Volkes als Bekenntnis zur Monarchie und fürchtete um sein eigenes Ansehen. Infolgedessen wurde allen Angehörigen vormals regierender Fürstenthäuser die Teilnahme an Kampfhandlungen untersagt, und 1943 wurden sie endgültig aus der Wehrmacht entlassen. Louis Ferdinand bat von sich aus um Entlassung, die ihm Ende 1941 gewährt wurde. Nachfolgend widmete er sich der Verwaltung des Gutes Cadinen im westpreussischen Kreis Elbing.

Währenddessen hatte er Kontakt zum Widerstandskreis um Karl Goerdeler, in dem er als Vermittler zwischen den unterschiedlichen Strömungen galt. Für den Fall eines erfolgreichen Attentats war er als mögliches Staatsoberhaupt vorgesehen. Allerdings knüpfte er daran die Bedingung, dass Großbritannien sein

Einverständnis zur Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland gäbe. Nach dem 20. Juli 1944 wurde er zwar von der Gestapo verhört, entging aber wie durch ein Wunder der Verhaftung, weil vermutlich die Verschwörer selbst unter der Folter seinen Namen verschwiegen. Ende Januar 1945 gelang dem Prinzen eine halbe Stunde vor dem Eintreffen der Roten Armee die Flucht aus Cadinen über das zugefrorene Frische Haff. Mit seiner Familie wieder vereint, kam man nach Kriegsende zunächst in Bad Kissingen unter, ehe man sich im Dezember 1947 in Bremen niederließ, wo man seit Dezember 1950 auf dem eigenen „Wümmehof“ lebte. 1954 bezog man zudem eine Wohnung in West-Berlin, wo 1961 im Stadtteil Halensee das Haus „Monbijou“ erworben wurde.

Mit dem Tod des Kronprinzen am 20. Juli 1951 wurde Prinz Louis Ferdinand Nachfolger seines Vaters als Chef des Hauses Hohenzollern und potentieller Thronerbe. Seine Popularität wuchs, und 1954 galt er gar als möglicher Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten. 1968 wiederholte sich das Szenario, als die Illustrierte „Quick“ die Umfrage „Wünschen Sie als Bundespräsidenten?“ erhob. Dabei erzielte Prinz Louis Ferdinand mit 39,8 Prozent die höchste Zustimmung vor allen Parteipolitikern. Gustav Heinemann, der dann im Jahr darauf tatsächlich gewählt wurde, kam lediglich auf 6,8 Prozent. Im Dezember desselben Jahres startete auch die „Bild“-Zeitung eine solche Umfrage, aus der Prinz Louis Ferdinand mit 55,6 Prozent hervorging, während Heinemann bei 14,3 Prozent lag.

Hohe Umfrageergebnisse

Der Hohenzollern-Chef unterstützte maßgeblich den Neubau der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin, für die er auch das Glockenspiel komponierte. 1965 fand dort die Trauung seiner ältesten Tochter Marie Cécile mit Herzog Friedrich-August von Oldenburg statt. Zwei Jahre später starb Louis Ferdinands Ehefrau Kira, was für ihn einen herben Schlag bedeutete. Noch schlimmer aber war der Tod seines Sohnes Louis Ferdinand, der 1977 an den Folgen eines Unfalls während einer Wehrübung ums Leben kam. Er war seit 1967 der Prätendent der Dynastie, nachdem seine beiden älteren Brüder Friedrich Wilhelm und Michael wegen nicht standesgemäßer Ehen auf die Nachfolge verzichtet hatten (siehe PAZ Nr. 33 vom 16. August).

Einen der schönsten Höhepunkte erlebte der Prinz, als an seinem 82. Geburtstag in Berlin die Mauer fiel. Nun konnte er endlich wieder in sein geliebtes Potsdam reisen, wohin er 1991 die Särge Friedrich Wilhelms I. und Friedrich des Großen überführen ließ, die seit 1952 in der Christuskapelle der Burg Hohenzollern gestanden hatten.

Louis Ferdinand fühlte sich besonders den Heimatvertriebenen verbunden, an deren Treffen er regelmäßig teilnahm. 1981 wurde ihm für Verdienste um den deutschen Osten die Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen, die höchste Auszeichnung des BdV, verliehen. Überdies galt seine Liebe der Musik, wovon zahlreiche eigene Kompositionen zeugen. Dafür wurde er im September 1989 von der US-Universität Seattle mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet. Als Chef des Hauses Hohenzollern war er stets davon überzeugt, dass die monarchische Staatsform am besten die freie Entfaltung des Einzelnen gewährleiste. Auf die mehrfach gestellte Frage, ob er bereit sei, Kaiser zu werden, wenn das Volk es wolle, antwortete er stets, dass er selbstverständlich zur Verfügung stünde und fügte hinzu: „Ich bin bereit, wenn man mich ruft.“

Am 25. September 1994 starb der Prinz in Bremen. Am 7. Oktober fand im Berliner Dom die Trauerfeier statt. Und am Tag darauf erfolgte die Urnenbeisetzung auf Burg Hohenzollern.

HENRY MORGENTHAU

Was er mit „diesen Bestien“ vorhatte

Vor 80 Jahren wurde der nach Roosevelts Lieblings- und Finanzminister benannte Plan für ein besiegtes Deutschland publik

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nachdem sich die politischen Führer der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion auf der Teheran-Konferenz Ende 1943 grundsätzlich darauf geeinigt hatten, Deutschland zu zerstückeln und die Ostgebiete des Reiches abzutrennen, wurden in London und Washington zahlreiche konkrete Formen der alliierten Deutschlandpolitik nach dem Kriege diskutiert. Dabei votierte das US-Außenministerium immer wieder gegen eine erzwungene Teilung und für den Erhalt der deutschen Wirtschaftskraft. Ganz ähnlich fiel der Inhalt des vom Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Nordwest- und Mitteleuropa, Dwight D. Eisenhower, autorisierten „Handbuches für die Militärregierung in Deutschland“ aus. Das wiederum stieß auf die heftige Kritik des US-Finanzministers Henry Morgenthau, der stets für kompromisslose Härte gegenüber „diesen Bestien“, wie er zuweilen die Deutschen nannte, eintrat.

„Henny-Penny“ war nicht irgendein Kabinettsmitglied. Vielmehr stand kein Minister US-Präsident Franklin D. Roosevelt näher als dieser „nette Kerl“, wie FDR ihn nannte. „For Elinor from one of two of a kind“ (Für Elinor von einem von zweien von einer Sorte), schrieb der Präsident auf ein Bild, das er Morgenthau Ehefrau schenkte (siehe Foto).

FDR und Churchill waren dafür

Während einer Kabinettsitzung am 25. August 1944 teilte Roosevelt Morgenthau Bedenken hinsichtlich der Gefahren einer zu milden Behandlung Deutschlands und setzte einen Ausschuss ein, dessen Aufgabe darin bestehen sollte, deutlich repressivere Richtlinien für die künftige Besatzungspolitik auszuarbeiten. Am 2. September legte Morgenthau rechte Hand Harry Dexter White dem Gremium einen dementsprechenden Entwurf mit dem Titel „Suggested Post-Surrender Program for Germany“ vor, der später als Morgenthau-Plan bekannt wurde.



Der US-Präsident (r.)
mit seinem
Finanzminister am
25. November 1933
in Warm Springs,
Georgia:
Das Bild mit Widmungs-
schenkte Roosevelt
Morgenthau Ehefrau
Elinor

Foto: Wikimedia/ U.S.
National Archives and
Records Administration

Dieser enthielt insgesamt 14 Punkte, beginnend mit der „vollständigen Entmilitarisierung Deutschlands“ und der „totalen Zerstörung der gesamten deutschen Rüstungsindustrie“ einschließlich aller damit verbundenen „Schlüsselindustrien“. Darüber hinaus forderte Morgenthau die komplette Deindustrialisierung des Ruhrgebietes und einiger weiterer Industriereviere des Deutschen Reiches sowie die Vertreibung der dortigen Fachkräfte aufs Land. Außerdem plädierte der US-Finanzminister für Reparationen, „deutsche Zwangsarbeit außerhalb Deutschlands“, eine rigide ideologische Umerziehung und die „politische Dezentralisierung“ durch die „Wiedereinsetzung der Landesregierungen in jedem der Länder“. Und es solle auch keinem Deutschen mehr „erlaubt sein, Luftfahrzeuge zu führen“. Das Deutsche Reich sollte zerschlagen werden. Die Sowjetunion sollte das nördliche Ostpreußen erhalten, Polen den jeweils südlichen Teil Ostpreußens und Schlesiens sowie Frankreich das Saargebiet und linksrheinische Gebiete zwischen Rhein und Mosel. Im Norden und im Süden sollte es

„zwei autonome unabhängige Staaten“ geben, wobei der Südstaat mit Österreich durch eine Zollunion verbunden sein sollte. Der verbleibende Rest, ein breiter Streifen im Westteil Deutschlands, der vom Ruhrgebiet und dem Rheinland bis über den Nord-Ostsee-Kanal hinaus zur dänischen Grenze reichte, sollte wegen seiner ihm zugeschriebenen besonderen ökonomischen Bedeutung als internationale Zone von den Vereinten Nationen verwaltet werden.

Am 15. September 1944 vereinbarten Roosevelt und der britische Premierminister Winston Churchill während der zweiten Québec-Konferenz die Umsetzung „dieses Programms“, um „Deutschland in ein Land mit vorwiegend agrarischem und ländlichem Charakter“ zu verwandeln. Das führte zu lautstarken Protesten des US-Außenministers Cordell Hull und seines britischen Amtskollegen Anthony Eden. Außerdem wandte sich auch Roosevelts Kriegsminister Henry Stimson vehement gegen den Plan und bezeichnete diesen als „Verbrechen gegen die Zivilisation“, dessen Folgen nur „neue Spannungen und Ressentiments“ wären

und „die Schuld der Nazis in Vergessenheit geraten ließen“.

Fünf Tage nach der zweiten Québec-Konferenz, am 21. September 1944, veröffentlichte der prominente Journalist Andrew Russell (Drew) Pearson von der „Washington Post“ den von ihm bejahten Morgenthau-Plan. Allerdings erhob sich sofort ein Sturm der Entrüstung in den USA. Den Plan beziehungsweise dessen Veröffentlichung vor Kriegsende kritisierte der republikanische Präsidentschaftskandidat Thomas E. Dewey mit Blick auf die deutschen Streitkräfte: „Jetzt kämpfen sie mit dem Wahnsinn der Verzweiflung.“ Und tatsächlich führte die Ausschachtung des Morgenthau-Planes durch die NS-Propaganda zu einer Verstärkung der Kriegsanstrengungen des Dritten Reiches. Selbst der Widerstand gegen Adolf Hitler begegnete den US-Amerikanern nun mit großem Misstrauen. Angesichts der massiven negativen öffentlichen Reaktionen steckte Roosevelt sofort zurück und log voller Dreistigkeit: „So etwas habe ich nicht genehmigt. Ich bin sicher, dass ich es nicht getan habe ... Ich habe überhaupt keine Erinnerung.“

LAPPLANDKRIEG

Krieg zwischen Freunden auf Geheiß des gemeinsamen Feindes

Im Waffenstillstand von Moskau zwang die UdSSR die Finnen vor 80 Jahren zum Kampf gegen deren bisherige deutsche Waffenbrüder

Kriege haben per se etwas Tragisches. Aber besonders tragisch ist es, wenn zwei traditionell befreundete Völker auf Geheiß eines gemeinsamen Feindes sich bekriegen müssen. Ein solcher Krieg war der Lapplandkrieg.

Nachdem die von Josef Stalin geführte Sowjetunion noch vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs seinen finnischen Nachbarn am 30. November unprovokiert überfallen und ihm den sogenannten Winterkrieg aufgezwungen hatte, sah sich der finnische David gezwungen, dem sowjetischen Goliath am 13. März 1940 im Friedensvertrag von Moskau große Teile Kareliens und weitere Gebiete abzutreten.

Nachdem am 22. Juni desselben Jahres der Deutsch-Sowjetische Krieg begonnen hatte, sah Finnland für sich die Chance, in einem am 25. Juni 1941 begonnenen Fortsetzungskrieg gegen die Sowjetunion die Ergebnisse des verlorenen Winterkrieges zu revidieren. Doch auch diesen Krieg verloren die Finnen. Der ihnen diktierte Waffenstillstand von Moskau, den sie am 19. September 1944 mit den abermals sie-

reichen Sowjets und deren britischen Verbündeten schlossen, bedeutete für sie nicht nur die Abtretung weiterer Gebiete und die Zahlung hoher Reparationen. Vielmehr mischten sich die Sieger auch in die Innenpolitik und die Außenpolitik des Verlierers ein.

Einerseits musste Finnland prosojwetische kommunistische Organisationen zulassen und prodeutsche sogenannte faschistische Organisationen verbieten. Andererseits musste Finnland nicht nur die Beziehungen zu seinem deutschen Verbündeten abbrechen, sondern auch noch bereits vier Tage vor dem Abschluss des Waffenstillstandes damit beginnen, deutsche Soldaten auf finnischem Boden festzusetzen und gefangene Deutsche an die Sowjetunion auszuliefern. Innerhalb von nur zwei Wochen sollten die Finnen die Deutschen aus ihrem Land vertreiben.

Die Deutschen ließen das nicht widerstandslos mit sich machen, und so kam es zum sogenannten Lapplandkrieg zwischen den bisherigen Verbündeten. Der Krieg zwischen den Gegnern wider Willen verlief anfänglich recht milde und

lustlos. Vom Scheinkrieg ist hinsichtlich dieser Kriegsphase die Rede. Der finnische Generalquartiermeister, Generalleutnant A. F. Airo, sprach von einem „Herbstmanöver“.

Das ließen sich die sowjetischen Vertreter in der alliierten Kontrollkommission zur Überwachung des Waffenstillstands in Finnland nicht bieten und drängten die Finnen zu einem offensiven-

ren, aggressiveren, entschlosseneren Vorgehen gegen die Deutschen. Dem kamen die Finnen am 1. Oktober 1944 mit einer Landung an der am Bottnischen Meerbusen und der Grenze zu Schweden liegenden Stadt Tornio nach. Auf diesen gefährlichen finnischen Vorstoß in die deutsche Flanke reagierten die so Attaktierten mit erbittertem Widerstand. Die sich von ihren vormaligen finnischen Verbündeten

zunehmend verraten fühlenden Deutschen wendeten bei ihrem erzwungenen Rückzug Richtung des von ihnen noch besetzten Norwegen nun verstärkt die Taktik der verbrannten Erde und der Verminderung geräumter Gebiete an, was die ohnehin durch die Sowjets gebeutelten Finnen zusätzlich traf. So kostete der Krieg zwischen (vormaligen) Freunden doch rund tausend Soldaten auf beiden Seiten das Leben. Fünftausend Soldaten wurden verwundet, wobei das Verhältnis hier zwischen den vorrückenden Finnen und den sich zurückziehenden Deutschen drei zu zwei betrug.

Am 27. April zogen sich die letzten deutschen Truppen über das Dreiländereck zwischen Finnland, Schweden und Norwegen aus Finnland nach Norwegen zurück. Statt nach zwei Wochen hatten die Finnen damit nach über einem halben Jahr diesen Teil der Waffenstillstandsforderungen der Sowjets erfüllt. Für die Deutschen indes ging der Rückzug weiter bis zur bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8. des Folgemonats.

Manuel Ruoff



Im nordwestfinnischen Muonio von der Wehrmacht aufgestelltes Schild: „Als Dank für nicht bewiesene Waffenbrüderschaft!“

PHOTO: IMAGE BY MILITARY MUSEUM ON THE FINNA SERVICE HOSTED BY THE FIN-

VON WOLFGANG KAUFMANN

Reisen mit Überlichtgeschwindigkeit spielen in der Science-Fiction-Welt eine wichtige Rolle, weil sie es angeblich ermöglichen, auch weit entfernte Sternsysteme oder Planeten zu erreichen. Allerdings setzt die Natur dem in der Realität klare Grenzen: Materie kann sich nicht schneller als das Licht bewegen, denn die dazu nötige Beschleunigung würde unendlich viel Energie erfordern. Diese Schlussfolgerung aus Einsteins Spezieller Relativitätstheorie fand inzwischen mehrfache experimentelle Bestätigung.

Andererseits existiert ein hypothetischer Ausweg aus der Physik-Falle. Das ist der sogenannte Warp-Antrieb, von englisch „to warp“ für „verzerren“ oder „krümmen“, wie man ihn vor allem aus den Star-Trek-Geschichten von Eugene Roddenberry kennt. In denen kommt die „Enterprise“ unter dem Kommando von Captain James Tiberius Kirk schneller als das Licht voran, weil das Raum-Zeit-Gefüge um das Raumschiff herum so verändert wird, dass der Abstand zwischen Start- und Zielpunkt gegen Null geht. Selbiges geschieht durch eine Stauchung der Raumzeit in der Flugrichtung bei paralleler Streckung der Raumzeit hinter der „Enterprise“. So braucht diese sich nicht selbst zu bewegen und passiert dennoch binnen kürzester Zeit die immer wieder beschworenen „unendlichen Weiten“.

Das Rätsel „negative Energie“

Lange Zeit galt das aber als reines Hirn-geespinnst, bis es dem mexikanischen Physiker Miguel Alcubierre Moya 1994 gelang, die theoretischen Grundlagen für eine Warp-Blase zu formulieren, in der Objekte mit dem Zehnfachen der Lichtgeschwindigkeit von einem Ort zum anderen gelangen können, ohne gegen die Formeln Einsteins zu verstoßen. Der Haken an dem Alcubierre-Antrieb ist, dass Zehn hoch 64 Kilogramm exotischer Materie mit negativer Energiedichte nötig wären, um ein Warp-Raumschiff durchs All zu schicken. Und das ist letztlich mehr, als es normale Materie im Universum gibt. Außerdem steht die Frage, ob die 1948 von dem niederländischen Physiker Hendrik Casimir ins Spiel gebrachte Materie mit negativer Energie überhaupt existiert.

Dennoch war die US-Weltraumbehörde NASA 1996 bereit, das Breakthrough Propulsion Physics Project (BPPP) zu finanzieren, in dessen Rahmen auch Computersimulationen des Warp-Antriebs stattfanden. Allerdings kamen die wichtigsten neuen Anregungen dann 1998 und 1999 von Casimirs Landsmann Chris van den Broeck und dem russischen theoretischen Physiker Sergej Krasnikow. Van den Broeck konstruierte drei ineinander verschachtelte Warp-Blasen, was den rechnerischen Bedarf an

exotischer Materie auf „nur noch“ einige Sonnenmassen reduzierte, während Krasnikow die Ansicht vertrat, dass die Raumzeit ohnehin stark gekrümmt sei und man deswegen lediglich zehn Kilogramm exotischer Materie für die Schaffung einer Warp-Blase benötige.

Bald darauf wurde aber zunehmend Kritik laut: So meinte der Portugiese José Natário 2002, die extrem große Blauverschiebung des Lichtes innerhalb der Warp-Blase aufgrund der Raum-Zeit-Stauchung werde zu physikalisch unkalkulierbaren Folgen führen. Darüber hinaus kamen Brendan Monnigal, Geraint Lewis und Philip O’Byrne von der Universität Sydney 2012 zu dem Ergebnis, dass beim Abbremsen des Raumschiffes riesige Mengen an tödlicher Strahlung frei würden.

Damit war der Stab über den Warp-Antrieb vorerst gebrochen, und deswegen beendete auch die NASA ihre entspre-

chenden Studien. Doch wie so oft leben Totgesagte länger. 2021 erbrachte der Göttinger Physiker Erik Lentz den Nachweis, dass ein Alcubierre-Antrieb bei bestimmten Konfigurationen der Raum-Zeit-Krümmung auch ohne Materie mit negativer Energie funktionieren könnte. Allerdings wäre der Bedarf an Treibstoff mit konventioneller positiver Energie immer noch gigantisch. Bei einem 100 Meter langen Raumschiff läge er laut Lentz in der Größenordnung des Hundertfachen der Masse des Riesenplaneten Jupiter.

„Das Grundprinzip funktioniert“

Etwa zur gleichen Zeit wie Lentz machten Alexey Bobrick und Gianni Martire vom Advanced Propulsion Laboratory at Applied Physics der NASA, welches sich nunmehr mit dem Warp-Antrieb befasste, einen weiteren neuen Vorschlag. Wenn man statt der negativen Energie extrem starke Gravitationsfelder verwende, dürf-

te die notwendige Beeinflussung des Raum-Zeit-Gefüges ebenso gelingen.

Einen ganz anderen Weg ging Harold White, der die Eagleworks Laboratories für innovative Antriebe im Lyndon B. Johnson Space Center der NASA in Houston leitete. Er entwickelte ein Resonanzhohlraumtriebwerk, das den Namen EmDrive erhielt und Schub vermittelt Mikrowellen erzeugen soll, wobei die Energie dafür von der Sonne kommt.

Aber dann wiesen Wissenschaftler der TU Dresden nach, dass die Aussagen von White, denen zufolge das EmDrive im Laborexperiment funktioniert habe, auf einem schlichten Messfehler beruhten. Daraufhin wandte sich White auch dem Warp-Antrieb zu, wobei er diese Forschungsarbeit nun im Rahmen des 2019 gegründeten Limitless Space Institute durchführte und hierfür Fördermittel des US-Verteidigungsministeriums erhielt. White und dessen Kollegen meldeten En-

de 2021 die „Erzeugung einer echten Warp-Blase im Nano-Maßstab“. Diese sei natürlich nur die allererste Vorstufe zu einem tatsächlich nutzbaren Warp-Antrieb, zeige aber, dass das Grundprinzip funktioniere.

Den überraschend geringen Energiebedarf erklärte White mit der innovativen Torus-Form der Blase. Nun plant sein Team die Anfertigung eines ultrakleinen Raumschiffmodells mit Warp-Antrieb. Dieses „Gefährt“, dessen Durchmesser beim millionsten Teil eines Meters liegen soll, ist dazu ausersehen, irgendwann in nächster Zukunft im Inneren eines vier Mikrometer großen Zylinders den ersten „Warp-Flug“ in der Geschichte der Physik zu unternehmen. Währenddessen suchen andere Forscher nach Gravitationswellen im All, welche auf bereits in Betrieb befindliche Warp-Antriebe von Raumschiffen anderer Zivilisationen hindeuten.



„Warp-Geschwindigkeit“: Der erste Flug eines mikroskopisch kleinen Objekts soll schon in nächster Zukunft durchgeführt werden

Foto: imago/depositphotos

ASTROPHYSIK

Forscher rütteln am Tor zu den „unendlichen Weiten des Weltraums“

Bislang existiert er nur in der Phantasie von Science-Fiction-Autoren: der „Warp-Antrieb“. Doch etliche Fachleute vermuten, dass man ihn wirklich nutzen kann – Es wäre eine Revolution

ERSATZ FÜR PLUTO

Wer verbirgt sich hinter Neptun?

Unterentdecker Plant oder Schwarzes Loch: Wissenschaftler rätseln über großes Objekt am Rande unseres Sonnensystems

Aufgrund der Neudefinition des Begriffes „Planet“ im August 2006 durch die Internationale Astronomische Union verlor der Pluto seinen Status als neunter und somit äußerster Planet unseres Sonnensystems. Nun mehren sich aber die Anzeichen dafür, dass es jenseits des Planeten Nummer Acht, Neptun, doch noch einen weiteren echten Planeten gibt.

Das legen vor allem die ansonsten nur schwer zu erklärenden Bahndaten transneptunischer Objekte wie des Zwergplaneten Sedna nahe, des Asteroiden 2012 VP 113 und des Planetoiden Leleakuhonua. Denn die deuten auf die Beeinflussung durch einen massereichen Himmelskörper in den Tiefen des Alls

ganz am Rande des Sonnensystems hin. Die Suche nach diesem läuft schon seit einigen Jahren, erbrachte aber bislang keine Ergebnisse, obwohl die Astronomen schon 78 Prozent der in Frage kommenden Abschnitte des Sternenhimmels durchmustert und die Zahl der infrage kommenden Objekte von 1,2 Milliarden auf 244 Millionen reduziert haben.

Allerdings ermöglichte die immer genauere Vermessung der Bahnen von Himmelskörpern wie Sedna auch zunehmend genauere Annahmen über den möglichen Planeten Nummer Neun, dessen Existenzwahrscheinlichkeit mittlerweile mit 90 Prozent angegeben wird. Dabei gelten die Berechnungen von Konstantin Baty-

gin und Michael Brown vom California Institute of Technology in Pasadena als besonders vertrauenswürdig.

In 7500 Erdenjahren um die Sonne

Diesen zufolge ist der Planet Neun ein Felsplanet mit der fünffachen Masse der Erde, welcher in 60 Milliarden Kilometern Entfernung um die Sonne kreist und deswegen für einen Umlauf um die 7500 Erdenjahre benötigt. Außerdem errechnete Man Ho Chan von der Education University of Hong Kong, dass der vermutete Planet bis zu 20 Monde von mehr als 140 Kilometern Durchmesser haben könnte.

Bei der Fahndung nach dem letzten Außenposten unseres Sonnensystems,

der im Falle seiner Entdeckung wie alle anderen Planeten außer der Erde den Namen einer römischen Gottheit erhalten würde, dürfte zukünftig das momentan noch im Bau befindliche Vera-Rubin-Observatorium auf dem Gipfel des El Peñón in Nordchile zum Einsatz kommen. Dessen gigantischer Hauptspiegel weist einen Durchmesser von 8,4 Metern auf und ist mit der größten Digitalkamera der Welt von 2,8 Tonnen Gewicht kombiniert.

Darüber hinaus geht die Suche nach kleineren transneptunischen Objekten im Rahmen von Projekten wie dem Outer Solar System Origins Survey (OSSOS) weiter, um zusätzliche Bahndaten zu gewin-

nen, welche die Ortung des Planeten Neun erleichtern.

Es gibt nun aber auch einige Astronomen, welche die Ansicht vertreten, dass Forscher wie Batygin und Brown falsch liegen. Sie erklären die Bahnabweichungen von Sedna und anderen Himmelskörpern mit der Existenz eines sehr viel größeren Planeten, der nicht zwei Lichttage, sondern 2,3 Lichtjahre von der Sonne entfernt sei. Und als weitere Möglichkeit wird seit September 2019 sogar darüber spekuliert, ob es sich beim vermeintlichen Planeten Nummer Neun vielleicht doch um ein winziges extrem massereiches Schwarzes Loch handele. W.K.



LÜNEBURG

Museumsverein brüskiert Landesmuseum

Auf der Mitgliederversammlung des Vereins Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V. eskalierten Machtspiele. Das Traditions-gasthaus „Krone“ erscheint einigen Funktionären wichtiger zu sein als Kulturarbeit für Ostpreußen. Kritiker sind nicht erwünscht

VOM FÖRDERERKREIS
OSTPREUSSISCHES JAGDMUSEUM

Das Vereinswesen rund um das Ostpreußische Landesmuseum ist kompliziert und kann nur mit Detailkenntnis verstanden werden.

Der Verein „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V.“ (OJL) hatte nach Gründung des Museums 1957 als ursprünglicher Trägerverein eine große Bedeutung, weil er einerseits das Eigentum an Teilen der Museumsimmobilien hält und andererseits mit der Landsmannschaft Ostpreußen Stifter der 1994 begründeten Ostpreußischen Kulturstiftung (OKS) ist, die damals die Trägerschaft des Museums übernahm. Dieser Schritt erfolgte aufgrund der Einbindung und Förderung durch die „öffentliche Hand“ sowie zur strategischen Stärkung ostpreußischer Kulturarbeit. Denn nun lagen das Landesmuseum und der zweite große ostpreußische Erinnerungsort, das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen (Bayern), in einer Hand. Ein nunmehr über dreißig Jahre währendes Erfolgsmodell.

Daneben wurden – ebenfalls in den 1960er Jahren – die beiden Vereine „Fördererkreis Ostpreußisches Jagdmuseum e.V.“ („Förderer“) und „Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums e.V.“ („Freunde“) zur finanziellen Unterstützung des Vereins OJL wie des Museums begründet. Gemeinsam wirkten die „Förderer“ und „Freunde“ mit dem Trägerverein im Laufe der Zeit zusammen, weil ihre Ziele zur Förderung des Museums sich ergänzten beziehungsweise partiell identisch waren. Sie behielten aber ihre Eigenständigkeit. So bekamen die „Freunde“ und die „Förderer“ drei Sitze im Vorstand des OJL e.V. Zudem ist auch die Landsmannschaft Ostpreußen mit dem Sprecher als gesetztem Mitglied und einem weiteren zu wählenden Mitglied satzungsgemäß vertreten.

Wie eine gute Idee zu einer existentiellen Bedrohung wurde

Im Jahr 2006 erwarb der Verein OJL dann den Immobilienkomplex der Lüneburger „Kronen“-Brauerei in der Heiligengeiststraße unmittelbar neben dem Museum. Die Idee dahinter war, dass die Einnahmen aus der Verpachtung unter anderem der Brauereigaststätte zunächst der Kredittilgung, langfristig aber dem Museum zugutekommen sollten. Das Vorhaben war gut gedacht, die Zahlungen von Zinsen und Tilgung für das Darlehen liefen durch entsprechende Spenden vor allem aus der „ostpreußischen Familie“ lange Zeit ohne Probleme. Dieses hat sich allerdings im Laufe der Zeit nicht fortgesetzt, so dass der OJL e.V. ein Schuldenvolumen in Millionenhöhe vor sich herträgt und bis heute keine 50 Prozent der ursprünglichen Darlehenssumme getilgt sind.

Auch weil im Laufe der letzten 18 Jahre die Spenden und Erbschaften rückläufig waren, änderte sich die Interessenlage des OJL e.V.: Nicht mehr das Ostpreußische Landesmuseum steht im Vordergrund seiner Aktivitäten, sondern die „Kronen“-Immobilie und deren Vermögensverwaltung. Alle Einnahmen fließen in diese Aufgabe. Das Museum selbst hat seit 2006 keine Geldzahlungen mehr vom OJL e.V. erhalten, im Gegenteil versucht dieser, eigene Ausgaben auf das Museum



Sind im Vorstand des Vereins Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V. nicht erwünscht: Die Preußenschild-Trägerin Barbara Loeffke und der verdienstvolle Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, Joachim Mähner



Fotos: privat

abzuwälzen, etwa beim dazugehörigen Brauereimuseum.

Doch anstatt umzukehren, laufen der Vorsitzende und Teile des Vorstandes des OJL e.V. weiter der „Chimäre“ eines baldigen Finanzausgleichs durch Spenden und Erbschaften hinterher. Dabei wird um jeden Euro gekämpft. Es werden Spenden in offener Konkurrenz zum Museum eingeworben, und man scheut sich auch nicht, sogar Klagen gegen das eigentlich zu fördernde Museum zu führen.

Allerdings verliert der Verein dabei höchsttrichterlich, wenn etwa Erblasser das Landesmuseum als ostpreußische Kultureinrichtung gefördert sehen wollen, nicht aber den Verein OJL, der primär langfristig eine Immobilie finanziert und unterhält, die keine positive Wirkung für das Museum entfaltet. Mit der durchschnittlichen Tilgung der vergangenen zehn Jahre dauert es noch über hundert Jahre, bis alle Kredite abgezahlt sind.

Offenes Zerwürfnis

Aufgrund dieser Situation gab es in den letzten sechs Jahren erhebliche Meinungsverschiedenheiten im Vorstand des OJL e.V., die nicht ausgeräumt werden konnten. Nun kam es auf der Mitgliederversammlung am 31. August 2024 in Lüneburg bei den Wahlen zum neuen Vorstand zu einem Eklat mit Ansage. Die zeichnungsberechtigten Vorstandsmitglieder (Vorsitzender, 1. und 2. Stellvertreter und Schatzmeister) wurden von der Mitgliederversammlung ohne Probleme wiedergewählt. Aber alle Wahlvorschläge der Vereine der „Freunde“ und „Förderer“ wie auch der zweite Sitz der Landsmannschaft Ostpreußen wurden abgelehnt, sodass diese im Vorstand nicht mehr vertreten sind, obwohl die Satzung es vorsieht.

Den Betreibern dieses unwürdigen Vorgehens ging es dabei nicht um die jeweils einzeln zu wählenden Personen, sondern sie wollten die zwei Vereine der

„Freunde“ und „Förderer“ sowie auch die Landsmannschaft als lästige Partner, die sich ausschließlich auf das Wohl des Ostpreußischen Landesmuseums konzentrieren, ausschalten. Jede konstruktive Kritik ist offensichtlich unerwünscht und wird mit aller Macht hinweggewischt.

Bei diesem Machtspiel wird auch keine Rücksicht auf anerkannte Persönlichkeiten genommen. So wurde der Wahlvorschlag des Vereins der „Freunde“, der Direktor des Landesmuseums Dr. Joachim Mähner, und derjenige des Vereins der „Förderer“, Frau Dr. Barbara Loeffke, mehrheitlich abgelehnt.

Dieses Verhalten wertet der Vorstand der „Förderer“ als einen Skandal. Denn beide Personen sind im Sinne Ostpreußens und des Museums höchst engagiert und haben sich außerordentlich verdient

Bei diesem
Machtspiel wird
auch keine Rücksicht
auf anerkannte
Persönlichkeiten
genommen

gemacht. Schon im vergangenen Jahr hatte man den Bundestagsabgeordneten a.D. und Mitglied im Stiftungsrat der Ostpreußischen Kulturstiftung, Herrn Eckhard Pols, für einen freien Vorstandssitz abgelehnt. Auf diese Weise werden unwillkommene Vereine und Personen ausgegrenzt.

Diffamierung statt Aufklärung

Dabei wird auch zu unglaublichen Stilmiteln gegriffen: der Diffamierung und der Propaganda. So hat der Berichterstatte zur Kassenprüfung des OJL e.V. vor der jüngsten Wahl unerwartet, aber offen-

sichtlich von langer Hand vorbereitet, despektierliche Aussagen über den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und dessen Stellvertreter, den Museumsdirektor sowie den Vorsitzenden der „Förderer“ ausgebreitet, weil diese sich mit einer Denkschrift im vergangenen Jahr an die Vereinsmitglieder gewandt hatten. Der mündlich vorgetragene Kassenprüfbericht gipfelte in der Aussage, man möge wohl überlegen, wem man bei der anstehenden Vorstandswahl seine Stimme gibt. Wie weit die Vermessenheit geht, zeigt ein vorab versandter Bericht der „Kassenprüfer“, in dem das Urteil des Oberlandesgerichts Zweibrücken zugunsten des Landesmuseums in einer strittigen Erbschaftsangelegenheit offen angezweifelt wird.

Verantwortlich für solches Handeln ist der sogenannte im Außenverhältnis „zeichnungsberechtigte Vorstand“ um den langjährigen Vorsitzenden. Alle Versuche, einvernehmliches Vorgehen im Vorstand oder zumindest Kompromisse zu erzielen, wurden in den vergangenen Jahren ignoriert. Durch den aktuellen Ausschluss der zwei Vereine „Freunde“ und „Förderer“ sowie der Landsmannschaft Ostpreußen hat man sich alle Möglichkeiten der Umsetzung eigener, an den Interessen der „Kronen“-Immobilie ausgerichteter Vereinspolitik ermöglicht.

Den Vereinen der „Freunde“ und „Förderer“ wird darüber hinaus, da diese 2017/18 ihre Spendenzahlungen an den Verein OJL eingestellt haben, um wieder das Museum direkt zu fördern, vereinschädigendes Verhalten vorgeworfen. Dieses geschah allerdings aufgrund ernsthafter Bedenken zur Gemeinnützigkeit des OJL e.V. und zu dessen Nichterfüllung des wesentlichen Satzungsziels, der Unterstützung des Landesmuseums. Denn kein Cent, den der OJL e.V. von den zwei Vereinen erhält, erreicht das Museum, alles fließt in die „Krone“. Dem Landesmuseum sind so bereits mehrere 100.000 Euro entgangen. Deshalb fördern

die Vereine inzwischen wieder direkt das Museum und ermöglichen wertvolle Ankäufe und Restaurierungsarbeiten. Vereinsschädigendes Verhalten sieht anders aus. Wenn es allerdings darum geht, wertvolle Spendenmittel für die „Kronen“-Immobilie zur Verfügung zu stellen, von der das Museum in keiner Weise profitiert, ist das nicht mit der Satzung des „Fördererkreises“ zu vereinbaren. Bei den „Freunden“ ist es nicht viel anders.

Starrsinn statt Umkehr

Welches Resümee ist zu ziehen? Wie eingangs geschildert, hat der ursprüngliche Trägerverein des Ostpreußischen Landesmuseums seine Kernaufgabe 1994 der Ostpreußischen Kulturstiftung übertragen, jedoch später als Verein mit dem Kauf der „Kronen“-Immobilie 2006 für sich einen neuen „Geschäftsbereich“ eröffnet, von dessen ursprünglicher, gut gedachter Konzeption das Ostpreußische Landesmuseum profitieren sollte. Dieses Ziel wird auf lange Sicht nicht erreicht.

Doch anstatt das Konzept zu ändern und die „Kronen“-Immobilie zum Beispiel wieder zu veräußern – wovon das Museum sofort profitieren würde –, hält man krampfhaft an einem Eigentum fest, das in der Bausubstanz rund 500 Jahre alt ist, laufend erhebliche Reparaturkosten verschlingt und obendrein unter Denkmalschutz steht. Man will, wie auf der letzten Mitgliederversammlung festgehalten wurde, einen Vermögensaufbau betreiben, der fraglich ist und bislang nicht nachgewiesen werden konnte. Zudem will man mit zukünftigen Ausschüttungen aus Vermietung und Verpachtung Vereinsaktivitäten wie Forschungsaufträge, Digitalisierung, Seminare, Fortbildung und so weiter finanzieren, also Aufgaben, die vom Ostpreußischen Landesmuseum seit Jahren professionell durchgeführt werden. Somit will der Verein OJL allen Ernstes in Konkurrenz zum Landesmuseum treten – und das nicht nur bei der Einwerbung von Spenden und Erbschaften, sondern auch bei der Erfüllung mus-sealer Aufgaben.

Somit dient der Verein „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V.“ (OJL) nicht dem Ostpreußischen Landesmuseum, sondern er behindert dessen Entwicklung. Damit hat er sich mit dem Museum, mit der Trägerin Ostpreußische Kulturstiftung, mit der Landsmannschaft sowie den beiden Vereinen der „Förderer“ und der „Freunde“ überworfen. Leider wird dieser Streit vom OJL e.V. auch an die öffentlichen Hände getragen, was die Position gegenüber den Ministerien schwächt. Und immer wieder nutzt der OJL e.V. seinen Namen und seine frühere Funktion als Trägerverein aus, um von gutgläubigen Menschen, die eigentlich dem Museum helfen wollen, Spenden einzuwerben, die hinterher oft entsetzt sind. Doch nur wo explizit „Ostpreußisches Landesmuseum“ genannt wird, ist das Museum unmittelbar gemeint.

2024 ist zurecht ein Kant-Jahr und es sei im vorgetragenen Zusammenhang an die Empfehlung „sapere aude“ des Königsberger Philosophen erinnert: Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen. Es geschehe also.

● **Fördererkreis Ostpreußisches Jagdmuseum** – Hans-Ludwig Loeffke
Gedächtnisvereinigung e.V.



ZUM 105 GEBURTSTAG

Wunderlich, Hedwig, geb. **Baginski**, aus Willuhnen, Kreis Neidenburg, am 14. September

ZUM 103 GEBURTSTAG

Holaschke, Hildegard, geb. **Michalzik**, aus Lyck, Morgenstraße 4, am 18. September

ZUM 100. GEBURTSTAG

Bokemeyer, Marianne, geb. **Wolff**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 15. September
Ollech, Emma, geb. **Beber**, aus Scheufelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 19. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Böhm, Eleonore, geb. **Opitz**, aus Ortelsburg, am 17. September
Sparr-Harenberg, Gräfin Ellen-Edith von, geb. **Schneider**, aus Lyck, am 17. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Haertel, Hildegard, geb. **Kürzich**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 16. September
Kirschnik, Hans, aus Reichwalde, Kreis Mohrungen, am 18. September
Kownatzki, Willi, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 15. September
Masuch, Otto, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 15. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Alex, Ruth, geb. **Weichler**, aus Neidenburg, am 16. September
Kampf, Erika, geb. **Wittig**, aus Ortelsburg, am 16. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bleck, Hanna, aus Lyck, am 14. September
Dabow, Waltraud, aus Rostken, Kreis Lyck, am 15. September
Dudda, Gerd, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. September

Mehlau, Günter, aus Kunzendorf, Kreis Mohrungen, am 17. September
Sawatzki, Adele, geb. **Richter**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 13. September
Weinberg, Martha, geb. **Tholen**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Freitag, Ingeborg, geb. **Pagel**, aus Lyck, Yorkstraße 11, am 18. September
Hoffmann, Erika, geb. **Tarnowsky**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 15. September
Nielsen, Brunhilde, aus Neuen-dorf, Kreis Lyck, am 14. September
Püscher, Ilse, geb. **Soboll**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 16. September
Rinio, Heinz, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 15. September
Uhlich, Elisabeth, geb. **Sender**, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 14. September
Weist, Gisela, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bartsch, Siegmund, aus Danzig und Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 13. September
Heinrich, Siegmar, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 19. September
Neugebauer, Fritz, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 18. September
Plickat, Erwin, aus Ebenrode, am 14. September
Rößling, Gerda, geb. **Marr**, aus Leißnien, Kreis Wehlau, am 13. September
Sadlowski, Helmut, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 13. September
Scherwat Gert, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 16. September
Stetzka, Adolf, aus Omulef-
ofen, Kreis Neidenburg, am 16. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Braun, Günter M., aus Lötzen, am 13. September
Dopp, Brigitte, geb. **Denzer**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 14. September

Gebhardt, Hildegard, geb. **Quednau**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 19. September
Gehrmann, Alfred, aus Boyden, Kreis Mohrungen, am 15. September
Joswig, Herbert, aus Lyck, am 17. September
Kasperowitz, Ruth, geb. **Waschk**, aus Freiort, Kreis Lötzen, am 14. September
Kraschewski, Heinz, aus Sensburg und Rhein, Kreis Lötzen, am 17. September
Mathiak, Lothar, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. September
Pruss, Emma, geb. **Trzaska**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 16. September
Pustan, Gerd, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 18. September
Rogge, Annemarie, geb. **Babrowski**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 13. September
Wagner, Hedwig, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 19. September
Woyciak, Käthe, geb. **Jegodowski**, aus Ortelsburg, am 17. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Burzeya, Dorothea, geb. **Kossmann**, aus Ortelsburg, am 19. September
Ekruth, Horst, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 14. September
Karsch, Kurt, aus Worienen, Kreis Preußisch Eylau, am 18. September
Krause, Irene, geb. **Falk**, aus Thurau, Kreis Neidenburg, am 16. September
Kupczyk, Emmie, geb. **Stadie**, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 13. September
Möhrke, Reinhard, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 16. September
Ollech, Erna, geb. **Brozka**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 16. September
Plotz, Waltraut, geb. **Bogdan**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 13. September
Pruß, Hedwig, geb. **Jedamski**, aus Schuttaschen, Kreis Neidenburg, am 18. September
Scheuer, Ingrid, geb. **Erdmann**, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 13. September

Schöffski, Siegfried, aus Pre-gelswalde, Kreis Wehlau, am 18. September
Willamowski, Klaus, aus Klein-
kosel, Kreis Neidenburg, am 14. September
Wrede, Ursula, geb. **Rock**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 16. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Fuchs, Hildegard, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 18. September
Grell, Ilse, geb. **Kristant**, aus Fischhausen, am 18. September
Hillebrand, Ruth, geb. **Rohmann**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 13. September
Kaminski-Philippe, Marta, geb. **Kaminski**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 19. September
Koch, Eva-Maria, geb. **Glowatz**, aus Lyck, Mackensenstraße 11, am 15. September
Kötzing, Christa, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 17. September
Rotter, Hildegard, geb. **Zymak**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 19. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Andes, Heinz, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 14. September
Breitenbach, Käthe, geb. **Marzischewski**, aus Walden, Kreis Lyck, am 18. September
Falk, Ulrich, aus Elchdorf, Kreis Fischhausen, am 16. September
Kraft, Dieter, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 16. September
Krahm, Elly, geb. **Ochs**, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 19. September
Reglin, Helga, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 15. September
Walendy, Helga, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 14. September
Waschilewski, Dora, geb. **Stein**, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 16. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bunge, Sigrid, geb. **Kottke**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 13. September
Chilla, Anneliese, geb. **Worff**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 19. September
Drawe, Wolf-Rüdiger, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 19. September
Grunwald, Klaus, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 18. September
Hanau, Barbara, geb. **Schmaling**, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 16. September
Kollack, Horst, aus Lissau, Kreis Lyck, am 16. September
Kucharski, Lieselotte, geb. **Meißner**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 14. September

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

20. bis 22. September: **Ge-schichtsseminar** in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: **Werkwo-che** in Helmstedt
1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-den** in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederver-sammlung der LO-Bruderhil-fe e.V.** in Wuppertal (gT)

2. und 3. November: **Ostpreu-ßische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte: Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesge-schäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Kuta, Ingelore, geb. **Ziefus**, aus Lötzen, am 15. September
Ley, Ingrid, geb. **Drewinski**, aus Geigenau, Kreis Lyck, am 14. September
Liebenberg, Edith, geb. **Gayk**, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, am 17. September
Lockowandt, Heinz, aus Seebrü-
cken, Kreis Lyck, am 17. September
Lüttin, Renate, geb. **Mertins**, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 13. September
Preuss, Ulrich, aus Seubers-
dorf, Kreis Mohrungen, am 18. September
Rehme, Dieter, aus Wehlau, am 15. September
Reisenauer, Günter, aus Gortzen, Kreis Lyck, am 13. September
Sakewitz, Günther, aus Soffen, Kreis Lyck, am 18. September
Schwanz, Edelgard, geb. **Lippick**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 17. September
Zagromski, Siegfried, Vorfahren aus Groß Schöndamerau, Kreis Or-
telsburg, am 14. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bischoff, Johannes, aus Köll-
misch Damerau, Kreis Wehlau, am 17. September
Dibbern, Hannelore, geb. **Pallat**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 14. September

Haase, Hannelore, geb. **Kelmer**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 19. September
Hellmich, Sigrid, aus Ortelsburg, am 13. September
Kerstan, Fritz, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 18. September
Kick, Heidrun, geb. **Liedtke**, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 16. September
Kröppelin, Christel, geb. **Kers-tan**, aus Waldburg, Kreis Ortels-
burg, am 13. September
Oberste-Kleinbeck, Ingrid, geb. **Kaiser**, aus Gubitten, Kreis Moh-
rungen, am 17. September
Sendtko, Dietrich, aus Hei-
ligenbeil, Kreis Treuburg, am 16. September
Wentzlaff, Anita, geb. **Clauß**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 14. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Buchmann, Bärbel, geb. **Gerulat**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. September
Elfers, Adelheid, geb. **Justus**, aus Lengen, Kreis Ebenrode, am 15. September
Fetzer, Hartmut, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 19. September
Gutzeit, Hartmut, aus Plauan, Kreis Wehlau, am 18. September
Zwinger, Dieter, aus Bersbruden, Kreis Ebenrode, am 14. September

Zusendungen für die Ausgabe 39/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 39/2024 (Erstverkaufstag 27. September) **bis spätes-tens Dienstag, den 17. September**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **star-ke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Dele-gierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmann-schaft Ostpreußen e.V. **infor-miert** und erhalten **Einladun-gen** zu Veranstaltungen und Se-minaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes-geschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zur-zeit 60,- Euro. Den Aufnahme-antrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Lands-mannschaft – www.ostpreus-sen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung kön-nen Sie jederzeit widerspre-chen. Landsmannschaft Ostpreu-ßen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de



Stourhead, The Palladian Bridge, 2015

Foto: OL

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

**Bayern**

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Pommern

Altmühlfranken – Freitag, 20. September, 19 Uhr, Gasthof Adlerbräu, Marktplatz, Gunzenhausen: gemeinsames Essen, Pommersche Kartoffelsuppe; Pommern in Brasilien, ein Reisebericht von Magdalena Kempin-Palatini.

**Hamburg**

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Tag der Heimat

Hamburg – Sonnabend, 21. September, 15 Uhr, Einlass ab 14.30 Uhr, Bach-Saal, Gemeindehaus St. Michaelis, Krayenkamp 4: Tag der Heimat unter dem Leitwort „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“. Veranstalter ist der Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg e.V. Gäste sind herzlich willkommen.

**Hessen**

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Masuren

Wetzlar – Dienstag, 17. September, Gaststätte Zum Matchball, Tennis-

platz, Bodenfeld: Gerd-Helmut Schäfer referiert über „Masuren – Der Süden von Ostpreußen“.

Tag der Heimat

Wetzlar – Sonntag, 22. September, 14 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Stadthalle, Brühlsbachstraße 2: Tag der Heimat des Bunds der Vertriebenen (BdV) Wetzlar. Der Eintritt ist frei. Unter dem Leitmotiv „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“ wird der Hessische Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck die Festrede halten. Das Festprogramm wird gestaltet von den Egerländer Maderln und Freunden, dem Erk’schen Männergesangsverein, der Volkstanzgruppe der Siebenbürger Sachsen Mittelhessen, der Gesangsgruppe „Stimme der Hoffnung“ und dem Vorstand des BdV.

**Schleswig-Holstein**

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth- Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Donnerstag, 26. September, 15 Uhr, TSB-Heim: Heimatkonzert mit Liedern von Zuhause und Volksliedern zum Mitsingen von Heimatsänger BernStein. Eintritt 10,- Euro.

Stiftung
»Zukunft für Ostpreußen!«

Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE56 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FURKDE71

Podcast des Deutschen Polen Instituts

Das Deutsche Polen Institut veröffentlicht monatlich den Podcast „**Alles über Polen**“ und wendet sich damit an alle, die an Polen interessiert sind oder den östlichen Nachbar Deutschlands besser kennenlernen möchten.

„Unsere Expert:innen liefern spannende Einblicke in die polnische Politik, Geschichte, Kultur und in die deutsch-polnischen Beziehungen“, wirbt das Institut.

In der ersten Folge des Podcasts diskutierte der Direktor des Deutschen Polen-Instituts, Peter Oliver Loew, mit seiner Stellvertreterin Agnieszka Łada-Konefał und dem Wissenschaftlichen Mitarbeiter des Deutschen Polen-Instituts, Bastian

Sendhardt, über die Ereignisse auf der politischen Bühne Polens nach den Parlamentswahlen im November 2023.

In der aktuellen Folge, Folge 13, diskutieren die drei oben Genannten sowohl über die historischen Ereignisse des 1. Septembers 1939 als auch darüber, wie dieses Datum in Deutschland und in der Republik Polen heute erinnert wird. Darüber hinaus gibt es die Rubriken „Aktuelles“ wie auch die „Polnischen Fundstücke“.

Der Podcast ist über die Internetseite des Deutschen Polen Instituts **www.deutsches-polen-institut.de** abrufbar, über seinen YouTube-Kanal und ebenso über Spotify, Amazon-Music sowie über Podcasts-Apple.

**Gerdauen**

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen

Bad Nenndorf – Wochenende, 5. und 6. Oktober, Veranstaltungsraum des Hotels Esplanade, Bahnhofstraße 8: Hauptkreistreffen mit folgendem Programm:
Sonnabend, 5. Oktober, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraumes im Hotel Esplanade (Infotisch mit Heimatbriefen und Büchern); 9.30 bis circa 11.30 Uhr: Kreistags-sitzung im Sitzungsraum – Sie sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen und sich über unsere Arbeit zu informieren. Ihre Fragen,

Wünsche und Anregungen können Sie in einer Fragestunde loswerden.

Es gibt Gelegenheit zum Kennenlernen und Wiedersehen von Landsleuten und zum direkten Kontakt mit Ihren Kirchspielvertretern (nach der Kreistagssitzung); das Hotel bietet im Veranstaltungsraum Mittagessen nach Auswahlkarte, Getränke und am Nachmittag Kaffee und Kuchen an. Nachmittags Gelegenheit zum Besuch des Herbstlichen Bauernmarkts im Kurpark (direkt neben dem Hotel); 16 Uhr: Vortrag Günter F. Toepfer (Mda Berlin a.D.) über seine Aktivitäten für die Wolfskinder in Litauen, mit Vorführung seines Wolfskinder-Films; 18.30 Uhr: gemeinsames Abendessen; danach findet ein gemütliches Beisammensein mit Musik und kleinen Einlagen in gemeinsame Gestaltung statt, eigene Beiträge der Landsleute sind herzlich willkommen.

ANZEIGE

Wir nehmen Abschied von

Eberhard Grashoff

aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau

der letzte Woche von uns gegangen ist.

Seinen Angehörigen gilt unser Mitgefühl und wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Seine Liebe zur alten Heimat wird uns immer Vorbild und Ansporn sein.

Kreisgemeinschaft Wehlau e.V.
Der Vorstand

Sonntag, 6. Oktober, 9 Uhr; Öffnung des Veranstaltungsraumes samt Infotisch mit Heimatbriefen und Büchern, 11 Uhr: Feierstunde im separaten Raum – Begrüßung durch den Kreisvertreter, Grußworte der Gäste, ostpreußischer Vortrag, Geistliches Wort und Totengedenken, Schlusswort des Kreisvertreters, Ostpreußenlied, Gelegenheit zum Mittagessen im Veranstaltungsraum, zum gemütlichen Beisammensein und Gesprächen mit den Landsleuten. Übernachtungswünsche richten Sie bitte an das Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798110, E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de. Bitte reservieren Sie rechtzeitig und geben Sie bei der Buchung das Stichwort „Hauptkreistreffen Gerdauen“ an.

Walter Mogk

**Lyck**

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Hauptkreistreffen

Hagen – Auch in diesem Jahr treffen sich die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Lyck zu ihrem jährlichen Treffen in der Partnerstadt

Hagen. Nun schon traditionell zusammen mit den Mitgliedern der Kreisgemeinschaft Treuburg. Zunächst fand am Freitag die Tagung des Kreisausschusses der Kreisgemeinschaft Lyck in den Räumen des Archives statt. Hier wurden aktuelle Themen und die noch zu treffenden Maßnahmen für das Kreistreffen besprochen. Am Sonnabend fand die jährliche Kreistagssitzung im Rathaus der Stadt Hagen statt. Nach dem Totengedenken und der Ehrung von Reinhard Donder, zuständig für Familiengeschichtsforschung in der Kreisgemeinschaft Lyck e. V., für seine diesbezüglichen Verdienste, mit einer Urkunde, begann die Aussprache zu den Tagesordnungspunkten. Als neues Mitglied stellte die Kreisvertreterin, Bärbel Wiesen-see, Prof. Dr. Siegmund Fröhlich vor. Er wird als Kulturbbeauftragter seinen Wirkungskreis in der Kreisgemeinschaft haben. Anschließend ging es in den Stadtgarten von Hagen zur Kranzniederlegung an den Gedenksteinen. Am Sonntag trafen sich alle Mitglieder und Gäste zur Feierstunde zum Lycker Treffen und dem Tag der Heimat im Hotel Mercure. Die Kreisvertreterin und zahlreiche Ehrengäste, unter anderen der Erste Bürgermeister der Stadt Hagen, Dr. Hans Dieter Fischer, und der Oberbürgermeister der Stadt Hagen, Erik O. Schulz.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die ☐ Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder ☐ Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

**Prämie 1:
Leuchtglobus**



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebene, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

**Prämie 2:
Renaissanceglobus**



Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouuten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

HEIMATKREISGEMEINSCHAFTEN



Im Hagener Stadtgarten: Lycker Steine

Foto: Bärbel Wiesensee

Fortsetzung von Seite 15

Diese würdigten die Arbeit der Kreisgemeinschaft in ihren Grußworten. Die Festansprache hielt das neue Mitglied Fröhlich.

Musikalisch wurde die Veranstaltung von Musikduo, Iryna Popyk (Geige) und Jonas Liesenfeld (Cello), begleitet.

Zu erwähnen ist unbedingt die erneute Teilnahme von Marta Herrman aus Mostolten. Trotz ihres Alters von 101 Jahren ließ sie es sich nicht nehmen, am Kreistreffen teilzunehmen. Sie wurde von allen Teilnehmern, insbesondere von unserem Kreislästen, Gerd Bandilla, herzlich begrüßt.

Nach zahlreichen intensiven
Gesprächen unter den Teilnehmern

**Die PAZ
zum Probelesen
Vier Wochen gratis
Telefon (040) 41400842**

ging die Veranstaltung am Nachmittag zu Ende. *Bärbel Wiesensee*



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail:

evborries@gmx.net. **Kartei, Buch-**
versand und Preußisch Eylau-
er-Heimatomuseum im Kreishaus
Verden/Aller Lindhooper Straße 67,
27283 Verden/Aller, E-Mail: preus-
sisch-eylau@landkreis-verden.de,
Internet: www.preussisch-eylau.de.
Unser Büro in Verden ist nur noch
unregelmäßig besetzt. Bitte wen-
den Sie sich direkt an die Kreisver-
treterin Evelyn v. Borries

Kreistreffen

Verden/Aller – Wochenende, 20. bis 22. September, Kreishaus, Lindhooper Straße 67: Gesamt-Vor-

standssitzung am 20. September, die Tagesordnung wird den Mitgliedern des Vorstandes fristgerecht zugestellt, und Kreistreffen vom 21. bis 22. September.

PAZ wirkt!

Für einen Besuch in unserem Archiv bitten wir um rechtzeitige Anmeldungen bei Frau Bilke-Krause per E Mail: preussisch-ey-lau@landkreis-verden.de. Auf Ihre Anmeldung hin wird unsere Beauftragte für das Archiv der Kreisgemeinschaft am Freitag im Heimatmuseum/Archiv anwesend sein und Ihre Fragen beantworten, beziehungsweise im Archiv in den vorhandenen Unterlagen nachsehen. Wir machen darauf aufmerksam, dass das nur nach vorheriger elektronischer Anmeldung und Nennung des Wunsches möglich ist. Die Anmeldungen müssen bis zum 15. September vorliegen.

Evelyn v. Borries



Neu geordnet und sortiert: Die Heimatstube der Kreisgemeinschaft
Preußische Eylau in Verden bietet neben vielem anderen nicht nur das
ostpreußische Wappen, sondern auch die Chronik der Stadt Landsberg,
die bis ins Jahr 1807 zurückreicht Evelyn v. Borries

Rätsel

chemisches Element, ein Gas	weibliches Kindeskind	ein Wacholderbranntwein	Band, Tonband (engl.)	Bedeutung, Wichtigkeit	tropischer Laubbaum	Kinderspielplatzgerät	Teil der mechanischen Uhr	das menschliche Leben	Bewohner eines Erdteils	Nordafrikaner	anfänglich	nicht neues Gebäude	Überwurf für Sitzmöbel
Steuerflächen e. Flugzeugs					Luftbewegung				scherzhaft: wilder kleiner Junge				
Stadt in NRW, am Hellweg			ebenes Gebiet, Areal	US-Bürger (ugs.)			Kreis halbmesser				Sohn Abrahams im A. T.	aufwärts, nach oben	
		Wohnsitz dt. Kaiser u. Könige im MA.			Additionszeichen				franz. Mittelmeerhafen				
chinesischer Kochtopf				Name zweier Rheinzuflüsse	eine Farbe		am jetzigen Tage				Kinderbuchfigur b. Paul Maar		
sich recken und dehnen	Astronaut: ... Armstrong	Getreidespeicher	handeln				Schneiderbedarf	Evangelische Kirche in Deutschland (Abk.)	Hundekrankheit				
Ei der Laus				Koseform für Großmutter	biblischer Prophet	englische Prinzessin			Kummer, Seelen Schmerz	US-Nachrichtensender (Abk.)	ital. Autor (Umberto)	Verbundenheit, Vertrautheit	
			französische Autorin				Edelgas	fleckig, schmutzig machen					
Astrologe Wallenstein	kraftlos, ohne jeden Schwung			fördern, finanziell unterstützen	zirpen des Insekt	stören, von etw. abhalten					inselntische Sprache	Pyrenäenvolk	
Papstname		sehr kalt			ein Nestorpapagei	verlassen; langweilig		Drama von Goethe	Tochter des Tantalus				
Magisch: 1. Trolley 2. Almosen, 3. Federer				knie-langer Anorak		frz. Comic-zeichner (Albert)				zeitlos; immerzu	Ausruf des Verstehens		
Novelle								Weizenbier (volkstümlich)					
2. Pantoffel, 3. Proviant & Konserven, 5. Piloten, 6. Höhlen, 7. Streifen -				Zuteilung, Bemessung	feste Erdoberfläche		Monatsname			Stimmzettelbehälter	Brennstoff aus Kohle	eine Zahl	
Mitte: Worträtsel: 1. Eisenbahn						Muster, Entwurf	das Ich (lateinisch)		blicken, schauen				
Schüttelrätzel:				Zufluchtsort (griech.)	Titel arabischer Fürsten		schwarz-weißer Rabenvogel	Schwur	Fluss der Schweiz u. Frankreichs				
					alt-römisches Gewand	laut jammern, schimpfen (ugs.)				andernfalls; außerdem	Schauspiel-, Ballettschüler		
So ist's richtig:				Platz, Stelle	aufgebrühtes Heißgetränk	Kurort	unbestimmter Artikel	abgestochenes Rasenstück	Nadelloch	Mahlzeit; Nahrung	männliches Borstentier	Abgasreiner (Kurzwort)	nordischer Hirsch
				ein Endpunkt der Erdachse									
				Arzneimittel-form					Schutzraum, Unterstand				
				Missgunst	US-Boxlegende (Muhammad)		Würde, Ansehen			rechter Nebenfluss der Donau			
						törichter Mensch			aus einer Gefahr befreien				

Schüttelrätsel

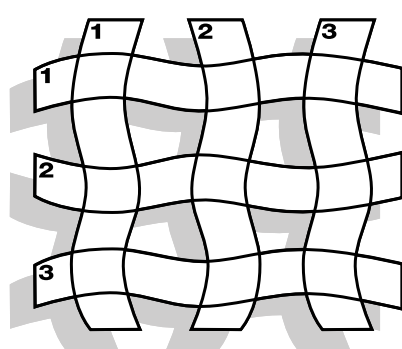
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

DEER RU	ANRU	BEI	ORSS	ARSU	EORST	AEIR	EELS
▶					ALT		
IOR	▶		AEMOR	▶			
AINS		OSU	▶		EIS	▶	
▶			EEPRS	▶			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für Prosaerzählung.

1	HOLZ									GLEIS
2	FILZ									HELD
3	REISE									KORB
4	OBST									DOSE
5	TEST									SCHEIN
6	FELS									MENSCH
7	ZEBRA									WAGEN



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Rollenkoffer (engl.)
2 kleine Gabe
3 schweiz. Tennisspieler (Roger)

HEIMATPFLEGE IN BAYERN

DEUTSCHES KULTURFORUM ÖSTLICHES EUROPA E.V.

Das Kulturlandschaftsforum

Wer kennt noch weitere Vertriebenenendenkmale?

Rund 600 Mahnmale und Gedenkstätten der Heimatvertriebenen sind nun online. Vertriebenenbeauftragte und Heimatpfleger rufen zum Mitmachen auf. Ein Gedenkstein im Parkfriedhof von Bad Kissingen, errichtet im Jahr 1951. Ein Hochkreuz aus Eichenholz von 1955 in Neustadt an der Donau. Eine Mahnmalgruppe mit Obelisk aus dem Jahr 1973 in Böbing im Pfaffenwinkel. Dies sind nur drei von mittlerweile mehr als 580 neuen Einträgen in der Kulturlandschaftsdatenbank des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege, abrufbar unter Internet: erfassung.kulturlandschaftsforum-bayern.de. Es handelt sich um Mahnmale und Gedenkstätten der Heimatvertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Ihre Errichtung war in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ein insbesondere in Westdeutschland verbreiteter Ausdruck der Heimatvertriebenen, um an Vertreibung, Flucht und Leid zu erinnern. Dabei sind noch längst nicht alle Denkmale in der Datenbank erfasst.

„Die in der Kulturlandschaftsdatenbank abgebildeten Einträge können jederzeit inhaltlich ergänzt und mit weiteren Bildern versehen werden. Wir möchten alle geschichtsinteressierten Menschen aufrufen, mitzumachen und Vertriebenenendenkmale in unserer Datenbank einzutragen oder Einträge zu ergänzen!“, sagt Dr. Thomas Büttner, Leiter des Projekts Kulturlandschaftsforum im Landesverein. Die Bezeichnung „Vertriebenenendenkmal“ ist irreführend, da es sich bei den Gedenkstätten meist nicht um gelistete Denkmale handelt. Sie sind daher in aller Regel auch nicht „ge-



FOTO: BAYERISCHER VEREIN FÜR HEIMATPFLEGE E.V.

schützt“ und könnten, wenn sie beschädigt oder verschmutzt sind, einfach abgebaut werden. In aller Regel kümmern sich Vereine und Landsmannschaften oder Kommunen um die Instandhaltung der Denkmale. Mancherorts können sich aber Ehrenamtliche, meist aus Altersgründen, nicht mehr angemessen um die Pflege der Denkmale kümmern.

Dr. Petra Loibl, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, sagt: „Flucht und Vertreibung sind durch die Denkmäler der Heimatvertriebenen dauerhaft im öffentlichen und nun auch im digitalen Raum präsent. Es gibt sie fast überall in Bayern. Sie sind damit ein wichtiges Zeugnis der deutschen Geschichte und der kollektiven Erinnerungskultur, das wir nicht dem Verfall preisgeben dürfen. Die Aufnahme in die Datenbank des Landesvereins kann ein erster Schritt sein, die Denkmale der Vertriebenen wieder mehr ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.“

In den zurückliegenden Monaten hat die Studentin Sigrid Michel Rangel im Auftrag der Sudetendeutschen Landsmannschaft Landesgruppe Bayern e.V. die von

Kulturlandschaftsforum Bayern

der Familie Hannelore und Dieter Heller aus Roth und von Katrin Heller aus Burgbernheim erarbeitete Zusammenstellung der Vertriebenenendenkmale fortgeschrieben, mit zusätzlichen Fotos versehen und räumlich-digital verortet. Hintergrund: In der Datenbank werden (historische) Kulturlandschaftselemente von interessierten Bürgern und Heimatforschern erfasst. Sie tragen hier die unscheinbaren, aber auch unübersehbaren Kulturspuren in der Landschaft ein. Darunter sind historische Fußwege und Altstraßen, Feldkreuze und Wegkapellen, Grenzsteine, Baumfelder und Ackerterrassen, Hutanger und Triebwege und so weiter.

Die redaktionelle Begleitung der Beiträge in der Online-Datenbank erfolgt durch einen Mitarbeiter des Landesvereins als Projektträger. Mitmachen ist ausdrücklich erwünscht!

PM

● **Bayerischer Landesverein für Heimatpflege e.V.**, Ludwigstraße 23 Rgb., 80539 München, Telefon (089) 286629-24, Telefax (089) 286629-28, Internet: www.heimat-bayern.de, E-Mail: info@heimat-bayern.de

Der 20. Juli 1944

Warschau und Paris – Themenabend anlässlich der 80. Jahrestage

Nach dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 konnte NS-Deutschland seine Vorherrschaft in vielen Teilen Europas durchsetzen. In den besetzten Ländern bildeten sich rasch Widerstandsbewegungen, die die nationale Befreiung und den Kampf gegen den Nationalsozialismus zum Ziel hatten. Die Formen des Widerstands unterschieden sich je nach Art, Ziel und Umfang der jeweiligen Besatzung. Während sich der bewaffnete Widerstand in Polen praktisch sofort formierte und im Aufstand im Warschauer Ghetto 1943 sowie ein gutes Jahr später im Warschauer Aufstand kulminierte, dauerte es nach der Kapitulation Frankreichs 1940 im geteilten Land lange, ehe der Widerstand größeren Umfang annahm. Hier richteten sich die Sabotageakte der Résistance nicht nur gegen die deutsche Besatzungsmacht, sondern zum Teil auch gegen das mit ihr kollaborierende Vichy-Regime. Ende August 1944 führten sie zur Befreiung von Paris.

Der Widerstand in Deutschland folgte hingegen einer gänzlich anderen Logik: In einem Land, in dem eine Mehrheit der Bevölkerung den Nationalsozialismus und den Krieg unterstützte, galten bereits passive Resistenz oder Emigration als Ausdruck widerständischen Handelns. In großem Stil organisierte bewaffnete Aktionen gab es nicht, und der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 blieb eine einmalige Ausnahme.

Doch was bedeutet Widerstand heute? Welche Lehren und Schlüsse können wir aus der Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus und seine Verbündeten in Europa heute ziehen? Was

zeichnet eine widerständige Gesellschaft aus? Welche Bedeutung haben Erfahrungen mit Widerstand für die Resilienz einer Gesellschaft? Ist eine gemeinsame europäische Erinnerungspraxis in Bezug auf dieses Thema wünschenswert und wie könnte sie in Zukunft aussehen? Diese und andere Fragen wollen wir im Rahmen der geplanten Veranstaltung aus heutiger europäischer Perspektive betrachten und gemeinsam diskutieren.

Montag, 23. September, 18 Uhr, Rotes Rathaus, Festsaal, Rathausstraße 15, 10178 Berlin: **Vom Anstand des Aufstands. Widerstand und Erinnerung in Polen, Deutschland und Frankreich. Themenabend anlässlich der 80. Jahrestage des 20. Juli 1944, des Warschauer Aufstands und der Befreiung von Paris** mit folgendem Programm:

Grußworte von Florian Hauer, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten und Internationales und Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund, Dr. Harald Roth, Direktor des Deutschen Kulturforums östliches Europa, Potsdam, Impulsvortrag von

Prof. Dr. Peter Oliver Loew, Historiker, Direktor des Deutschen Polen-Instituts, Darmstadt, Podiumsgespräch: Dr. Fabien Théofilakis, Historiker, Université Paris 1 Panthéon Sorbonne/Centre Marc Bloch, Berlin, Prof. Dr. Johannes Tuchel, Politikwissenschaftler, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, Prof. Dr. Karolina Wigura, Soziologin, Stiftung Kultura Liberalna, Warschau/Zentrum Liberale Moderne, Berlin, die Moderation übernimmt Prof. Dr. Katrin Steffen, Historikerin, University of Sussex. Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist erforderlich. Bitte melden Sie sich bis zum 20. September per E-Mail: deutsches@kulturforum.info oder per Telefon (0331) 200 98-0 an. Eine Veranstaltung des Deutschen Kulturforums östliches Europa, der Senatskanzlei des Landes Berlin und des Deutschen Polen-Instituts in Kooperation mit der Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand, dem Centre Marc Bloch, dem Weimarer Dreieck e.V., der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin und dem Deutsch-Polnischen Haus im Rahmen der Kampagne #63Tage. PM



Anfang Oktober 1944: Aufständische in Warschau Foto: Muzeum Powstania Warszawskiego/Foto: Wiesław Chrzanowski „Wiesław“

TRAKEHNER VEREIN

„Queen Dalera“ tanzt noch einmal

Der 62. Trakehner Hengstmarkt im November bietet der Olympionikin eine Bühne

Die Trakehner Stute TSF Dalera BB ist das beste Dressurpferd der Welt. Auf der Höhe ihres Erfolges darf die „Königin der Olympischen Reiterspiele von Versailles“ jetzt aus dem großen Sport zurücktreten. Mit Jessica von Bredow-Werndl kommt die Dressur-Queen der Superlative exklusiv zum Trakehner Hengstmarkt nach Neumünster – das ist die Chance, das Traumpaar der Dressur noch einmal live zu erleben.

Ihre Gold-Kür zu französischen Chansons bei den Olympischen Reiterspielen in Versailles hat die Welt verzaubert. Die Weltklasse-Konkurrenz zeigte technisch fast perfekte Vorstellungen, Dalera und ihre sympathische Reiterin aber tanzten durch die schwersten Dressurlektionen voller Leichtigkeit und Harmonie. Es war ein Ritt wie von einem anderen Stern, der der Welt zeigte, wie schön Dressurreiten sein kann.

Vier Goldmedaillen bei zwei Olympischen Spielen krönen die Laufbahn der Reiterin aus dem bayerischen Aubenhausen und ihrer Trakehner Stute, eine Leistung, die in der Geschichte so bisher nur eine

weitere Reiterin jemals geschafft hat. Sie sind sechsfache Europameisterinnen, siebenfache Deutsche Meisterinnen, Mannschaftsweltmeisterinnen und zweifache Weltcup-Finalsiegerinnen. Mit fast 60 internationalen Siegen in der höchsten Klasse führt Dalera die Riege der legendären Dressurpferde der jüngeren Zeit an, und zwar vor vierbeinigen Superstars wie Totilas, Bella Rose oder Valegro.

Jetzt kommt das beste Dressurpaar der Welt ein letztes Mal nach Neumünster. Alle Pferdefreunde können Dalera und Bredow-Werndl noch einmal live erleben beim Trakehner Hengstmarkt. Gemeinsam mit ihrem ebenfalls international in der Dressur-Weltspitze erfolgreichen Bruder Benjamin Werndl nimmt Daleras Reiterin das Publikum bei zwei exklusiven Abendveranstaltungen mit auf „Die Reise vom Jungpferd zum Grand Prix-Star“. Höhepunkte ihres Programms werden die Auftritte von TSF Dalera BB und ihrem Bruder TSF Dallenio v. Millennium, der mit Werndl bereits international Grand Prix erfolgreich ist. Dieses Erfolgsquartett um „Queen Dalera“ live aus nächster Nähe, das



Im November tanzt das beste Dressurpaar der Welt in Neumünster noch einmal live für seine Fans: TSF Dalera BB und Jessica von Bredow-Werndl Foto: Stefan Lafrentz

gibt es so nur bei den Trakehnern – am Mittwoch, den 27. und Donnerstag, den 28. November.

Ende August gab Bredow-Werndl bekannt, dass ihr Herzenspferd keine Turniere mehr gehen

wird, 17 Jahre jung, topfit, nach sieben gesunden Jahren im internationalen Spitzensport. In den Hols-

tenhallen tanzen sie noch einmal für ihre Fans. TSF Dalera BB v. Easy Game stammt aus der Zucht der 2023 verstorbenen Silke Druckenmüller und steht im Besitz von Beatrice Büchler-Keller – zuhause bleibt die Trakehner Stute ihr Leben lang in Aubenhausen bei ihrer Reiterin. Die beschreibt sie als extrem intelligent, menschenbezogen und verschmust – und im Rampenlicht als Rockstar, der alles für seine Reiterin gibt.

Beim 62. Trakehner Hengstmarkt rockt das Paar noch einmal die Holstenhallen in Neumünster. Vom 27. bis 30. November sorgen zudem die Hengstkörung, Auktionen und ein grandioses Rahmenprogramm mit großer Gala-Schau am Freitagabend dafür, dass hier einmal mehr der wohl schönste Körplatz der Welt gefeiert wird. PM

● **Kartenbestellungen** für „Die Reise vom Jungpferd zum Grand Prix-Star“ und den 62. Internationalen Trakehner Hengstmarkt sind möglich unter www.trakehner-verband.de oder über die Holstenhallen Neumünster GmbH, E-Mail: lisa.gerversmann@holstenhallen.com, Telefon: 0 43 21 – 91 00.

KÖNIGSBERG

Reichsautobahn als komfortabler Handelsweg

Erst wurde die Strecke von Berlin nach Königsberg aufwendig gebaut, dann wieder gesprengt, als die Rote Armee nahte

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden die uralten und nur schwer zu befahrenden Handelswege zwischen Berlin und der litauischen Grenze zu befestigten Chausseen ausgebaut. Mit der Zunahme des Kraftfahrzeugverkehrs reichten diese jedoch nicht mehr aus. Deshalb legte die Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau (STUFA) 1926 einen Entwurf für ein 10.630 Kilometer langes „Kraftwagenstraßennetz“ vor, der auch Verbindungen nach Ostpreußen vorsah, aber zunächst keine Chance auf Realisierung hatte.

Stattdessen kam es 1932 zur Ausweisung der Fernverkehrsstraße 1 (ab dem Jahr 1934 Reichsstraße 1), welche von Aachen über Berlin und Königsberg bis nach Eydtkuhnen führte, wobei der Verlauf durch den Polnischen Korridor ein rein hypothetischer war, weil die Regierung in Warschau hierbei jegliche Kooperation verweigerte. Ansonsten behinderten auch die vielen Ortsdurchfahrten den Fernverkehr auf der Strecke, weswegen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten eine Autobahn zwischen Berlin und Königsberg in Angriff genommen wurde.

Aus Sparsamkeit einspurig

Die Bauarbeiten an den zukünftigen Reichsautobahnabschnitten 54 zwischen Berlin und Stettin sowie 56 zwischen Elbing und Königsberg begannen im Frühjahr 1934, nachdem der ostpreußische NSDAP-Gauleiter Erich Koch am 19. Dezember 1933 bei Pomehrendorf unweit von Elbing den ersten Spatenstich getan hatte. Während die beiden Strecken Gestalt annahmen, gab es Überlegungen, die Autobahn über das Gebiet der Freien Stadt Danzig oder die schmalste Stelle des Polnischen Korridors zu führen, um eine Verbindung zwischen den Teilstücken in Pommern und Ostpreußen zu erreichen. Allerdings stieß auch dies wiederum auf



Bauarbeiten an der Reichsautobahn Berlin - Königsberg: Im Bild der Abschnitt Berlin-Stettin, bei Penkun, wo Arbeiter 1936 die Fahrbahndecke herstellen und die Fugen mit Teer befüllen
Foto: akg images / holzmann-bildarchive.de/HDB

den strikten Widerstand der polnischen Behörden.

Am 27. September 1936 wurde die zweispurig ausgelegte Strecke bis Stettin-Süd für den Verkehr freigegeben. Und nach der Fertigstellung der zwei, jeweils über 200 Meter langen Brücken über die Oder konnte der Verkehr dann ab dem 31. Juli 1937 auch bis zur Anschlussstelle Hornskrug rollen. Die Übergabe des aus Sparsamkeitsgründen einbahnig errichteten, 92 Kilometer langen Teilstückes zwischen Elbing und Königsberg erfolgte hingegen am 12. Juni 1938. Das östliche Ende lag dabei am Übergang zur Reichsstraße 128 zwischen dem Ostseebad Cranz und Ortelsburg unweit der Palmburger Brücke.

Diese vierspurige Straßenbrücke mit zwei Brückenarmen von je 633 Metern Länge, welche den Alten und den Neuen Pregel überspannte, war damals die größte Stahlbetonbrücke im Deutschen Reich. Am 3. Dezember 1938 fand dann außerdem auch noch die Verkehrsfreigabe der 4,4 Kilometer langen Umgehungsstrecke Elbing-Ost-Elbing-West statt.

Veto aus Warschau

Nach der Zerschlagung der „Rest-Tschechei“ und der Wiedereingliederung des Memellandes im März 1939 verlangte Hitler zum zweiten Male eine exterritoriale Fernstraßen- und Eisenbahnverbindung quer durch den Polnischen Korridor, wel-

che aufs Neue von Warschau abgelehnt wurde, womit auch die geplante Autobahnstrecke von Elbing nach Danzig hinfällig wurde. Trotzdem gab es zu Beginn des Zweiten Weltkrieges noch insgesamt drei Bauabschnitte.

Zwangsarbeiter im Einsatz

Im Bereich des ersten erfolgte ein einbahniger Vortrieb der von Berlin kommenden Strecke über die 41 Kilometer zwischen Hornskrug und Stargard. Im zweiten liefen Arbeiten zur Verlängerung der Autobahn bis Cranz an. Und der dritte Bauabschnitt lag zwischen Königsberg und Insterburg. Fertiggestellt wurde jedoch nur das Stück bis Stargard. Das resultierte

daraus, dass dieses nicht unter die Bausperren für Reichsautobahnen fiel, welche am 2. Oktober und 1. November 1939 in Kraft traten. Im weiteren Verlauf des Zweiten Weltkriegs fanden dann nur noch Kleinarbeiten in Pommern statt. Darunter fielen vor allem Erdaushübe und Rodungen sowie die Errichtung von Brückenfundamenten oder Entwässerungsanlagen, bei denen Kriegsgefangene und polnische Zwangsarbeiter zum Einsatz gelangten.

Von Barnim bis Pomellen

Der Vormarsch der Roten Armee zu Beginn des Jahres 1945 hatte dramatische Auswirkungen auf die Bausubstanz der zum Teil fertiggestellten Autobahn Berlin-Königsberg. So wurden sowohl die Pregelbrücke bei Königsberg als auch die Oderbrücken bei Stettin gesprengt, um den Feind aufzuhalten. Später rollten die Fahrzeuge der Roten Armee dann über die Autobahn nach Westen, was zu vielerlei Schäden am Straßenbelag führte. Zuvor war es den deutschen Flüchtlingen aus Ostpreußen und Pommern strikt verboten gewesen, die Betonbahnen zu benutzen, denn diese sollten ausschließlich dem Verkehr der Wehrmacht dienen.

Heute liegen die instandgesetzten Teilstücke der ehemaligen Reichsautobahn Berlin-Königsberg auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland und Republik Polens sowie in dem zur Russischen Föderation gehörenden Königsberger Gebiet und werden vielfach befahren. Der bundesdeutsche Streckenabschnitt firmiert nun als Bundesautobahn 11, die vom Dreieck Barnim bis zum Grenzübergang Pomellen führt. Dem schließen sich in der Republik Polen und der Russischen Föderation die Autostrada 6, Droga ekspresowa S22 und R516 an, wobei in Heiligenbeil-Rehfeld [Grzechotki-Mamonowo] ein Grenzübergang zwischen dem südlichen Ostpreußen und dem Königsberger Gebiet eingerichtet wurde.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Polen übernimmt Hauptmann kampflos

Der Nobelpreisträger wird in der Heimat entdeckt und in Deutschland abgelegt

180 Jahre ist es her, dass im schlesischen Peterswaldau [Pieszyce] und Langenbielau [Bielawa] im Eulengebirge ein Weberaufstand ausbrach, der vom preußischen Militär niedergeschlagen wurde. Die Weber beklagten elf Tote und 20 Verletzte. Diese „Hungerrevolte“ machte der schlesische Nobelpreisträger Gerhart Hauptmann zum Thema seines Dramas „Die Weber“, dessen Uraufführung am 25. September vor 130 Jahren in Berlin stattfand und aufgrund dessen Kaiser Wilhelm II. vor Wut seine Loge im Berliner Deutschen Theater kündigte.

Beide Gedenkjahre, 1844 und 1894, macht das niederschlesische Webermuseum in Landeshut in Schlesien [Kamienna Góra] zum Thema der diesjährigen Europäischen Tage des Kulturerbes am 14. September. „Die Notlage der schlesischen Weber im 19. Jahrhundert war Gegenstand zahlreicher literarischer Werke, die heute in Vergessenheit geraten sind“, heißt es in der Projektbeschreibung des Landeshuter Webermuseums. Den Teilnehmern des „Erbetags“ werden Gedichte und Dramenfragmente präsentiert, „die an das Phänomen der Poesie zum Thema Weberei und das Elend der Weber erinnern“, versprechen die Organisato-

ren. So wolle man Werke schlesischer Autoren, die sich mit der Arbeit der Webereien am Ende des letzten Jahrhunderts in Schlesien beschäftigten, dem polnischen Publikum in ihrer Sprache vorstellen.

Im Zentrum der Webertradition im oberschlesischen Neustadt O.S. [Prudnik] ist das Thema Gerhart Hauptmann und die Weber bereits seit mehr als zehn Jahren präsent. Ähnlich wie in Niederschlesien wurde auch in Neustadt nach Kriegsende die Bevölkerung fast vollständig ausgetauscht, und so muss auch dort viel Aufklärungsarbeit geleistet werden, damit die polnische Bevölkerung das deutsche Erbe verstehen und annehmen kann. Neustadt war ein wichtiges Zentrum der schlesischen Weberindustrie, dort lebte zudem Gerhart Hauptmanns Mäzen und Freund – der Textilmagnat Max Pinkus. „Was Hauptmann und Pinkus verbindet, ist ihr Interesse an den Verhältnissen der Weber. Sie taten es jedoch aus unterschiedlichen Perspektiven“, sagt Urszula Rzeplińska, Autorin und Publizistin, die mehr als 20 Jahre Museumsleiterin in Neustadt war. Hauptmann beschreibe den Widerstand der Weber gegen die Mechanisierung der Weberindustrie und den Verlust ihrer Arbeitsplätze sowie Absatz-



Marcin Domino (Mitte) hält das Gedenken an Gerhart Hauptmann im Neustädter Zentrum der Webertradition hoch
Foto: Wagner

märkte, während Pinkus als ihr Arbeitgeber „diese Probleme zu minimalisieren versuchte“. Noch bevor sie in Pension ging, konnte im Neustädter „Weberzentrum“ eine Dauerausstellung eingerichtet werden, die die enge Beziehung Hauptmanns zu Pinkus dokumentiert. Der hat zusammen mit Wiktor Ludwig die erste Hauptmann-Biografie herausgegeben und

Hauptmann setzte seinem Gönner Pinkus ein literarisches Denkmal. „In seinem zweiten Drama ‚Vor dem Sonnenuntergang‘ war der Hauptheld, ähnlich wie Pinkus, Fabrikant, Bibliophile, und er war reich. Hauptmann war sehr oft in der Pinkusvilla in Neustadt zu Gast“, berichtet Germanist Marcin Domino. Der Neustädter ist stolz, an der Dauerausstellung mit-

gewirkt zu haben. Darin wird unter anderem gezeigt, wie der Textilmagnat und Kunstsammler Pinkus wohnte. Anhand von Fotografien ist selbst sein Schlafzimmer nachgebaut worden. „Pinkus war begeistert vom Leben und Schaffen Hauptmanns, und weil er für ‚Die Weber‘ den Nobelpreis erhielt, muss diese Tatsache gerade in Neustadt – der Weberstadt – auf Schritt und Tritt publik machen werden.“

Die Thematik der Werber sei heute noch relevant, so Germanist Tomasz Cel, weil auch heute Menschen ausgeschlossen oder am Rande der Gesellschaft stünden, „auch heute leben wir in Zeiten großer Umbrüche durch die Digitalisierung, die Rationalisierung der Beschäftigten, und es gibt ein starkes Bedürfnis, darüber zu sprechen“, sagt Cel. „Deutsche Studenten der Geisteswissenschaften kennen Hauptmann nur noch vom Hörensagen, und es ist schade, dass Hauptmann in Vergessenheit geriet“, bedauert er. Und dieser Zustand wird sich weiter potenzieren. Vor wenigen Tagen gab etwa das Gerhart-Hauptmann-Theater in Görlitz und Zittau unmittelbar am Grenzfluss der Lausitzer Neiße bekannt, seinen Namen ablegen und sich nach einem Sponsor benennen zu wollen. *Chris W. Wagner*

LEGENDÄR

Varzin – hier wurde Weltpolitik gemacht

Eingebettet in Hinterpommerns Landschaft kann man auch heute auf Bismarcks Spuren unterwegs sein

VON TORSTEN SEEGERT

Wer in Hinterpommern unterwegs ist, kommt an einem Besuch im Bismarckschen Varzin nicht vorbei. So nutzten wir an einem der Tage von Rummelsburg aus die Gelegenheit, um dem ehemaligen Rittergut (das übrigens nicht als „Warzin“ ausgesprochen wird) einen Besuch abzustatten.

Im Schlauer Land gelegen, unweit von Wipper und dem fischreichen Lantowsee entfernt, war es fraglos ein Paradies mit dem Herrenhaus, Nebengebäuden und einem waldartigen etwa 470 Morgen großen Park. Hier war Otto von Bismarck, der erste Reichskanzler, irgendwie allgegenwärtig. Die Vorstellung fiel nicht schwer, dass der Fürst einst zu Wagen, zu Pferd oder zu Fuß das Umfeld durchstreifte und im Sommer Ruhe und Erholung suchte. Schließlich gab er diesem zuvor unbedeutenden Flecken erst seine auch für die Nachwelt historische Gewichtung. Aufgeladen wurde diese zusätzlich durch Ereignisse, die immer wieder die Ruhe dieses Ortes durchbrechen sollten – wie am 11. Juli 1870, als Bismarck hier den Befehl von seinem König erhielt, nach Ems zu kommen.

Schon damals im Fokus der Presse

Schon damals gab es übrigens ein großes Interesse der Presse an der Politik. Und so reisten auch bereits zu jener Zeit in- und ausländische Korrespondenten nach Schlawe, um den einen oder anderen Eindruck von Varzin zu sammeln und ihre Korrespondenz im Anschluss etwas anzureichern und auszuschnücken, um das Interesse der Leser zu befriedigen. Auch damals war schon mancher Bericht frei



Ehemals Bismarckscher Besitz: In dem damaligen Rittergut ist heute eine Forstschule untergebracht. Das Arbeitszimmer Bismarcks kann besichtigt werden

erfunden, denn Schlawe lag immerhin drei Meilen von Varzin entfernt, und wenn Bismarck hier weilte, wurde das Herrenhaus auch noch von der Außenwelt durch die Polizei abgesichert. Ein Zugang war so nur für amtliche und persönliche Gäste des Fürsten möglich.

Aus diesem Grund musste man sich schon zu jener Zeit etwas einfallen lassen, um nach Varzin zu kommen und vielleicht auch noch einen Blick in das Herrenhaus werfen zu können. So trug es sich übrigens zu, dass ein Herr Gutzzeit die Gunst der Stunde nutzte, als ein Kutscher einen Kreisrichter nach Varzin fahren sollte, um die Untersuchung über den Selbstmord eines Bediensteten Bismarcks aufzunehmen. Dass diese Mitfahrgelegenheit nach dem Anschlag von Eduard Kullmann am

13. Juli 1874 auf Bismarck nicht selbstverständlich war, liegt auf der Hand – Gutzzeit hatte aber das Glück, nach Varzin zu kommen und einen Blick in das Herrenhaus zu werfen.

Ähnlich ging es auch uns vor langer Zeit. Denn eine der Begegnungen auf Varzin ließ uns einst mit Peter Manka, dem damaligen „Schlossherren“ der heutigen Fachschule für Forstwirtschaft, bekannt werden. Und so wurde uns das bereits damals in einem guten Zustand befindliche ehemalige Rittergut und sein direktes Umfeld ausführlich gezeigt. Teil der Führung beinhaltete natürlich auch die Eiche, unter der Bismarck mit den Außenministern von Österreich-Ungarn, Gustav Kálnoky, und Russland, Nikolai K. de Giers, verhandelt haben soll.

Das Herrenhaus selbst, mit seinem Turm, der das Treppenhaus zur Erschließung der weiteren Etagen beherbergt, ist noch immer beeindruckend. Im Inneren lassen sich auch noch einige Spuren der Familie von Bismarck finden, denn eingelassen in den Fußboden ist bis heute das Wappen des Fürsten. Uns hatte es damals allerdings die Geschichte des Mausoleums angetan.

Das Mausoleum gibt es nicht mehr

Wir machten den Anstieg zum Kleinen Richtberg. Angekommen, ließen sich immerhin noch die Überreste des Mausoleums in dem Wäldchen finden. Leider sind es aber nur noch die Fundament- beziehungsweise Grundsteine des einstigen Gemäuers. Eine Begehung ist aber möglich. Und da sich die angesprochenen Steine noch dem Grundriss zuordnen lassen, kann man zumindest noch eine Vorstellung zum einstigen Bau entwickeln.

In den 1950ern soll übrigens alles oberhalb dieser Grundmauern in die Luft geflogen sein. So bleibt dem Betrachter heute nur noch eine vage Vorstellung vom Mausoleum, was ein altes Foto aus der Sammlung von Ilse Brendel einst dokumentierte. Bewegend war der Besuch dennoch gewesen, und er ist zum Teil der Erinnerungen an Varzin im Schlauer Land geworden.

Bismarck und Pommern: Das ist eine Geschichte für sich. Neben Bismarck-Türmen, die seinerzeit in Greifswald, Heringsdorf, Stettin, Pollnow oder Schivelbein errichtet wurden, gibt es neben Varzin weitere Orte, wie Kniephof, wo er Jahre seiner Kindheit verbrachte, oder Putbus („Putbuser Diktate“), die sich direkt mit dem Leben von Bismarck verbunden haben.

LEBENSART

Stralsund als Mekka der Bierbrauer

Mit Störtebekers Bier erlebt die Hansestadt eine erneute Blüte des Brauhandwerks

Stralsund, die Heimat des Bismarckherings, hat auch eine weitere Tradition: das Brauhandwerk. Bier war in den vergangenen Jahrhunderten Grundnahrungsmittel, sogar für Kinder, da es nahrhaft, rein und durch den Brauprozess sauber war. Ganz anders sah es damals mit dem Trinkwasser aus, das oft ungenießbar und verkeimt war und Krankheiten übertrug. Überrigens unterstützte der Hopfen durch die enthaltene Substanz Lupulin die bakterienhemmende Wirkung und machte es haltbarer und transportfähiger. Daher gab es allein in Stralsund im 13. Jahrhundert über 220 Braugerechtigkeiten.

Das änderte sich natürlich, und mit dem politischen Umbruch 1989 gab es in Vorpommern beispielsweise nur noch den VEB Stralsunder Brauerei und den VEB Greifswalder Brauerei, beide vor allem bekannt durch ihr Helles. Wer jedoch in den Genuss des Bieres kam, hätte wohl eher den „Greifen Bieren“ eine Perspektive auf dem gesamtdeutschen Markt zugeutraut – doch es kam anders.

Mit der Übernahme der Stralsunder Brauerei durch die Unternehmensgruppe Nordmann im Jahr 1991 wurde das Brauhandwerk zu einer Blüte geführt, die wohl von den wenigsten so erwartet wurde. Wurden zu DDR-Zeiten etwa noch 100.000 Hektoliter Bier abgesetzt, fiel in den 1990er Jahren der Absatz und brach zeitweise bis auf 10.000 Hektoliter Bier (1995) ein. Seither steigt er jedoch wieder

und gewann vor etwa 14 Jahren an Dynamik – so wurden 2018 bereits 248.000 Hektoliter abgesetzt. Die Brauerei ist zudem seit dem Jahr 2012 Mitglied der Freien Brauer, einem Zusammenschluss von 46 mittelständischen privaten Familienbrauereien.

Immer beliebt: Wettbewerbe

Auffällig auch die Angebotspalette an Bieren, die stetig durch innovative Brauspezialitäten erweitert wurde. Parallel dazu

hat man auch neue Standards – wie bei der Verpackung – gesetzt, ist auch bei alkoholfreien Getränken gut aufgestellt und hat mit der Übernahme der Brennerei in Alt Reddevitz auf der Halbinsel Mönchgut (Rügen) begonnen, sich um Spirituosen wie Single-Malt-Whisky, Rum oder Gin zu erweitern. Dabei erfährt auch das Erleben beziehungsweise die Erlebniswelt bei den nun als Störtebeker Braumanufaktur GmbH firmierenden Braumeistern eine zunehmende Gewichtung.

Neben Brauereiführungen mit Verkostung gehört zu dieser Störtebeker-Welt auch ein Wettbewerb, der längst neue Impulse für die Stralsunder Brauer setzt: die Deutsche Meisterschaft der Hobbybrauer. Sie erfolgte am vergangenen Wochenende bereits zum achten Mal in der pommerschen Hansestadt. Und der Wettbewerb ist durchaus nicht ohne Bedeutung. Der Deutsche Meister des letzten Jahres, Johannes Landwehr aus Würzburg, braute ein „New England IPA“, mit dem er sich in Stralsund gegen 170 Konkurrenten durchsetzte. Sein Siegerbier ist inzwischen Teil der aktuellen Angebotspalette der Störtebeker-Biere geworden.

Im diesjährigen Wettbewerb, dessen Finale am vergangenen Sonnabend erfolgte, gab es allerdings ein enges Kopf-an-Kopf-Rennen. Die Herausforderung: Es sollte ein belgisches Blond Ale gebraut werden. Das Bier mit höherem Alkoholgehalt sollte einen weichen Körper, harmonische Aromen und hohe Trinkfreude erzielen. Am Ende konnte sich Florian Nahrwoldt aus Hamburg gegen Florian Rothballer aus Erdweg und Adrian Ratski, ebenfalls aus Hamburg, durchsetzen. Vor etwa 800 Freunden des Bieres konnte er den Siegerpokal entgegennehmen und in den pommerschen Himmel strecken.

Nun folgt ein Brau-Tag in Stralsund, bei dem das Bier nachgebraut wird und in die Produktion geht.



Sein Bier errang den Preis: Florian Nahrwoldt aus Hamburg (l.) hat an der Deutsche Meisterschaft der Hobbybrauer teilgenommen und gewonnen

Foto Hennke

● MELDUNGEN

Kulturtagung, Segler und Festungsbau

Stettin – Am vergangenen Sonntag machte der Dreimaster „Alexander von Humboldt II“ in der Hafenstadt fest und ermöglichte in der Zeit zwischen 17 und 19 Uhr einen Besuch an Bord. Das 2011 getaufte Segelschiff gilt als einzigartige Bark in ihrer Klasse und bietet das Mits segeln auf Nord- und Ostsee an. TS

Lübeck-Travemünde – Die Kulturtagung der Pommerschen Landsmannschaft findet am Wochenende des 5. bis 6. Oktober im Hotel „Grüner Jäger“ statt. Themen sind unter anderem 200 Jahre landesgeschichtliche Forschung und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. TS

Kolberg – Vom 14. bis 21. September findet das Bundestreffen der Kolberger Heimatkreise und deren Freunde wieder in Kolberg statt. Treffpunkt ist das Hotel New Skanpol. Ansprechpartnerin für das Zimmerkontingent „Ernst Schroeder“ ist Frau M. Bylica. Kontakt: m.bylica@newskanpol.pl TS

Wolgast – Anlässlich des 900. Jubiläums der Missionsreisen des Bischofs Otto von Bamberg nach Pommern treffen sich vom 11. bis 13. Oktober Interessierte zu einer Fachtagung unter dem Titel „Mission in eine Welt im Wandel“. Anmeldung bitte unter: brondke@usedom-peene.de TS

Altdamm – Der Stettiner Aero-Club hat am vergangenen Sonnabend zwischen 11 und 19 Uhr zu einem sogenannten Fly-Day-Picknick eingeladen. Teil des Programmes waren Rundflüge über Stettin, Fallschirmsprünge, Segel- und Gleitschirmflüge. Der Star des Tages: ein Doppeldecker AN-2. TS

Pasewalk – Auf der „32. Leistungsschau für Vorpommern“ mit den Schwerpunkten Handel, Handwerk und Dienstleistungen präsentierten sich am vergangenen Wochenende knapp 100 pommersche Aussteller – unter ihnen die Firma Birkenstock vom Industriepark Berlin-Stettin. TS

Kaseburg – Mitten in einem Natura-2000-Gebiet der Insel Kaseburg, südlich der Insel Wollin am Großen Haff, sind am vergangenen Wochenende Hunderte deutscher Techno-Fans angereist, um ein Achterland-Festival (Eintrittspreis: 79 Euro) zu veranstalten. Die Polizei griff mehrfach ein. TS

Anklam – Die Bundesstraße B110 wurde am 7. September bei Görke durch eine Demonstration blockiert. Dazu aufgerufen hatte der Bürgermeister von Stolpe. Seit über 20 Jahren kämpfen die Pommern für mehr und bessere Radwege durch das Peenetal. Eine weitere Demonstration ist für den 15. September geplant. TS

Stettin – 1724, also vor 300 Jahren, begann der Bau der Festung Stettin. Anlässlich des runden Jubiläums der preußischen Festung, die von dem niederländischen Militäringenieur Gerhard Cornelius van Wallrave entworfen wurde und die Stadtplanung und Architektur der Stadt nachhaltig prägte, veranstaltet die Touristinformation Stettin am 21. September um elf Uhr eine Führung. Eintrittskarten können im Pavillon der Touristeninformation am Königsplatz [pl. Żołnierza Polskiego 20] erworben werden. BS

„Machen Sie mich weiter unglücklich!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

Der immigrationspolitische Amoklauf von Ex-Kanzlerin Angela Merkel im Rahmen von ‚Wir schaffen das‘ holt uns nahezu täglich ein“

Claus Reis, Schwabach in Franken
zum Thema: Es reicht! (Nr. 35)



Ausgabe Nr. 35

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

LEIDENSGENOSSEN

ZU: ERBAUER SINFONISCHER KATHEDRALEN (NR. 35)

40 Jahre nach seinem Tod wurde Anton Bruckner vom nationalsozialistischen Regime als einer der wichtigsten deutschen Komponisten gefeiert. Doch wie kam es zur Verehrung Bruckners durch die Nazis? Einer der Hauptgründe war schlichtweg, dass Adolf Hitler selbst ein großer Anhänger der Musik Bruckners war und sich geradezu mit ihm identifizierte. Mit Akribie suchte Hitler Gemeinsamkeiten zwischen seiner und Bruckners Biographie. Er sah in dem Komponisten eine Art Leidensgenossen, was das Leben in Wien betraf. Seiner Meinung nach wurden sie beide von der „feinen Wiener Gesellschaft“ ignoriert und als Außenseiter wahrgenommen. *Peter Faethe, Bad Pyrmont*

KEIN DRUCK AUF KIEW?

ZUM KOMMENTAR: NORD-STREAM-FRAGEN (NR. 34)

Selbst wenn man der offiziellen Version Glauben schenken mag, wonach die US-Regierung nicht unmittelbar an dem Anschlag auf Nord Stream beteiligt war, stellt sich die Frage nach den Konsequenzen. Wie kann es sein, dass Polen sich weigerte, den Haftbefehl gegen Wolodymyr Z. zu vollstrecken, und diesen unbehelligt ausreisen ließ? Wurde der polnische Botschafter in Berlin zur Unterredung ins Auswärtige Amt einbestellt, um diesen wohl einmaligen Vorfall aufzuklären? Fehlzanzeige!

Das Verhalten Warschaws, welches nicht am Anschlag auf Nord Stream, sondern in dessen Bau den Skandal sieht, sollte Berlin mehr als nachdenklich stimmen, ob die Ausreise des mutmaßlichen Täters in die Ukraine fahrlässig oder vorsätzlich geschah. Da sich dieser jetzt in der Ukraine aufhält, sollte eine Auslieferung doch kein Problem darstellen. Immerhin ist die Ukraine ein Aspirant auf die EU-Mitgliedschaft und enger Verbündeter der Bundesrepublik, womit die uk-

rainischen Behörden Amtshilfe bei der Überführung des Verdächtigen leisten könnten. Es wäre ein kleiner Gefallen gegenüber jenem Land, welches durch Unsummen an Zahlungen und Waffenlieferungen die Ukraine zusammenhält.

Warum sollten wir nicht auch einmal von der ansonsten ziemlich einseitigen Nutznießerschaft dieser Kooperation profitieren? Dem Angeklagten erwartet hier schließlich keine Folter oder unmenschliche Behandlung, sondern ein rechtsstaatliches Verfahren. Zumal dieser auch Ukraines Präsidenten Wolodymyr Selenskyj entlasten könnte, welcher einen direkten Befehl zu dementieren versucht.

Längst hätte Berlin Druck auf Kiew ausüben müssen, um die Kooperation der ukrainischen Behörden zu erhalten. Aber die Bundesregierung scheint ebenso wenig Interesse an einer Aufklärung zu haben, weil man diesmal wohl nicht Moskau dafür verantwortlich machen kann, worin der eigentliche Skandal besteht. Denn wer solche Freunde hat, der braucht wahrlich keine Feinde. *Marcel Jacobs, Hamburg*

DIE SCHNÖDE WAHRHEIT

ZUM KOMMENTAR: NORD-STREAM-FRAGEN (NR. 34)

Seit ich Ihre Zeitung lese, geht es mir nicht mehr so gut. Was ist geschehen? Ganz einfach, die schnöde Wahrheit. Jede Woche decken Sie mehr und mehr in diesem Tollhaus auf und sprechen unausgesprochene Tatsachen an. Das Desinteresse in den Regierungsparteien über Angriffe auf unsere Lebensweise schockieren immer wieder aufs Neue. Es ist nicht nur diese Verweigerungshaltung, die einen verzweifeln lässt, es ist dieses aktiv böse Handeln, im Sinne der eigenen illusorischen Ideologie, gegen das Volk. Das Gruseln kommt, der Schlaf flieht und Orwells „1984“ grüßt als Schüler und Lehrer.

Wir Deutschen kennen uns aus. Erst das NS-Regime, dann eine Weiterführung in der SED-Herrschaft, und stets waren es Sozialisten. Wir im Westen gingen 40 Jahre in die Umerziehung der Amerikaner,

haben nach der deutschen Einheit die SED-Taten studiert, um sie jetzt wieder anzuwenden. Bärbel Bohley hatte so recht!

Ich schäme mich so, mit dieser Regierung in Verbindung gebracht zu werden. Sie hat jeden moralischen Kompass verloren. Gewalt- und Vergewaltigungsoffer werden ignoriert. Nichts wird geahndet, kein Rücktritt erfolgt. Stimmt es wirklich: Jedes Volk bekommt die Regierung, die es verdient? Dann Gnade uns Gott.

Ich danke Ihnen trotzdem für die vielen negativen Informationen. Die übrige Medienlandschaft handelt nach der Devise: Wes Brot ich eß, des Lied ich sing. Machen Sie mich weiter unglücklich! Ich hoffe meine Frau erträgt es auch noch eine Weile. *Markus Hauser, Dresden*

METHODISTEN IN OSTPREUSSEN

ZU: FROHE BOTSCHAFT DER METHODISTEN (NR. 34)

Die Ausführungen (über die Pommern-Missionare, d. Red.) sind sehr interessant. Hinzufügen möchte ich, dass über das Wirken der Methodisten im heute polnischen Teil Ostpreußens die Kreisgemeinschaft Lyck in der Landsmannschaft Ostpreußen im Eigenverlag die Schrift „Die christlichen Konfessionen und ihre Gotteshäuser im Kreis Lyck“ herausgegeben hat. Dort wird in einem Kapitel unter anderem über den Aufbau einer Gemeinde in Lyck berichtet.

Besonders nahm sich der methodistische Pfarrer der heranwachsenden Jugendlichen an. Mit der Augsburger Kirche, die erst später die zerstreut wohnenden evangelischen Christen entdeckte, war eine Zusammenarbeit sehr schwierig. *Sigrid Kruschinski, Solingen*

AUS DEM HERZEN GESPROCHEN

ZU: DAS VERKANNTTE OST-GEFÜHL (NR. 34)

Vielen herzlichen Dank! Der Artikel spiegelt genau das (Gefühl) wider und schildert auch die Denkweise der „Ossis“. Sie

sprechen mir aus dem Herzen. Endlich jemand, der versteht und sachlich argumentiert. *K. M., Berlin*

AUSGELIEFERTES DEUTSCHLAND

ZU: DER DIE NATIONALE EINHEIT ERTRÄUMTE (NR. 33)

Es ist verdienstvoll, dass sich die PAZ mit der Persönlichkeit Heinrich von Gagerns, dem ersten Präsidenten der Frankfurter Nationalversammlung, während der Revolution von 1848 auseinandersetzt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der russische Zar, als er von dem Plan erfuhr, erklärt hatte, wenn der preußische König die deutsche Kaiserkrone annimmt, werde er seine Armee in Deutschland einmarschieren lassen. Ob der preußische König diese Entscheidung kannte, ist mir nicht bekannt, aber möglich, denn die Verbindungen nach Russland waren gut.

Jedenfalls lässt die Reaktion Russlands auf die politischen Entwicklungen und Veränderungen in Deutschland nach 1815, 1830 und 1848 erkennen, worum es nach dem Untergang des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation am 6. August 1806 durch den Druck Napoleons auf den habsburgischen Kaiser Franz II. ging: um die Stellung Deutschlands in einem Europa, das von England, Frankreich und Russland kontrolliert, beherrscht und politisch bestimmt wurde.

Metternich ging es 1815 um die Wiederherstellung Europas vor 1789. Das bedeutet, dass dieses Deutschland in der Mitte Europas ohne eindeutige Grenzen den Machtinteressen seiner Nachbarn schutzlos ausgeliefert gewesen wäre. Dieses historische und politische Faktum galt 1848, 1870, 1914, 1939, 1945, 1989/90 – und gilt noch heute.

Aktuell kommt noch hinzu, dass die deutsche Regierung den deutschen Staat innenpolitisch durch Unfähigkeit und ideologisches Denken herunterwirtschaftet und außenpolitisch diesseits und jenseits des Atlantiks fremden politischen Interessen ausliefert.

Klaus Fleischmann, Kaarst

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

THERMALBAD

Neugeboren im Onsen

Dem Trubel in Tokio leicht entfliehen – Ein Ausflug ins grüne Herz Japans mit Nacktbaden in 40 Grad heißem Quellwasser

VON HARALD TEWS

Es heißt, wenn man in Japan einen Stock in den Boden schlägt, blubbert heißes Wasser aus dem Loch empor. Auch wenn das übertrieben ist und keineswegs auf alle Landesteile zutrifft, so soll das mancherorten tatsächlich der Fall sein. Japan liegt in einer vulkanisch sehr aktiven Region, weshalb an vielen Stellen heißes Quellwasser aus dem Boden sprudelt. Die Japaner nutzen das, um in Thermalbädern, die sie Onsen nennen, Leib und Seele baumeln zu lassen.

Natürlich will auch der weitgereiste Europäer solch ein Bad einmal kennenlernen. Tokio, diese von unbändigem Leben erfüllte Megastadt, kann ganz schön fordernd sein für einen Besucher, der so viel Trubel nicht gewohnt ist (siehe PAZ vom 23. August). Stressabbau ist angesagt, und das lässt sich ziemlich gut in den Bergen unweit der Hauptstadt bewerkstelligen.

Dazu muss man Tokio gar nicht verlassen. Zumindest nicht die Präfektur Tokio. Denn die zieht sich geographisch als langes Band hin: beginnend mit flachen Inseln, die weit entfernt im Pazifischen Ozean liegen, und endend mit hohen Gebirgszügen, die westlich im Landesinneren aufragen. Tokio, das ist Stadt – und Land. Verlässt man das urbane Gebiet, ist man nach kurzer Zeit mitten im Grünen. Viele Tokioter nutzen an Wochenenden eine der Regionalbahnen, um zum Beispiel nach Okutama zu fahren, einem kleinen Dorf im Kreis Nishitama, von wo aus sich im hügeligen Terrain entspannte Wandertouren unternehmen lassen.

Für die ungefähr 70 Kilometer lange Strecke vom wuseligen Tokioter Bahnhof Shibuya nach Okutama benötigt man knapp über zwei Stunden. Sobald man mit der Öme-Linie, die ab dem Ort Öme den Spitznamen „Abenteuer-Linie“ trägt, den Beton- und Asphaltschungel der Stadt hinter sich gelassen hat, erlebt man wilde Natur. Die spektakuläre Fahrt für 2200 Yen hin und zurück (rund 14 Euro) führt über viele Brücken und durch Tunnel hinauf ständig am Fluss Tama entlang, der dem Gebiet den Namen gegeben hat



Ein heißes Bad mitten in der Natur: Ein Onsen in der Tokioter Region Tama

Foto: tcvb.or.jp

und der am Internationalen Flughafen Haneda in die Bucht von Tokio mündet.

Links und rechts der Bahnstrecke erhebt sich eine bewaldete Bergwelt in bis zu 1000 Metern Höhe. Man könnte sie als das Mittelgebirge der Präfektur bezeichnen, die sogar einen alpinen Teil mit Seen, Wasserfällen und Kalksteinhöhlen hat. Die höchste Erhebung Tokios ist nicht etwa – wie man denken könnte – der 3800 Meter hohe, stets schneebedeckte Gipfel des Vulkanbergs Fuji, den man bei gutem Wetter von der Hauptstadt aus sehen kann. Denn der liegt außerhalb der Präfektur. Doch auch der etwas über 2000 Meter hohe Kumotori als höchster Gipfel Tokios kann sich sehen lassen.

Von Okutama bis zum Kumotori sind es noch gut 20 Kilometer. Die nehmen erprobte Höhenwanderer in Angriff inklusive Hüttenübernachtungen. Wer es leichter haben will und mit Kindern unterwegs

ist, für den empfehlen sich leichte bis mittelschwere Wandertouren um Okutama herum. Direkt am Bahnhof informiert ein Tourismusbüro über die verschiedenen Touren und händigt Wanderkarten aus.

Erste Überraschung: Organisatorisch unterscheidet dieses verschlafene Nest nichts von der Hauptstadt. Der Verkehr wird genauso stringent geregelt wie beim großen Stadtnachbarn. Wegen Straßenarbeiten sorgt ein Trupp eifriger Ordnungshüter für den reibungslosen Verkehr in der Ortsmitte, in der pro Minute vielleicht zwei oder drei Fahrzeuge vorbeischleichen. Als gut erzogener Passant wartet man natürlich solange, bis man die Erlaubnis zum Überqueren der schon lange unbelebten Straßenkreuzung erhält.

Zweite Überraschung: Es unterscheidet sich doch alles von der Hauptstadt. Kaum ist man auf den Wanderwegen angelangt, ist es menschenleer. Welch ein

Kontrast zum Gewusel an Menschen in den Zentren Tokios! Hier gibt es solch eine Fülle an Wegen, dass man an Wochentagen stundenlang wandern kann, ohne einem anderen Menschen zu begegnen. Empfehlenswert ist der „Therapieweg“, der über eine wackelige Hängebrücke über den Tama hinweg moderat hinauf auf eine Anhöhe führt. Unter mächtigen Kiefer- und Bambusgehölzen befinden sich Ruhestationen, in denen Japaner Entspannungsübungen wie Yoga oder die Sitz-Meditation Zen praktizieren.

Nach einer am Ende doch schweißtreibenden Tour bei sommerlich hoher Luftfeuchtigkeit steht der Sinn des Wanderers aus dem Ausland nach einer anderen Entspannungsmethode: dem Onsen.

Das einen halben Kilometer vom Zentrum Okutamas oberhalb des Tama gelegene Moegi no Yu Onsen ist nach einem kleinen Aufstieg leicht zu erreichen. Aus-

ländische Besucher müssen aufpassen: Gleich am Eingang muss man die Schuhe ausziehen und in Schließfächer stecken. Die Holzpaneele kurz danach darf man nur noch in Socken oder barfuß betreten. Hat man die 950 Yen (6 Euro) Eintritt gezahlt, kommt es noch „schlimmer“: Man muss sich in den Umkleiden vollständig entkleiden. Stoff am Körper ist in den Bädern nicht erlaubt. Man badet nackt im 40 Grad heißen Quellwasser, wobei es zwei nach Geschlechtern getrennte Bäder gibt. Vorher und hinterher duscht man sich ab. Das geschieht jedoch im Sitzen, indem man sich mit einer Schüssel sauberes Wasser über Kopf und Körper gießt.

Für die Japaner ist das Onsen das, was für uns die Sauna ist: man schwitzt. Lange hält man es weder in dem einen noch dem anderen aus. Nach maximal 20 Minuten steigt man aus dem heißen Wasser. Und nach zwei oder drei Gängen stellt sich der Hunger ein. Im Onsen-Restaurant genießt man an den niedrigen traditionellen Tischen knieend oder – aus sittlichen Gründen nur für Männer erlaubt – im Schneidersitz erst eine leckere Mahlzeit für relativ wenig Geld, ehe man der wohligen Müdigkeit nachgibt. Man tut es den Einheimischen nach, die sich an den Tischen auf den mit weichen Tatami-Matten ausgelegten Fußböden im leisen Restaurant, in dem man sich höchstens flüsternd unterhält, für ein Nickerchen flach hinlegen.

Hinterher fühlt man sich tatsächlich wie neugeboren. Japan, das nächste Abenteuer kann kommen!



Alpen-Flair: Fluss Tama bei Okutama

DIGITALES MUSEUM

Bloß nicht im Trüben nach dem Handy fischen

Futuristische Erlebnisswelt im lauwarmen Wasser und zwischen Spiegeln – Die zukunftsweisende Kunst von teamLab Planets in Tokio

Es kommt nicht häufig vor, dass Besucher einer Kunstveranstaltung eine Art Gebrauchsanleitung erhalten. Bei der Tokioter Ausstellung von teamLab Planets ist genau das der Fall. Vor dem Eintritt des Ausstellungsgebäudes erhalten die akkurat in Reihen aufgestellten Besucher die Anweisung, die Schuhe auszuziehen und Hosen bis über die Knie hochzukrempeln, da an einigen Stellen Wasser zu durchqueren sei. Da einige Fußböden zudem auch verspiegelt seien und für Besucherinnen die Gefahr bestünde, unter die Röcke geschaut zu werden, könnten knapp bekleidete Damen einen langen weißen Rock oder ein Höschen käuflich erwerben und in den Umkleiden überziehen.

Das schreckt dennoch Frauen nicht davon ab, sich dieses Technik-Spektakel anzusehen. TeamLab Planets ist seit der Eröffnung 2018 ein Besuchermagnet in Odaiba, einem der jüngsten Tokioter Stadtteile. Dieser ist eine von mehreren künstlich aufgeschütteten Inseln am Hafen, auf denen alles neu ist: der Toyosu-

Fischmarkt, wo man früh morgens nach vorheriger Anmeldung hinter Glasfenstern die berühmte Thunfischauktion mitverfolgen kann und wo im Jahr 2019 ein Blauflossenthunfisch für 2,3 Millionen Euro versteigert wurde, dann die Messe mit ihrer bekannten Antiquitätenausstellung, avantgardistische Gebäude wie das von Fuji-TV, riesige Einkaufszentren und Hotels, ein XXL-Schwimmbad, Parks mit der Nachbildung der New Yorker Freiheitsstatue oder dem 20 Meter hohen beweglichen Manga-Kampfroboter Gundam, der in regelmäßigen Abständen bedrohlich zum Leben erweckt wird. Eine ultramoderne fahrerlose Bahnlinie verbindet diese Insel-Stadtteile, wobei sie die Höhendifferenz zur Überquerung des Hafens auf der Regenbogenbrücke mit einer spiralförmigen Achterbahnfahrt absolviert.

TeamLab Planets fügt sich nahtlos in diese Zukunftswelt ein. Nachdem man also die Schuhe und Taschen in die Schließfächer gepackt, Hosen hochgekrempelt und untenherum für Sichtschutz gesorgt

hat, geht es gegen ein leichtes Gefälle umspült von warmem Wasser hinauf in den ersten Ausstellungsraum. Hier glitzert und spiegelt es in den verschiedensten



Besucherin in unendlichen Kristallwelten

Farben. Dabei schlängelt man sich durch ein Labyrinth von Kristall- und LED-Körpern, die von der Decke hängen, wobei sich durch spiegelnde Böden, Decken und Wände alles vervielfältigt und man selbst zum Teil der Ausstellung wird.

Einflussende Sphärenklänge und Lichteffekte sorgen auch im nächsten Raum für ein Wohlfühlklima. Hier watet man im lauwarmen trüben Wasser, auf das unter anderem Koi-Fische projiziert werden. Auch in dieser bunten digitalen Erlebnisswelt wird ständig auf den Fotoauslöser gedrückt. Verliert man sein Smartphone, so hat man ein Problem: Wer im Wasser danach fischt, könnte einen elektrischen Schlag abbekommen. So oder so wird es sich dann endgültig austelefonieren haben.

Die anderen Räume sind nicht weniger futuristisch. In einem farbigen Bällebad dürfen sich auch Erwachsene mal als Kind fühlen. Rücklings hinlegen tun sich alle in der sphärischen Halbkugel, in der über jedem dann Fische, Vögel und Blüten idyllisch zu schweben scheinen. Wer hier

läuft, könnte wie ein leicht Angetrunkenen ins Taumeln geraten, da diese faszinierenden dreidimensionalen Bilder durch Dreheffekte erzeugt werden.

Erdacht hat sich dieses digitale Abenteuer das internationale Künstlerkollektiv teamLab, das mit „Borderless“ in Tokio eine zweite Ausstellung betreibt. Weitere finden sich in Shanghai oder Singapur. Nachdem das Kollektiv Gastauftritte in London und Helsinki hatte, soll das erste permanente digitale Museum auf europäischem Boden kommendes Jahr in einer modernen Hafencity entstehen, die mit der von Tokio durchaus verwandt ist, nämlich der von Hamburg.

Nach einer knappen Stunde ist der Rundgang in Tokio vorbei. Das Erlebte wirkt bei vielen nach. Einige Frauen vergessen sogar, sich vom neuen Modeaccessoires wieder freizumachen. H. Tews

● Eintrittskarten zu 4200 Yen (zirka 27 Euro) für ein bestimmtes Zeitfenster sind nur online buchbar: www.teamlab.art/de

● FÜR SIE GELESEN

Klassiker der Medienkritik

Im Jahre 1988 publizierten der weltbekannte US-amerikanische Sprachwissenschaftler Noam Chomsky und dessen Landsmann Edward Herman, der ein prominenter Medienanalyst war, das Buch „Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media“, welches nun unter dem Titel „Die Konsensfabrik. Die politische Ökonomie der Massenmedien“ erstmals auch auf Deutsch erschien.

Das Werk gilt als absoluter Klassiker der Medienkritik, in dem Chomsky und Herman die These vertreten, dass die Massenmedien in den Demokratien des Westens machtvolle Institutionen seien, „die eine systemerhaltende Propagandafunktion erfüllen“. Dabei orientierten sie sich an den Kräften des Marktes, weil davon ihre wirtschaftliche Existenz abhängt. Nach Ansicht von Chomsky und Herman gibt es also keine staatliche Zensur, sondern lediglich eine „marktstrukturell vermittelte Zensur“ in Form von Selbstzensur innerhalb der Redaktionsstuben, bei der neben den Verkaufszahlen vor allem auch die Eigentumsverhältnisse von Bedeutung sind.

Selbstzensur innerhalb der Redaktionsstuben

Den beiden Autoren wurde nach der Veröffentlichung ihres Werkes immer wieder vorgeworfen, „Verschwörungstheorien“ zu verbreiten, indem sie behaupteten, dass kleine eigennützige Eliten danach strebten, die Mehrheit der Bevölkerung zu manipulieren und sich dadurch eine goldene Nase zu verdienen. Der genauere Blick auf den Inhalt des Buches, das aufgrund seines frühen Ersterscheinungsjahres mit reichlich veralteten Beispielen aus den 1960er bis mittleren 1980er Jahren aufwartet, offenbart jedoch etwas anderes.

Der zentrale Denkfehler von Chomsky und Herman liegt nicht in der Unterstellung geheimer Machenschaften zulasten der Mediennutzer, sondern im Glauben an die Existenz von zahlreichen unabhängigen Akteuren, die „unter Druck von Seiten des Marktes“ handeln. Denn die Marktmechanismen sind den Medienmachern schon längst gleichgültig geworden, weswegen die Medienarbeit von ganz anderen Faktoren beeinflusst wird.

Denkfehler der beiden Autoren

Wenn es tatsächlich um den Erhalt der Marktposition und das Erzielen von Gewinnen geht, wieso riskieren dann so viele Zeitungen und Zeitschriften oder Fernsehsender einen fortlaufenden Leser- beziehungsweise Zuschauerschwund, indem sie an den Bedürfnissen und politischen Positionen der Mehrheit der Bevölkerung vorbeigaitieren? Die Antwort hierauf ist klar und nicht bei Chomsky und Herman zu finden: Weil die meisten Journalisten zu Aktivisten mutiert sind und die ideologische Erziehung der Massen deshalb weit vor dem ökonomischen Erfolg rangiert.

Wolfgang Kaufmann



Edward Herman/Noam Chomsky: „Die Konsensfabrik. Die politische Ökonomie der Massenmedien“, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2023.

707 Seiten, broschiert, 44 Euro

BILDBAND DER WOCHE



Von der Medizin zum Naturschutz

Botanische Gärten im Wandel der Zeit. Deborah Trentham beschreibt an 40 Beispielen die Geschichte dieser Anlagen

FOTO: IMAGOPHOTOS

Üppige Naturschönheiten treffen auf neueste wissenschaftliche Entwicklungen. So charakterisiert die Autorin Deborah Trentham botanische Gärten, die sie anhand von 40 Beispielen in ihrem reich bebilderten Buch „Botanische Gärten der Welt“ beschreibt. Vorläufer gab es

schon in der Antike, das Buch konzentriert sich jedoch auf die Zeit der Renaissance bis heute. Dienten die Gärten damals vorwiegend der Medizin, so dienen sie heute als Orte der Erholung und des Naturschutzes. Leider erschwert die schwache Schrift das Lesen der Texte. MRK



Deborah Trentham: „Botanische Gärten der Welt. Geschichte. Kultur. Bedeutung“, Midas Verlag, Zürich und Berlin 2024, gebunden, 264 Seiten, 34 Euro

BELLETRISTIK

Spurensuche in den Wäldern

Arno Surminski schildert die traurige Geschichte eines Spätheimkehrers und einer Vertriebenen, welche die Liebe zu Bäumen verbindet

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Rechtzeitig zum 90. Geburtstag des bekannten und beliebten ostpreussischen Schriftstellers Arno Surminski hat der Hamburger Ellert & Richter Verlag dessen neuen Roman veröffentlicht. „Von den Wäldern. Roman einer Heimkehr“ handelt von dem Spätheimkehrer Gerd Wolters, der als Kriegsgefangener elf Jahre lang in einem russischen Holzfällerlager in der waldreichen Teilrepublik Tschuwaschien ohne jede Nachricht von zu Hause schuften musste.

Bei seiner Rückkehr im Jahr 1955 findet er ein völlig anderes Deutschland wieder als jenes, das er verlassen hatte, als er eingezogen wurde. In seinem Heimatort Aschenfehn an der niederländischen Grenze erwartet ihn eine vernichtende Nachricht: Sein Wohnhaus steht nicht mehr, seine Frau Annalena fiel einem kanadischen Bombenangriff zum Opfer und sein Sohn Siegfried, der den Angriff zwar überlebt haben soll, gilt seitdem als verschollen. Niemand kann sich an den Jungen oder an sein weiteres Schicksal erinnern. Wolters, dessen Mission fortan die Suche nach seinem Sohn ist, fühlt sich von seiner Umwelt verstanden und wird immer mehr zum Außenseiter.

Eines Tages kreuzen sich die Wege von Wolters und der „Waldfrau“ Linda. Sie begegnen sich in der Natur, als die unahnbare Frau gerade Bäume umarmt. Beide entdecken bei aller Verschiedenheit

ihrer Charaktere und Lebenserfahrungen eine Gemeinsamkeit: die Liebe zum Wald. Wolters lernte in Russland die Namen der verschiedenen Bäume kennen, in ihnen fand er stets Trost. Für Linda, die aus Prag stammt und dort als junges Mädchen beim Einmarsch der Russischen Armee Schlimmes erlebte, bedeutet die Beschäftigung mit Bäumen ebenfalls Heilung von erlittenem Seelen Schmerz.

Gemeinsam reisen sie nach Kanada, Gerd auf der Suche nach seinem Sohn, den er in einem Waldarbeitergebiet vermutet, Linda zum Studium der dort vorkommenden Riesenbäume. Bei der Rückkehr trennen sich ihre Wege vorübergehend. Gerd zieht es in den Osten, in sein Lager nach Russland, während Linda nie wieder in den Osten fahren will.

In seinem neuen Roman greift Surminski mit viel Empathie für seine Helden Themen auf, die er bereits in seinen früheren Werken verarbeitet hat. Zwei Weltkriege, Vertreibung, Verschleppung, Verlust, Schmerz sowie Versöhnung und Neuanfang müssen Gerd und Linda durchleiden, ehe sie gemeinsam ihren Frieden mit dem Leben machen können.



Arno Surminski: „Von den Wäldern. Roman einer Heimkehr“, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2024, gebunden, 232 Seiten, 20 Euro

GESELLSCHAFT

Lebensbericht einer Aussteigerin

Madeleine Becker berichtet von ihrer Entscheidung, Stadtleben und Studium den Rücken zu kehren und stattdessen einen Bauernhof zu betreiben

VON PETER GÖTZ

Der Untertitel des Buchs „Hin und weg. (Über-)Leben auf dem Bauernhof“ von Madeleine Becker offenbart es bereits: Das ist kein zivilisations-, stadtkritisches Buch einer Landbegeisterten, schöne Theorien verbreitend, sondern der Erfahrungsbericht einer jungen Frau aus der Großstadt, die seit 2019 aus der Praxis heraus das Landleben kennt. Sie lebt seit 2023 zusammen mit ihrem Partner Lukas auf eigenem Hof in der Steiermark.

Ihr neues Buch ist eine Fortsetzung ihres Erstlingswerks „Erstmal für immer – Vom Hörsaal in den Kuhstall“. Dort beschrieb sie ihre Entscheidung, von der Großstadt Jena auf einen kleinen Milchviehbetrieb in Kärnten zu ziehen. Sie sammelte erste, auch bittere Erfahrungen mit dem bäuerlichen Leben. Zu ihrem persönlichen Glück lernte sie dort Lukas kennen, der seither im Hofleben an ihrer Seite steht.

Vom Urlaub auf dem Land zum eigenen Hof

Auf dem eigenen Hof konnte die Autorin früher erworbene Erfahrungen in Kärnten gut anwenden. Doch mit dem Eigenen wächst die Verantwortung, für die Tiere, für das Wirtschaften, für die eigene Existenz. „Die staatlichen Förderungen, von denen gern gesprochen wird, werden jedoch nicht monatlich, sondern nur jährlich ausbezahlt. Ein Bauernhof ist

kein Unternehmen, bei dem sich die anfallenden Ausgaben genau kalkulieren lassen.“

Das lebendig beschriebene (Über-)Leben auf dem Bauernhof spielt sich zwar in Steiermark ab, doch die dortigen Verhältnisse ähneln dem deutschen Bauernleben. Ein Buch zum Nachmachen? Dies hat die Verfasserin nicht im Sinn. Sie beschreibt in angenehm lesenswerter Form ihre Lebensentscheidung. Ihr Buch fördert unser Verständnis für das bäuerliche Leben – denn davon leben auch die Städter, mögen sie Stunden vorm Bildschirm verbringen – vom Rechnerprogramm kann keiner runterbeißen ...

Becker kam 1992 in Speyer auf die Welt. Zunächst schien eine akademische Laufbahn vorgezeichnet: Sie studierte Geschichte, Politik und Kommunikationswissenschaften. Durch einen Urlaub in Österreich trat die Wende in ihr Leben. Der Lebensbericht der erst Zweunddreißigjährigen steht auch für den Typus junger Menschen, die den abstrakt-intellektuellen Versuchen des Stadtlebens entgehen, zu einem sinnerfüllten, erdbezogenen Leben gefunden haben.



Madeleine Becker: „Hin & weg. (Über-)Leben auf dem Bauernhof – zwischen Kühen, Krisen und Kohlraabi“, Piper-Verlag, München 2024, broschiert, 270 Seiten, 16 Euro

KÖNIGSBERG

Johannes Briesmann lutherisierte Preußen

Der treue Gefolgsmann des Wittenberger Reformers heiratete sogar als erster evangelischer Prediger im alten Ordensstaat

VON MARTIN STOLZENAU

Albrecht von Brandenburg-Ansbach fungierte ab 1511 als Hochmeister des Deutschen Ordens. Dabei regierte er den schon länger schwächelnden Ordensstaat und litt zugleich unter den drückenden Bedingungen der im Jahr 1521 ausgehandelten Waffenstillstandsvereinbarungen mit dem übermächtigen Nachbarn Polen.

Deshalb suchte er auf einer Reise Unterstützung bei verschiedenen deutschen Reichsfürsten. Doch das blieb ohne Erfolg. Parallel erschloss er sich die Schriften Martin Luthers, mit dem er sich heimlich traf, um dessen Rat einzuholen. Der Reformator riet ihm, „er möge die thörichte und verkehrte Ordensregel bei Seite werfen, in den Ehestand treten und den Ordensstaat in einen weltlichen Staat verwandeln“. Albrecht folgte diesem Rat.

Luther indes schickte dem neuen Verbündeten evangelische Prediger, „evangelische Tractate“ und weitere Ratschläge. Einer der ersten Luther-Vertrauten, die im Ordensland für die Verbreitung des Neuen Glaubens sorgten, war Johannes Briesmann. Der vormalige Franziskaner genoss das besondere Vertrauen des Wittenberger Reformators und spielte in der Folge bei der Konsolidierung des neuen Herzogtums im lutherischen Glauben eine Schlüsselrolle. Damit wirkte er auch über seinen Tod vor 475 Jahren hinaus in Preußen nach.

Johannes Briesmann wurde am 31. Dezember 1488 in Cottbus geboren. Er entstammte einer angesehenen Bürgerfamilie der Stadt. Sein Großvater ist als zweiter Bürgermeister überliefert. Auch der Vater hatte städtische Ämter inne. Sohn Johannes jedoch war für die kirchliche Laufbahn vorgesehen. Aber der kirchliche Prunk und die Pfründewirtschaft der Kirchenoberen stießen ihn schon in seiner Jugend ab. Deshalb verwundert es nicht, dass Briesmann 1510 dem Orden der Franziskaner beitrat. Der Orden, der von Franz von Assisi gegrün-



Johannes Briesmann – hier ein Bild aus der Österreichischen Nationalbibliothek – leitete die Reformation in Preußen ein

Foto: IMAGO/piemags

det worden war, hatte in Cottbus einen wichtigen Stützpunkt für die Lausitz. Er verkörpert das Armutsideal und gilt als erster Bettelorden.

Enges Band zu Luther

Der überzeugte Franziskaner Briesmann erlangte im Orden zusätzliche Bildung, studierte ab 1518 in Frankfurt/Oder unter Konrad Wimpina hauptsächlich Theologie und erlebte 1519 als Zuhörer die berühmte Leipziger Disputation, in der Martin Luther seine Ansichten verteidigte. Der Franziskaner aus Cottbus wurde nun Lutheraner, setzte sein Studium in Wittenberg unter Luther fort und promovierte schließlich in der Lutherstadt zum Dr.

theol. Er wurde anschließend von der Theologischen Fakultät als Lehrkraft übernommen. Doch während Luthers Aufenthalt auf der Wartburg kam es zur „Wittenberger Bewegung“, die Veränderungen einleitete, die teilweise über die Absichten des Reformators hinausgingen. Das reichte von der „Bilderstürmerei“ bis zur Ausweisung des lutherischen Ex-Franziskaners Briesmann. Der kehrte nach Cottbus zurück, wo er mit seiner lutherischen Agitation und der Luther-schrift „Unterricht und Ermahnung“ für beträchtliches Aufsehen sorgte. Doch lange blieb Briesmann nicht in seiner Vaterstadt. Luther sorgte noch Ende 1522 für die Rückkehr nach Wittenberg.

Der Reformator hatte inzwischen die Wogen in seiner Hochburg geglättet und wählte Briesmann unter seinen Anhängern als Hilfe für den Hochmeister Albrecht aus. Nach kurzem Briefwechsel mit Königsberg wechselte der Lutherjünger im Juni 1523 nach Preußen, wo er vom Hochmeister und dessen Bischof Georg von Polenz, der ebenfalls mit der Neuen Lehre sympathisierte, schon erwartet wurde. Man stimmte sich ab und handelte. Albrecht nahm die politische Umwandlung des Ordensstaates in ein Herzogtum in Angriff. Briesmann und Polenz betrieben die Einführung der lutherischen Lehre. Der Luther-Vertraute hielt am 27. September 1523 seine erste öffentliche

Predigt, die viel Beachtung und Aufmerksamkeit fand. Weitere folgten in schneller Folge. Sie waren nach Berichten von Zeitgenossen überaus geistvoll sowie überzeugend, sorgten für einen Massenansturm und begleiteten die Säkularisation des Ordensstaates. Briesmann leitete Mitstreiter an, entwickelte in Anlehnung an sein Wittenberger Vorbild ein 110-Thesen-Papier, das sich mit der Freiheit des Christenmenschen befasste, und erhielt aus Wittenberg Prediger-Verstärkung. Sie reichte von Paul Speratus bis zu Johann Poliander.

Kirchenordnung Preußens

Nun ging es Schlag auf Schlag. Albrecht erklärte den Ordensstaat zum weltlichen Herzogtum und führte noch 1525 die Neue Lehre offiziell ein. Briesmann erarbeitete mit Polenz eine neue Kirchenordnung, wurde Mitglied des Regierungskollegiums und heiratete als erster evangelischer Prediger des Herzogtums. Seine Frau war die vorherige Äbtissin des Marienklosters Löbenicht bei Königsberg. Ab 1527 sorgte er von Riga aus als Domprediger für die Durchsetzung der Reformation in Livland. Nach seiner Rückkehr nach Königsberg war er in vielen Führungsämtern tätig. Er überarbeitete seine erste Kirchenordnung für Preußen, gehörte darüber hinaus zu den Vätern der neuen Königsberger Universität und lehnte stets lukrative Angebote aus dem Reich ab. Denn er wollte sein Werk in Preußen vollenden. Doch die engagierte Arbeit forderte zu guter Letzt Tribut. Briesmann erkrankte. Dazu kam die Pest.

Briesmann zählte zu ihren Opfern. Er starb am 1. Oktober 1549 in Königsberg und erhielt im Chor des Königsberger Doms seine letzte Ruhe.

● **Weiterführende Literatur:** Heinz Endermann: Johannes Briesmann – ein Reformator aus Cottbus. In: Geschichte und Gegenwart des Bezirkes Cottbus. Band 22. Cottbus 1988)

OSTPREUSSEN ENTDECKEN

Per Fahrrad durch das Memelland

Radreise als innovatives Bildungsprojekt – Von der Rolle des Deutschen Ordens bis zur jüdischen Geschichte

„Das war wie eine Woche lang Geschichts- und Sportunterricht“, sagt Peter Schmidt. „Ich kam an Orte und habe Inhalte gelernt, die wir nicht einmal bei uns im Studium auf dem Programm haben“, fügt Viktorija Žilinskaitė hinzu. Schmidt ist selbst Geschichtslehrer aus Rheinland-Pfalz, Žilinskaitė war bis vor Kurzem Studentin und derzeit Projektmanagerin aus Wilna in Litauen. Beide waren zwei von 19 Teilnehmern einer Bildungsradreise von Kaunas nach Memel [Klaipėda]. Unter dem Motto „Mit dem Fahrrad durch die Geschichte: Das Memelland und die deutsch-litauischen Kulturbeziehungen neu denken“ radelten sie rund 400 Kilometer westwärts entlang der Memel, die im Litauischen Nemunas heißt und auch Grenzfluss zwischen der Europäischen Union und Russland ist.

Als „sportlich-historisch Entdeckungsreise“ beschreibt Vincent Regente, Leiter der Abteilung EU & Europa der Deutschen Gesellschaft e.V., die Bildungsradreise. „Eine Woche lang waren wir mit den Teilnehmern auf Rädern der gemeinsamen deutschen, litauischen und jüdischen Kultur und Geschichte des Memel-

landes auf der Spur.“ Markus Nowak, Redakteur beim Deutschen Kulturforum östliches Europa e.V., fügt hinzu: „Unsere Route führte uns zu bedeutenden kulturellen und historischen Stätten, an denen die Teilnehmenden aktiv Geschichte ‚erfahren‘ und darüber diskutiert haben.“ Die Deutsche Gesellschaft e.V. aus Berlin und das Deutsche Kulturforum östliches Europa aus Potsdam waren Kooperationspartner bei dem innovativen Bildungsprojekt, das nach 2023 zum zweiten Mal stattfand.

Die Etappen umfassten unter anderem Besuche der berühmtem Königin-Luise-Brücke in Tilsit [Sowjetsk], verlassene deutsche Siedlungen oder des Denkmals für die ostpreußischen Wolfskinder. „Die Mischung aus sportlicher Betätigung und intensiven historischen Vorträgen hat diese Reise zu einem ganz besonderen Erlebnis gemacht“, sagt Regente. „Die Teilnehmer habe nicht nur viel Neues über die Geschichte einer spannenden Region erfahren, sondern konnten auch wertvolle Einblicke in die Sichtweisen der anderen Teilnehmenden gewinnen“, bestätigt Nowak. Die diesjährige Reise legte



Eine deutsch-litauische Radreise führte als innovatives Bildungsprojekt entlang der heutigen litauisch-russischen Grenze

dabei besonderen Wert auf die Einbeziehung junger Menschen nicht nur aus Litauen und Deutschland, sondern auch aus Weißrussland, der Ukraine und sogar Belgien.

Begleitet wurden die Radtouren von Vorträgen, die von den Radlern zuvor vor-

bereitet wurden und eine breite Palette an Themen abdeckten – von der Rolle des Deutschen Ordens und der jüdischen Geschichte in Litauen bis hin zu den Auswirkungen der sowjetischen Diktatur auf die Region. Ein Höhepunkt der Reise war der Austausch mit Bella Shirin, einer Nach-

kommin von Holocaustüberlebenden, Skirmantas Mockevičius, dem Bürgermeister von Georgenburg [Jurbarkas], und Vertretern der deutschen Minderheit in Heydekrug [Šilutė], die den Teilnehmern authentische Einblicke in die Vergangenheit und Gegenwart der Region gaben. Mit Anja Luther, Kulturattaché an der Deutschen Botschaft in Wilna, traf die Gruppe auch Vertreter des deutschen Auswärtigen Dienstes.

Die Bildungsradreise bot nicht nur eine intensive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, sondern förderte auch den Dialog über die Gestaltung des kulturellen Erbes des Memellandes. „Es war inspirierend zu sehen, wie engagiert und offen die Teilnehmer miteinander über historische und aktuelle Themen diskutierten“, betonte Nowak. „Diese Reise hat gezeigt, wie wichtig es ist, Geschichte wortwörtlich zu erleben und gemeinsam zu reflektieren“, sagt Regente. Gefördert wurde das Projekt vom Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie von der Kulturreferentin für Ostpreußen und das Baltikum am Ostpreußischen Landesmuseum.

FOTO: MARKUS NOWAK/DEUTSCHES KULTURFORUM ÖSTLICHES EUROPA E.V.

● AUFGESCHNAPPT

Die Zahl der Einbürgerungen im Land Berlin rast in die Höhe: Bekamen im ganzen Jahr 2023 noch gut 18.000 Ausländer in der Hauptstadt die deutsche Staatsbürgerschaft, waren es in diesem Jahr allein bis zum 22. August schon 28.700. 2020 hatten in Berlin nur knapp 9500 Personen die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Dies geht aus einer Anfrage des AfD-Landtagsabgeordneten Hugh Bronson an den CDU-geführten Senat der Hauptstadt hervor. „Nius.de“ berichtete als erstes darüber. Für Bronson ist die schwindende Zahl von abgelehnten Einbürgerungsanträge bemerkenswert. Wurden 2020 noch 2,5 Prozent der Anträge negativ beschieden, waren es in diesem Jahr bislang nur 0,1 Prozent. Der AfD-Politiker befürchtet, dies könne auf „eine bewusst wohlwollende Prüfung der Anträge hindeuten“. In den zuletzt steil ansteigenden Neubürgerzahlen schlägt vermutlich bereits das zum 27. Juni dieses Jahres stark liberalisierte Einbürgerungsrecht nieder. Bronson warnt vor einem „Verramschen“ der Staatsbürgerschaft. *H.H.*



DER WOCHENRÜCKBLICK

Olafs Welt

Warum sich der Kanzler so unglaublich sicher gibt, und wie Merz in Merkels Erbe zappelt

VON HANS HECKEL

Das kann er doch unmöglich ernst meinen! Ist der denn völlig blind für den verheerenden Niedergang seiner Partei, seiner Regierung – des ganzen Landes? Selbst durch und durch Ampel-freundliche Medienmacher stehen sprachlos vor der grinsenden Selbstzufriedenheit, mit der Olaf Scholz die Hiobsbotschaften vom Tisch wischt: Alles in Butter, und wenn nicht, dann wird das schon noch, ihr werdet sehen – so die immer gleiche Botschaft des „besten Kanzlers, den wir je hatten“, wie ihn ein Speichellecker aus seinem Kabinett jüngst titulierte hat.

Der Scholz sei mittlerweile so verzweifelt, dass er vor der Wirklichkeit Reißaus nehme und sich in eine Scheinwelt flüchte, mutmaßen Hobbypsychologen. Das passiere Leuten und sogar ganzen Regimen, denen alles rettungslos entglitten ist. Hört sich schlüssig an, und würde so einiges erklären.

Stimmt bei Scholz aber nicht. Der sieht den Schlamassel und verdrängt ihn auch nicht. Und woher nimmt er dann diese gespenstische Selbstsicherheit?

Ich will es ihnen sagen: aus seiner eigenen Erinnerung. Blättern wir zurück: Ende Dezember 2019 haben ihn seine Sozis nicht einmal zum Parteichef gewählt. Er wollte mit Klara Geywitz, die heute als komplett ergebnislose Bauministerin keinerlei Reden von sich macht, die SPD-Doppelspitze bilden. Statt der beiden schoben die Genossen lieber Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken nach oben. Einen Mann mit der Ausstrahlung eines Tischlochers und eine Frau, deren politische Erfahrung aus ihrer Mitgliedschaft im Landeselternrat von Baden-Württemberg bestand und die zuvor zweimal erfolglos für einen Beisitzerposten im Landesvorstand ihrer Partei kandidiert hatte. Jeden, nur nicht diesen Scholz: Das schien die Devise der Parteitagsdelegierten gewesen zu sein.

Aber dann – oh Wunder! – hat ihn die SPD im August 2020 trotzdem zu ihrem Kanzlerkandidaten für 2021 gekürt. Warum bloß? Nun, damals stand die SPD laut Insa bei 15 Prozent, die Grünen bei 16,5 und die Union bei sagenhaften 36,5. Allen war klar: Der Merkel-Nachfolger wird wieder ein Schwarzer sein, und wenn nicht, dann wohl ein Grüner, aber auf keinen Fall einer von der SPD. So sahen es auch die SPD-Strippenzieher wie Kevin Kühnert oder Lars Klingbeil.

Die suchten nur jemanden, der die Bundestagswahl 2021 für sie verliert und in der Ecke landet, damit sie – jung genug – danach unbefleckt hätten durchstarten können. Für die linken Medien war die Grünen-Kanzlerkandidatin damals eh der Favorit.

Zunächst lief alles nach Plan: Im Mai 2021 dümpelte die SPD immer noch bei 15 Prozent, während die Grünen kräftig aufholten und nun mit jeweils 24 Prozent gleichauf mit der CDU/CSU rangierten. Der Traum von einer grünen Kanzlerin war zum Greifen nahe, die medialen Huldigungen für Annalena Baerbock durchbrachen jede Kitschgrenze.

Dann jedoch sprudelten die Ungereimtheiten in Baerbocks Lebenslauf zutage, und die in Verdacht Geratene ging auch noch unschlagbar ungeschickt mit den Enthüllungen um. Unionskandidat Armin Laschet hatte derweil seinen CSU-Konkurrenten Markus Söder im Nacken. Als der sich zurückzog, humpelte Laschet mit den Blessuren des wochenlangen Zweikampfs wie ein waidundes Tier durchs Land, bis er im Ahrtal auftauchte und in Lachen ausbrach, als es unpassender kaum aussehen konnte.

Der Schleichweg zur Macht

So hatten sich Scholzens beide Konkurrenten selbst aus dem Rennen geschossen, ohne dass er irgendetwas dazu tun musste. In der Rückschau aber sieht er das ganz anders.

In des Kanzlers Selbstwahrnehmung war es seine geniale Strategie, welche die Rivalen besiegt hat: Einfach nur grinsen und bei Bedarf hohle Sprüche absondern („Respekt für die Menschen“), der Rest geht dann von selbst. Diese Selbstüberschätzung prägt den Scholz von heute.

Er scheint sich sicher zu sein, dass er auf demselben Schleichweg seinen unverhofften Erfolg von 2021 wiederholen kann. Mieseste Umfragewerte für die SPD? Pah, hatten wir Anfang ’21 auch! Selbst die eigene Partei kann ihn nicht leiden? War 2019 doch auch nicht anders. Also einfach weitermachen, grinsen, Sprüche nuscheln, Phrasen dreschen.

Seien wir ehrlich: Scholz wäre nicht der Erste, der eine vom Schicksal unverdient gewährte Gunst für sein eigenes Verdienst hält. Indes, der Kanzler würde sehr überrascht und schrecklich enttäuscht sein, wenn ihm diese Gunst beim nächsten Anlauf verwehrt würde. Doch danach sieht es ganz und gar aus.

Verstehen Sie jetzt? Der Mann spinnt nicht und verdrängt die Krise ebenso wenig.

—
Er wäre nicht der erste, der eine unverdient vom Schicksal gewährte Gunst für sein eigenes Verdienst hält

Er glaubt nur felsenfest an seine Methode und übersieht, dass in Wahrheit die anderen alles für ihn gemacht haben. Das hat er bis heute nicht begriffen, was seine Rivalen ausnehmend freuen dürfte.

Wobei wir zugeben müssen, dass es seinem vermutlichen Herausforderer Friedrich Merz längst nicht so gut geht, wie er uns glauben machen will. Dessen siegesgewisse Auftritte können kaum verbergen, wie sehr er im Netz einer speziellen Anti-AfD-Strategie zappelt, die nur den Linken nützt.

Aber Merz scheint das langsam zu spüren. „Das Wort ‚Brandmauer‘ hat nie zu unserem Sprachgebrauch gehört. Das ist uns immer von außen aufgenötigt worden.“ Aufgenötigt? Von wem denn? Und vor allem: wann überhaupt? Als Merz vor drei Jahren um den CDU-Chefposten kämpfte, ließ er den „Spiegel“ wissen: „Mit mir wird es eine Brandmauer zur AfD geben.“

Wir wissen nicht mehr, wann das Wort „Brandmauer“ im Zusammenhang mit der AfD das erste Mal gefallen ist und wer es „eingebracht“ hat. Aber wenn jemand drei Jahre lang unter dem Joch eines „aufgenötigten“ Begriffs kauert, ohne sich gegen diese Zumutung zu wehren, könnte dies Fragen über die Durchsetzungsstärke des Betreffenden aufwerfen, die dann nur noch jemand in die öffentliche Debatte „einbringen“ müsste.

Interessant ist die leise Absetzbewegung vom Wort „Brandmauer“ allemal. Zumindest scheint es Merz zu dämmern, wie geschickt das linke Lager seine Union mit dem Bau der „Mauer“ in die Ecke gedrängt hat.

Wobei die großartigste Architektin jener Strategie mit der Mauer wohl keine andere als Angela Merkel selbst war. Die Grünen im schwarzen Gewand wollte ja genau das: Bürgerliche Stimmen für eine linksgrüne Politik abgreifen, was ihr 16 Jahre lang auf beeindruckende Weise gelungen ist. Was die grüne CDU-Chefin und ewige Kanzlerin so lange selbst in die Hand nahm, soll künftig durch die linksdominierten Koalitionen sichergestellt werden, in welche die Union wegen der Brandmauer eintreten möge. Nun merken CDU und CSU, wofür sie sich haben einspannen lassen. Dabei müssen sie auch feststellen, wie tief und schwer entrinnbar die Falle geraten ist, in welche sie Merkel, die Schlaue, hat locken können. Wir warten gespannt auf die Verrenkungen der Union, sich da herauszuwinden. Ebenso wie auf Scholzens Stunde der Wahrheit.

● STIMMEN ZUR ZEIT

Autor Don Alphonso stellt in der „Welt“ (10. September) eine aufschlussreiche Folge der AfD-Erfolge in Sachsen und Thüringen heraus:

„Kaum kommt die AfD in zwei Bundesländern tatsächlich in die Nähe der Macht, sind Grenzkontrollen jetzt doch schlagartig möglich. Seit 2015 hat die politisch-mediale Kaste zu Berlin ganz offensichtlich dreist gelogen, das wäre aus rechtlichen und personellen Gründen absolut undenkbar ... Es lässt sich also doch etwas ändern – ungefähr ab 30 Prozent für die AfD, nachdem alles andere vergeblich war.“

Peter Grimm wirft bei „Achgut.com“ (4. September) eine für die Christdemokraten existentielle Frage auf:

„Warum sollte ein bürgerlicher Wähler die CDU wählen, wenn er weiß, dass er in jedem Fall eine von ihr unterstützte linke Politik bekommt, im Zweifel sogar im Bündnis mit Linksaußenparteien, nur damit sich die Partei weiter konsequent von den Rechten abgrenzen kann?“

Peter Tiede erklärt in der „Bild“-Zeitung (9. September), warum das Ansehen des Kanzlers und der Ampelregierung so steil im Sinken sind:

„Die meisten Deutschen ... wollen das Polit-Gelaber nicht mehr hören ... Solange Clans wie die Stuttgarter Syrer-Familie nicht hochkant rausfliegen, solange an unseren Grenzen deutsches Recht nicht gilt, wird für diesen Kanzler nichts mehr besser.“

Helmut Markwort, Gründer des „Focus“ und von 2018 bis 2023 selbst FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag, warnt seine eigene Partei im „Focus“ (6. September) vor den Grünen:

„Die FDP ist in beiden Ländern in der Resterampe ‚Sonstige‘ verschwunden. Trotzdem schließen die Liberalen mit den Grünen wackelige Kompromisse, anstatt sie in einer neuen Konstellation offen zu bekämpfen. Die Grünen vergiften die FDP.“

Hans-Werner Sinn, ehemaliger Chef des Ifo-Instituts, stößt gegenüber der „Neuen Zürcher Zeitung“ (3. September) eine deutliche Warnung aus:

„Deutschland macht seine eigene Industrie kaputt. Andere Länder werden das begrüßen, aber nicht kopieren ... Elektroautos sind nicht CO₂-frei, wie die EU behauptet. Jedes Auto trägt mit der Batterie einen schweren CO₂-Rucksack mit sich herum, und der Auspuff ist nicht am Auto, sondern meist ein paar Kilometer weiter im Kohlekraftwerk. Das Verbrennerverbot hat Deutschland zusammen mit anderen energiepolitischen Sünden in die De-industrialisierung getrieben.“

● WORT DER WOCHE

„Angst vor der AfD? Demokratie in Deutschland ist nicht in Gefahr – nur in Gebrauch.“

Gabor Steingart auf „Focus online“ am 5. September



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de